Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 20 – 17. Mai 2008 · Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland · C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Politik

Befreiende Technologie in Fesseln
Der Kreml bremst das Internet in Rußland aus 2

Preußen / Berlin

Teures Riesenprojekt
In Berlin entsteht die neue Zentrale des Bundesnachrichtendienstes 3

Hintergrund

Minderheit im eigenen Land
Die Tibeter erleiden eine »bewußte Umvolkung« und Vernichtung ihrer Kultur 4

Deutschland

Kräftiger Schluck aus der Pulle
Diätenerhöhung: Jetzt kommt die nächste 5

Aus aller Welt

Amtswechsel nach Plan
Im Krönungssaal des Kreml übergab Putin das Präsidentenamt an Medwedjew 7

Kultur

Auf vielen Instrumenten gespielt
Ausstellung der Werke des Malers Ludwig Dettmann 9

Preußen

Fliegen wie die Vögel
Am 23. Mai 1848 kam Otto Lilienthal in Anklam zur Welt 14



Mitglieder des Vereins „Potsdamer Rokoko“ vor Schloß Sanssouci: Die Epoche des Rokoko oder Spätbarock (etwa 1720 bis 1770) hat es 14 Potsdamern angetan, die sich in einem Verein zusammengeschlossen haben. „Ziel ist es, dieses Zeitalter wieder aufleben zu lassen, vor allem auch durch seine Tänze“, erklärt der Vorsitzende Frank Ditzel. Der Potsdamer Rokoko e.V. sei der erste seiner Art in Brandenburg.

Foto: ddp

Rote Karte für Spekulanten

Steigende Energiekosten bringen Privathaushalte in Schwierigkeiten

Von Klaus D. Voss

Als sei das Leben noch nicht teuer genug: Die entfesselten Energiepreise werden die Budgets der Familien aus dem Lot bringen. Benzin und vor allem Diesel wurden in Jahresfrist bereits um 20 Prozent teurer. Das treibt auch die anderen Energiekosten weiter steil nach oben. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung (DIW) sagt voraus, daß auch die Gaspreise bis zum Herbst um 20 Prozent anziehen werden.

Auch die Kosten für Strom werden noch steigen – in den zurückliegenden fünf Jahren hatte sich die Energie aus der Steckdose bereits um 70 Prozent verteuert.

Damit sind die sogenannten Warenkörbe, mit denen das Statistische Bundesamt die Familienbudgets einteilt und die Inflationsraten bemißt, weltfremd geworden. Gerade ein Drittel des verfügbaren Geldes, so die Vorgabe der Statistiker, sollen die Familien für Wohnung, Gas, Wasser und Brennstoffe ausgeben, rund 14 Prozent des Familieneinkommens für Auto und öffentlichen Verkehr – die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Preissteigerungen treffen die Familien weit härter, als es die aktuelle Inflationsmarke von 3,1 Prozent vorgibt (März 2008).

Was die Preise so extrem nach oben treibt, ist bekannt: Staatliche Eingriffe, etwa unter den Vorzeichen Klimaschutz und CO_2-Abwehr. Daneben gibt es eine chaotische Planungslage bei der Stromversorgung. Das DIW dazu: „Wir boykottieren alles – Windparks, den Netzausbau, Kernkraftwerke und die Kohle. Am Ende bleibt nichts mehr übrig.“ Die Experten erwarten auch beim Strom zweistellige Preissprünge.

Fast so viel wie bei der globalen Spekulation mit den Energieträgern Erdöl und Erdgas. An der Versorgung des Marktes kann die Preisentwicklung nicht hängen – es gibt genug Öl, versichert die Opec, in der die wichtigsten Ölförderstaaten zusammengefaßt sind. Das Versprechen, die Fördermenge sofort zu erhöhen, wenn höherer Bedarf bestehen sollte, hat der Ölminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Mohammed Al Hamli, soeben erneuert.

Es ist Zeit, den Spekulanten die Rote Karte zu zeigen. Nach vorsichtigen Schätzen halten Spekulanten schon 45 Prozent der Öl-Kontrakte in ihren Händen und konnten damit den Preis für ein Faß Öl auf mehr als 120 US-Dollar treiben. Öl und Gas haben, wie es im feinen Börsendeutsch heißt, als „strategische Investition an Attraktivität“ gewonnen und werden Kapitalanlegern wärmstens empfohlen – von Immobilien und reinen Geldgeschäften sind viele schon abgekommen.

Allerdings gibt es erste Anzeichen, daß bald auch Währungen in das Zentrum der Spekulationen rücken könnten: Manche Marktbeobachter nehmen an, daß der extrem billige US-Dollar jetzt zu einer Spekulationswelle gegen den Euro einladen könnte. Marktdaten aus den USA wie die deutlich sinkenden Einfuhren dort und die spürbaren Verschiebungen in den Handelsbilanzen deuten darauf hin.

Für die deutschen Verbraucher wäre ein stärker werdender US-Dollar das Gegenteil von Gut: Alle Energieimporte werden in der US-Währung abgerechnet – je teurer der Dollar, desto teurer das Öl..

Klaus D. Voss:

Sonnige Zeiten

Man kann sich im Leben nicht alles leisten, und jetzt wird es schon beim Sommer eng. Einmal nachgerechnet: 8760 Stunden hat ein Jahr, aber so richtig ins Geld werden die 1000 Stunden gehen, in denen die Sonne scheint. Fällt nämlich Sonnenlicht in Deutschland auf Solarzellen, dann kommen aus diesen Anlagen unweigerlich Kilowatt-Stündchen heraus. Energie der Luxusklasse, für 47 Cent die Kilowattstunde. Ein Kraftwerk vom guten alten Schlag macht's schon für fünf Cent; nur soviel zum Thema Sparen.

Geschickt gemacht wird bei diesen staatlich garantierten Abnahmepreisen ein feines Geschäft daraus – und Bundessubventionsminister Sigmar Gabriel (SPD) hat viele feine Freunde, die das genauso sehen. Und mit ihm das schöne Lied singen vom besten Klimaschutz aller Zeiten.

Nur, es will nicht mehr so laufen mit Gabriels feinen Klimaplänen. Gerade hat er sich von seinen Biosprit-Träumen trennen müssen, um sich nicht das Debakel „Teller oder Tank“ aufladen zu müssen.

Schon droht der neue Ärger: Wenn die Strompreise galoppieren und wir mißtrauisch nach der Sonne schauen müssen, geht uns doch jede Sommerlaune ab. Vor allem, weil uns jeder Sonnenstrahl sofort auf die Stromrechnung gesetzt wird.

Und wenn jetzt noch herauskommt, daß wir uns den beliebten frischen Wind nicht mehr leisten können? Denn die Windräder drehen sich zwar auch 1000 Stunden im Jahr, haben aber dennoch viele feine Freunde. Die Geschäfte mit dem Wind laufen genauso gut wie das Ding mit der Sonne.

Man kann sich eben nur noch eines leisten: schönes Wetter oder Gabriels gutes Klima-Gewissen. Wir haben die Wahl, spätestens im September 2009.

Die Pleite mit den Ein-Euro-Jobs

Arbeitsmarktforscher und Bundesrechnungshof lassen kein gutes Haar an der rot-grünen Sozialpolitik

Fehlschlag über Fehlschlag – das rot-grüne Erbe der Arbeitsmarktpolitik hält einer kritischen Betrachtung nicht stand. Jetzt senkt sich der Daumen der Experten beim Thema „Ein-Euro-Job“. Ein teures Mißverständnis, wie man den Arbeitsmarkt stimulieren kann.

So teuer, daß sich jetzt erneut der Bundesrechnungshof mit den „Arbeitsgelegenheiten mit Aufwandsentschädigung“ beschäftigen muß, wie die Ein-Euro-Jobs im Verwaltungsdeutsch heißen. Das Urteil ist vernichtend. In dem Bericht, aus dem die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vorab zitierte, heißt es: In zwei Dritteln der Fälle, in den vorwiegend Hartz-IV-Empfänger beschäftigt wurden, waren die rechtlichen Voraussetzungen für die Förderung nicht erfüllt.

Schlimmer noch: Bei den weitaus meisten von Ein-Euro-Beschäftigten übernommenen Tätigkeiten handele es sich nicht um

Den Personalmangel ausgeglichen

zusätzliche, im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten, sondern um reguläre Aufgaben der öffentlichen Hand. Es passiert also genau das, was ausgeschlossen sein sollte, hielt der Bundesrechnungshof in seinem Bericht fest: Reguläre Arbeitskräfte würden eingespart oder ein haushaltsbedingter Personalmangel werde ausgeglichen,

Das ist nicht im Sinne der Erfinder. Mit den Ein-Euro-Jobs sollten Langzeitarbeitslose besser in den Arbeitsmarkt integriert und sozial stabilisiert werden. Außerdem sollte die Gemeinschaft, die den Hartz-IV-Empfänger ja fördert, auf diesem Weg eine gewisse Gegenleistung erhalten. Und schließlich sollten die Ein-Euro-Jobs auch als Test für die Arbeitsbereitschaft dienen, somit eine Sperrmöglichkeit gegen Leistungsbetrug und Schwarzarbeit bilden.

Die Erkenntnis, daß diese Maßnahmen nicht viel bringen, ist nicht ganz neu. Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das der Nürnberger Agentur für Arbeit angegliedert ist, stellte 2007 schon ernüchternde Erkenntnisse zusammen, die bis ins Jahr 2005 zurückreichen. Das IAB notierte, daß Betriebe oder Einrichtungen, die Ein-Euro-Jobs vergeben, weniger neue Vollerwerbsarbeitsplätze schaffen als Unternehmen ohne diese spezielle Förderung. Der Effekt für den Arbeitsmarkt sei eindeutig negativ, so das IAB.

Wenn es den Arbeitgebern überhaupt um die Schaffung von neuen sozialversicherungspflichtigen, also normalen Arbeitsplätzen geht: Zu den Feinheiten der Ein-Euro-Förderung gehört, daß der Träger dieser Arbeitsbeschaffung eine monatliche Maßnahmenpauschale von 300 bis 500 Euro je Ein-Euro-Jobber erhält; das betrifft immerhin 60 Prozent der Ein-Euro-Engagements. Die IAB-Forscher gehen sogar so weit, daß sie annehmen, es gehe Kommunen bei den Ein-Euro-Jobs weniger um die Eingliederung von Ar-

Mitnahme von Fördermitteln

beitslosen in den Arbeitsmarkt als eben um diese Fördermittel: „Die Trägerpauschale wird zum Teil dazu genutzt, um soziale Projekte oder ganze Einrichtungen am Leben zu erhalten.“ Und weiter: „In diesen Fällen besteht das betriebliche Interesse an dem Programm und nicht an der Arbeitsleistung der Ein-Euro-Jobber.“ Der Bundesrechnungshof nennt das kurz „Mitnahme von Fördermitteln“. Besonders pikant ist, daß sich die Gemeinden mit Bundesmitteln selbst begünstigen können. Sie sind – demnächst sogar alleinverantwortliche – Träger der Arbeitsgemeinschaften zur Vermittlung der Hartz-IV-Bezieher. Sie prüfen laut Bundesrechnungshof nicht nur sehr nachlässig die Fördervoraussetzungen, sondern verzichteten bei Lohnkostenzuschüssen auch sehr häufig darauf, den Arbeitgeber nach der Maßnahme auf Weiterbeschäftigung zu verpflichten. Fazit des Bundesrechnungshofs: „Die Ein-Euro-Jobs müssen auf ein Mindestmaß beschränkt werden.“ *vs*

MELDUNGEN

Thüringen setzt auf ganztägige Kinderbetreuung

Wiesbaden – In den Landkreisen und kreisfreien Städten der neuen Bundesländer haben die Eltern von Kindern bis fünf Jahren im Jahr 2007 Angebote der Ganztagsbetreuung verhältnismäßig stärker in Anspruch genommen als in den westdeutschen Kreisen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, findet sich der größte Anteil ganztägig betreuter Kinder unter drei Jahren (an allen Kindern dieser Altersgruppen) in der thüringischen Stadt Jena (46 Prozent) und im Kreis Weimarer Land (41 Prozent). Im Vergleich dazu liegt in vielen westdeutschen Kreisen der Anteil der ganztags betreuten Kinder (Ganztagsbetreuungsquote) unter einem Prozent. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Kinder in der Altersgruppe von drei bis fünf Jahren. Die zehn Kreise mit der niedrigsten Inanspruchnahme von Ganztagsbetreuung sind in den süd- und norddeutschen Bundesländern (Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein) zu finden, während die zehn Kreise mit den höchsten Quoten fast ausnahmslos in Thüringen liegen. Als Ganztagsbetreuung wird gerechnet, wenn die Eltern eine Betreuungszeit von mehr als sieben Stunden pro Tag in einer Tageseinrichtung oder bei einer Tagesmutter oder einem Tagesvater vereinbart haben. Diese und weitere Informationen zur Kindertagesbetreuung in allen Stadt- und Landkreisen enthält die gemeinsame Veröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Kindertagesbetreuung regional 2007". Die Publikation ist kostenlos im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes erhältlich. Dort erhält man auch kostenlos entsprechende Kreiskarten.

Befreiende Technologie in Fesseln

Während immer mehr Osteuropäer das Internet nutzen, wird es vom Kreml blockiert

Von Wolf Oschlies

Es war ganz natürlich, daß der Zusammenbruch des Kommunismus und der Aufbruch des Internets eingangs der 1990er Jahre zusammenfielen. Der Neostalinismus stand dem Informationszeitalter hilflos gegenüber, sein Sturz war unausweichlich. Heute, im 18. postkommunistischen Jahr, hat sich im Osten eine informationelle Dreiklassengesellschaft etabliert. Auf altstalinistische Abschottung setzt China, wo tagtäglich 30000 Zensoren mit modernster Filtertechnik, für teures Geld in den USA gekauft, im Internet unliebsame Themen blockieren und die Internetnutzer kontrollieren. Weit besser, jedoch nicht gut ist die Lage in Rußland: Zwar kann man zu Zeiten der Globalisierung nicht auf moderne Kommunikationstechnologie verzichten, zumal deren Nutzung gutes Geld einbringt, aber politisch eigenständiger Gebrauch des Internets soll eingeschränkt werden.

Während Ost- und Südosteuropa Gleichschritt zum Westen aufnehmen, probt Rußland die Rolle rückwärts. Im Januar 1990 entstand mit US-Hilfe „Glasnet" (Akronym aus „Glasnost" und „Internet"), das den Russen weltweite Informationsquellen eröffnen sollte. Tatsächlich weckte es Mißtrauen. „Glasnet"-Chef Anatolij Woronow beklagte bereit 1996 die amerikanische „Hegemonie" im Internet, die Russen dazu zwänge, dieses auf englisch oder gar nicht zu nutzen. Das war zwar eine Dummheit, aber doch signifikant für die russische Einstellung zum Internet. Ab 1994 wurde es zum „Ru(ßland)Net" russifiziert. Ein solches „Ethnonet" gibt es weltweit nirgendwo, auch die Russen selber können letztlich nicht erklären, was sie eigentlich wollen: Technik und Formate kommen aus dem Westen, so daß jeder Versuch versandet, das Internet russischer „Identität" dienstbar zu machen.

2004 ermittelte das angesehene „Levada"-Zentrum, daß Russen eine wachsende „Nostalgie" nach einem „monolithischen Staat" à la Sowjetunion spüren. Das zeigt sich gerade am „Runet", das sich vom globalen Internet nur durch die Art seiner Nutzung unterscheidet. Ganze 15 Prozent der Bevölkerung nutzen das Internet, und wie sie es nutzen, kommt Putins restriktiver Medienpolitik entgegen. Das im Januar 2002 gestartete Regierungsprogramm „Elektronisches Rußland" hat bereits im ersten Jahr „2600 Punkte des kollektiven Internetzugangs" geschaffen, die sich leicht kontrollieren lassen und dennoch guten Profit abwerfen. Private Internetnutzung ist teuer, wie 2003 in Moskau zu beobachten war: Kinder vergnügten sich in Internet-Cafés mit Videospielen „für einen Dollar (!) pro Stunde", Studenten der Moskauer Staatsuniversität mußten gar zwei Dollar zahlen, wenn sie im Internet recherchierten. Für Institutionen und Redaktionen verliert das Internet an Reiz, für Einkauf, Internet-Banking etc. haben es Russen kaum jemals genutzt. 78 Prozent aller russische Wissenschaftler räumten schon 1998 in Umfragen ein, daß sie mehr von der internationalen Wissenschaft als diese von ihnen profitierten und daß das Internet die Brücke zur gelehrten Welt sei – was „unser Runet" nicht wahrhaben will und auf seinen Websites ausspart.



Die Welt entdecken über das Internet: Zwei junge Russen surfen im worldwideweb. Foto: Caro

Für Moskaus Bürgermeister Luschkow ist das Internet ein „Müllhaufen", für Putin ein Ärgernis, da es sich seiner Intention entzieht, alle Medien wieder der Staatskontrolle zu unterstellen. 2000 lancierte der damalige Presseminister Lesin ein Gesetzesvorhaben, das jeden Internetnutzer einer „Prüfung" unterziehen und mit einer „Lizenz" ausstatten sollte. Das Vorhaben scheiterte, aber die dahinter stehende Idee lebt weiter. Den Mächtigen Rußlands gilt das Internet auch als Instrument eines neuen „Kolonialismus", als Schlüssel für Werkspionage, als Forum zur Verbreitung von „Haß, Aggressivität und Sexualität". Diese Einstellung machte Experten wie Alena Ponomarjowa Angst: „Es ist schwer vorherzusagen, was mit dem russischen Internet in den nächsten Jahren geschehen wird. Ich denke, die Regierung wird harte Beschränkungen einführen – wie in China."

Noch blieb das Internet in Rußland unzensiert, da es technisch unzensierbar ist: Eine heute verbotene Website taucht morgen an anderer Stelle wieder auf, wie Moskau seit Jahren leidvoll erfahren muß. Die kollektivistische, staatsgläubige Mentalität der Russen ist im Grunde nicht „Internet-tauglich", aber das muß nicht so bleiben. Einen Vorgeschmack bekommen die Mächtigen seit 2005, da sich immer mehr Russen über die Vorgänge in Georgien, der Ukraine und Tschetschenien im Internet informieren und dabei in Zweifel über die Staatsmedien geraten.

Das restliche Osteuropa steht zwischen den Erfahrungen restriktiver kommunistischer Informationspolitik und dem Erlebnis neuer Möglichkeiten. Anfang 2007 nutzten zum Beispiel knapp 62 Prozent der Deutschen das Internet, womit kein osteuropäisches Land mitkam, obwohl alle seit 2000 enorme Steigerungen aufwiesen: Polen – 30 Prozent Internetnutzer, 307 Prozent Steigerung. Davor oder dahinter standen Slowenien (55 / 253), Estland (52 / 88), Tschechien (50 / 410), Slowakei (46 / 285), Lettland (45 / 587), Litauen (36 / 443), Ungarn (30 / 327), Bulgarien (29 / 412) und Rumänien (23 / 516). Diese Zahlen scheinen den alten Traum von der „Befreiungstechnologie" Internet zu bestätigen, aber im Detail zeigen sich Unterschiede: Das Internet nutzen mehr Unternehmen als Haushalte, mehr Städter als Dörfler, mehr Intellektuelle als „einfache" Menschen, mehr Männer als Frauen.

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Wenn nicht mehr drin ist, was draufsteht

Ein Pamphlet gegen die Verfälschung der Begriffe

Von Lienhard Schmidt

Wir leben in einem Zeitalter der Verfälschung ganz wesentlicher Begriffe, häufig muß schon von einer totalen Sinnentleerung gesprochen werden. „Wertewandel" ist ein besonders „leuchtendes" Beispiel für den Verfall von Sprache und Kultur. Ehrlicher wäre es, hier von einer fahrlässig oder absichtlich herbeigeführten „Wertevernichtung" zu sprechen. Vorrangig ist natürlich der im Laufe von Jahrtausenden in der zivilisierten Menschheit gewachsene Konsens über zwischenmenschliche Verhaltensweisen bis hin zu den Beziehungen zwischen Staat / Politik und den Bürgern gemeint, wenn von im Grunde unverzichtbaren Werten die Rede ist.

Kennzeichnend in diesem Zusammenhang ist die schrumpfende Bedeutung, die den Geisteswissenschaften an den meisten Universitäten zugemessen wird, die Masse der Lehrstühle befaßt sich mit naturwissenschaftlichen Fächern, also der Materie verbundenen Bereichen. „Fortschritt" ist heute in seiner Bedeutung überwiegend auf technischen Fortschritt verengt. Im geistig-ethisch-moralischen Feld hingegen ist unsere Gesellschaft eher primitiver geworden. Die Infragestellung traditioneller Tugenden, die sowohl dem Gemeinwohl als auch dem Individuum weit ins Materielle hinein wertsteigernde Kräfte lieferten, hat über Generationen hin eine normbildende Dynamik geschaffen. Sie führte zu einer Ethik der Beliebigkeiten und hat bei einer wachsenden Zahl von Zeitgenossen Orientierungslosigkeit produziert.

> Infragestellung der Tugenden

„Soziale Gerechtigkeit" ist ein Begriff, der in einer Gesellschaft ohne Wertekonsens oft und gern als Knüppel gegen jene verwandt wird, die noch in einer Gedankenwelt leben, in der Leistung dem Lohn vorangeht. Einer der wenigen Gewerkschaftsführer, der ideologischen Vorurteilen nicht unterliegt, hat das Idealbild des Zusammenwirkens von Kapital und Arbeit so formuliert: „Guter Lohn für gute Arbeit in erfolgreichen Unternehmen." Hier ist eine wesentliche Facette wirklich sozialer Gerechtigkeit angesprochen, Herausforderung an Arbeitnehmer und Arbeitgeber zugleich. Stärkeren Widerhall scheinen aber demagogische polemische Kampagnen zu finden, die den Gleichheitsbegriff breitwalzen und Ansprüche, wenn nicht Rechte, aller auf soziale Sicherheit unter Vernachlässigung eingebrachter Leistungen zur Norm erheben. Vertreter dieser These machen sich keine Gedanken, wie das Konzept des guten Lohns auch ohne oder für wenig Leistung in der realen Welt funktionieren kann. Hier wird sachliche Prüfung meist durch Hinweis auf „die Reichen" ersetzt. Wer die Grundrechenarten noch beherrscht, wird wissen, daß selbst die totale Enteignung aller Millionäre bei weitem nicht ausreicht, die linksextreme Version sozialer Gerechtigkeit zu finanzieren. Wohin Beseitigung des Privateigentums und zentrale „Verwaltung" des „Volksvermögens" führt, hat der Zusammenbruch der totalitären Regime des real existierenden Sozialismus vor weniger als 20 Jahren deutlich gemacht. Offenbar nicht deutlich genug. Unsere „Große Koalition" ist bislang nicht in der Lage, unideologische Politik flächendeckend und überzeugend zu realisieren. Statt Freiräume für Initiativen der zu selbstverantwortlichem Handeln ermahnten Bürger zu schaffen und den Dschungel behördlicher Regelungen auf kommunaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene nachhaltig zu lichten, geht die Gängelei weiter. So geht alles weiter wie gewohnt. Planwirtschaftliche Ansätze sind unverkennbar: Steigerung des administrativen Aufwandes für Ärzte, Apotheker und Versicherungen, Mehrkosten für die Patienten, so bei der „Gesundheitsreform". Gelungene Politik für das „Volk" sollte eigentlich anders aussehen.

> Der Konservative will durchaus Reformen

„Fortschritt", eine Vokabel, die im Laufe der 250jährigen Entwicklung der Aufklärung immer stärkere Bedeutung gewann, ist zunehmend widersprüchlichen Deutungen ausgesetzt. Dem Fortschritt zu dienen ist für viele ein Leitmotiv, unter dessen Flagge möglichst alles, was zuvor geschaffen und geglaubt wurde, als überholt betrachtet und daher beseitigt werden sollte. Es kann kaum verwundern, wenn aus solcher Grundeinstellung eine Abqualifizierung des Konservativen als „reaktionär", also rückwärts gewandt, erfolgt. Wie die meisten Pauschalurteile ist auch dieses unzutreffend. Der Konservative ist keineswegs grundsätzlich gegen Reformen oder Veränderungen eingestellt, er sieht sich nur das Vorhandene genauer daraufhin an, wieweit es sich bewährt hat und als Grundstein für Besseres dienen kann. Es ist der Wirklichkeitssinn, der den Konservativen auszeichnet, und ihn den Weltverbesserern so verdächtig macht (Josef Schmid, Bamberg).

Was wir uns angesichts der gewaltigen Verschiebungen wirtschaftlicher Macht, der politische und militärische zweifellos folgen werden, im alten Europa und speziell in Deutschland keinesfalls leisten können, ist ein Herumplätschern in seichten Gewässern einer Oberflächlichkeit, die der Pflege persönlichen Wohlbefindens Vorrang gibt gegenüber rechtzeitiger Vorbereitung auf die „Folgen einer Metamorphose, wie sie im Leben der Nationen nicht alle Tage vorkommt", so Gabor Steingart in seinem Buch „Weltkrieg um Wohlstand".

Ob Politik in der Lage sein wird, die für eine zumutbare Zukunft unseres Volkes richtigen Entscheidungen zu treffen, wird auch davon abhängen, daß eindeutige Begriffe und eine Sprache benutzt werden, mit der man auch tatsächlich verstanden wird. Etikettenschwindel ist als Beitrag zur Mehrung des Gemeinwohls ungeeignet.

Die Schulden-Uhr: Gürtel enger schnallen

Realistisch ja, aber nur, wenn man jegliche Wunschausgaben aufgibt und den Gürtel enger schnallt: So beurteilte der Arbeitskreis Steuerschätzung das Ziel des Finanzministers, 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Zudem: Schon 2008 müssen Bund, Länder und Gemeinden mit voraussichtlich 1,2 Milliarden Euro weniger auskommen als gedacht. Die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung bilden die Grundlage für den Entwurf des Bundeshaushaltes 2009 sowie die Fortschreibung des Finanzplans bis 2012.

1.495.389.365.376 €

(eine Billion vierhundertfünfundneunzig Milliarden dreihundertneunundachtzig Millionen dreihundertfünfundsechzigtausend und dreihundertsechsundsiebzig)

Vorwoche: 1.495.104.634.998 €
Verschuldung pro Kopf: 18.167 €
Vorwoche: 18.163 €

(Dienstag, 13. Mai 2008, 12 Uhr. www.steuerzahler.de)

Keine Sperrstunden

Von HARALD FOURIER

Falls Sie eine Berlin-Reise mit Kindern oder Enkeln planen: Wenn die Sprößlinge sich abends verabschieden und sagen, sie gingen zu einem kleinen Stadtrundgang, der in der Oranienburger Straße startet – Vorsicht!

Dieser Boulevard zwischen der Friedrichstraße und dem Hackeschen Markt hat sich zu einer Flaniermeile der besonderen Art entwickelt. Hier strömen Touristen zu Tausenden lang. Und deswegen locken dort clevere Geschäftsleute jugendliche Berlinbesucher für ihre nächtlichen Kneipentouren an.

Da geht es regelmäßig hoch her. Bei Einbruch der Dunkelheit kreist die Schnapsflasche, um Mitternacht sind die meisten besoffen. Nicht selten endet so ein Abend mit Erbrechen und Filmriß. Da in Berlin laxe Ausschankregeln herrschen (anders als in Amerika) und es keine Sperrstunde gibt (wie früher in England), ist Berlin gerade bei angloamerikanischem Publikum beliebt. Zumal Berlin auch nicht teurer ist als Prag oder Reval beispielsweise.

Es sind nicht nur ausländische Jugendliche. Die jungen Berliner stehen denen der Touristen in nichts nach. 700 zwischen elf und 17 Jahren wurden 2007 stockbetrunken von der Polizei aufgefunden. Das hat der Innensenator in der vergangenen Woche im Parlament erklärt. Die meisten kommen übrigens aus den Ostbezirken wie Lichtenberg (85) oder Marzahn / Hellersdorf (80). Die typischen „Problemgegenden" mit vielen Ausländern sind dagegen weniger betroffen. In Neukölln waren es nur 44 Fälle. In muslimischen Familien kreist die Wodkaflasche nicht so oft wie in deutschen.

Selbst die Kanzlerin hat in ihrer jüngsten Videobotschaft auf das Problem hingewiesen. Sie sei „aufgeschreckt" wegen des zunehmenden Alkoholkonsums Jugendlicher. „Es kann uns nicht kaltlassen", sagte sie. Die Zahl der schweren Fälle habe sich seit 2000 verdoppelt.

Was tun? Gesetze bewirken wenig. Das hat das „Alkopop-Verbot" vor ein paar Jahren gezeigt. Der Alkoholkonsum ist nicht gesunken. Es bleibt also die Pflicht der Eltern zu schauen, ob die Kinder nicht zu viel trinken. Deswegen Augen auf, wenn sich der Nachwuchs zur Oranienburger Straße verabschiedet. Denn alleine mit Gesetzen können wir das Problem nicht lösen. Genau das sagte auch die Kanzlerin.

Teures Riesenprojekt

In Berlin entsteht die neue Zentrale des Bundesnachrichtendienstes



Arbeiter stellen auf der Baustelle des Bundesnachrichtendienstes (BND) in der Chausseestraße in Berlin-Mitte Metallcontainer auf: Von den Bauarbeiten des neuen Hauptquartiers des Bundesnachrichtendienstes in der Chausseestraße in Mitte wird die Öffentlichkeit nicht viel mitbekommen, denn das rund zehn Hektar große Grundstück des ehemaligen Stadions der Weltjugend ist vollständig von einem 2,60 Meter hohen Bauzaun aus Preßspanplatten umgeben.

Foto: ddp

Von MARKUS SCHLEUSENER

Wenn 007 alias James Bond zu seinen Chefs gerufen wird, um einen neuen Auftrag entgegenzunehmen, dann fährt er stets nach London-Vauxhall. In der MI6-Zentrale schäkert er mit „Miß Moneypenny", bevor er seinen neuen gefährlichen Dienst antritt. Auch in den USA ist der wichtigste Geheimdienst nahe an der Hauptstadt beheimatet: in Langley, Virginia.

Und bald wird auch der deutsche Bundesnachrichtendienst (BND) seinen Sitz in Berlin haben, und damit in unmittelbarer Nachbarschaft seiner obersten Dienstherren. Zwei Kilometer vom Kanzleramt entfernt liegt das Baugrundstück, auf dem in der vergangenen Woche feierlich die erste Grundsteinlegung erfolgt ist. Bisher sitzen die Schlapphüte weit entfernt vom Zentrum der Macht in Pullach bei München.

Die Grundsteinlegung wurde begleitet von einer Pannenserie größerer und kleinerer Art: Bei der Zeremonie mit Kanzleramtsminister Thomas de Maizière und BND-Boß Ernst Uhrlau versagte die Tonanlage. Die Worte an die Festgemeinde, berichtet die „Süddeutsche Zeitung", verhallten „in den hinteren Reihen weitgehend ungehört".

Das war symptomatisch für den BND, der wahlweise unterschätzt oder dämonisiert wird. Die jüngsten Negativschlagzeilen produzierte der Dienst mit einer eigentlich gelungenen Aktion: dem Ausspähen der afghanischen Regierung.

Weil dabei auch eine „Spiegel"-Reporterin mit guten Kontakten nach Kabul betroffen war, muß sich der BND Vorwürfe gefallen lassen, er bespitzele Journalisten im eigenen Land. Dies aber ist ein großes Tabu für einen Auslandsgeheimdienst.

In fünf Jahren nun soll der Großteil der 6000 BND-Beschäftigten nach Berlin umziehen. Wobei: Zeitliche Prognosen in solchen Fragen sind immer mit einem Fragezeichen versehen. Die Fertigstellung des Gebäudes war bereits für 2011 vorgesehen. Dann hieß es 2012. Und nun 2013. Das gleiche gilt für die Baukosten, die erst mit 720 Millionen Euro veranschlagt wurden. Nunmehr heißt es in der Presse, sie würden bei ein bis 1,5 Milliarden Euro liegen. Die BND-Zentrale ist damit das teuerste Regierungsprojekt in der Hauptstadt, an dem gerade gebaut wird.

Das Objekt entsteht auf einem Riesengeländer an der Chausseestraße, das heute noch ziemliches Niemandsland ist. Nach Süden hin wird die Chausseestraße, die dann zur Friedrichstraße wird, lebendig. Dort gibt es immer mehr Galerien, Kneipen, Bars und Restaurants, in denen ein deutscher James Bond durchaus seinen Martini genießen (gerührt, nicht geschüttelt) könnte.

Doch nach Norden führt die Chaussee mitten in die Tristesse des Problembezirks Wedding. Die Gegend dort wird von Dönerbuden und einem Autoteilehändler geprägt. Nebenan ist die Schering-Zentrale. Die linksalternative „taz" mutmaßt zu Unrecht, daß durch die Neuansiedlung die ganze Gegend durcheinandergewirbelt werde.

Städtisches Flair wird auch durch die Ansiedlung der neuen Behörde nicht entstehen. Schon jetzt beleben weder das Wirtschafsministerium noch die Charité diesen Stadtteil. Nicht einmal die (übrigens vollkommen heruntergekommenen) Räumlichkeiten der Humboldt-Universität in der Chausseestraße taten dies in der Vergangenheit.

Auf dem zehn Hektar großen Gelände sollen mindestens 260 000 Quadratmeter Nutzfläche entstehen. Das maßgebliche Architekturbüro ist Kleihues und Kleihues. Die Firma betritt mit einem so großen Objekt Neuland.

Das Architekten-Konzept sieht so aus: Am größten wird das acht- beziehungsweise neungeschossige Hauptgebäude. Daneben gibt es noch ein Schulungszentrum und Internat, in dem der Nachwuchs der Geheimen ausgebildet werden soll. Übrigens zusammen mit den Lehrlingen der Verfassungsschutzämter. Außerdem soll ein Besucherzentrum in dieses Gebäude integriert werden. Schließlich ist als drittes Haus die sechsgeschossige Logistik- / Technikzentrale vorgesehen, in der der legendäre „Q" seine Wunderwaffen entwickeln würde, wären wir in der Phantasiewelt des britischen Geheimdienstes.

Doch bis es losgeht, erwarten die Anwohner erst einmal ganz normale Probleme: Bis zu 200 Laster täglich werden während der Aushubarbeiten die Chausseestraße entlangdonnern. Das verspricht viel Krach und viel aufgewirbelten Staub. Genau das Gegenteil von dem, was den Geheimdienst eigentlich charakterisieren sollte.

Zukunft des Geländes Tempelhof weiter ungeklärt

Die Nachnutzung des Flughafen-Geländes wirft weiter Fragen auf

Von PATRICK O'BRIAN

Die zwei Berlin-Besucher aus München staunten: „So viel Platz habt ihr hier in Berlin – das ist ja die reinste Verschwendung."

So sehen das viele, die nach Berlin kommen. Gerade, wenn sie aus der bayerischen Hauptstadt kommen. Dort leben 4100 Menschen auf einem Quadratkilometer. In Berlin sind es 3200.

Berlin hat keine Probleme mit Wohnungsnot. Im Gegenteil: Es gibt viel zu viel Leerstand in der Stadt, so daß Vermieter bereits schimpfen und manche Wohnungsbaugesellschaft im Ostteil sich immer neue Anreize ausdenken muß, um neue Mieter zu gewinnen. Wenn sie die ungeliebten Plattenbauten nicht gleich einreißen lassen.

Trotzdem soll das Wohnungsangebot nochmals erhöht werden. Der Senat wünscht sich, so heißt es, eine teilweise Bebauung des frei werdenden, über 300 Hektar großen Tempelhofer Feldes. Es könnte am Rand mit Wohnhäusern bebaut werden. Und in die Mitte käme ein großer Park, so etwa lautete bisher die große Richtung. Aber wer soll dort hin ziehen?

In jedem Fall wird es dauern, bis ein Nachnutzungskonzept in die Tat umgesetzt ist.

München war 1992 in der gleichen Position, als das letzte Flugzeug in München-Riem startete. Damals gab es schon seit zwei Jahren die Pläne für die weitere Nutzung des Flugplatzes. Aber erst 2013 soll die Messestadt München-Riem wirklich fertig sein. Dann sind mehr als 20 Jahre vergangen.

Neue Wohnungen? Doch Berlin hat schon jetzt hohe Leerstände

Und das in einer Stadt, in der es sehr schwer ist, passenden Wohnraum zu finden.

In Berlin herrscht kein solcher Druck. Es mangelt nicht an freien Plätzen in leerstehenden Altbauten. Oder an Baulücken, die es noch zu füllen gilt. Private Investoren werden sich also kaum darum reißen, unbedingt in ein Riesenareal wie Tempelhof zu investieren.

Lieber stecken sie ihr Geld in attraktive Viertel wie Prenzlauer Berg. Dort ist die Nachfrage groß, und das Angebot klein.

Die Worte „Dachgeschoß" und „Prenzlauer Berg" sind Schlüsselreize im Ohr jedes Immobilienmaklers. Über 3000 Euro pro Quadratmeter lassen sich die Kunden das kosten. Das mag im nationalen und erst recht im internationalen Vergleich wenig sein – für Berliner Verhältnisse ist es recht viel.

Es gibt noch andere Luxusprojekte, die teuer an den Mann gebracht werden können. So entstehen in Lichterfelde im Südwesten der Stadt gerade 238 Lofts. Schon in einem guten Jahr sollen die neuen Eigentümer in den nach Marilyn Monroe benannten Gebäudekomplex einziehen. Ihre Kinder können sie gleich mitbringen, es gibt eine zweisprachige Schule. Das Gebäude war bis 1945 eine Fabrik von Telefunken, dann eine US-Kaserne. Jetzt kostet ein Quadratmeter Wohnraum fast 2500 Euro.

Die zwei Beispiele zeigen, daß sich Geschäfte vor allem mit Luxusimmobilien für ein paar Gutbetuchte machen lassen.

Doch: Der Berliner Immobilienmarkt ist Spiegelbild der gesamten Gesellschaft: Das viel beklagte Auseinanderdriften von Arm und Reich, von oben und unten findet auch hier statt.

Eine Riesenfläche wie das Tempelhofer Flugfeld kann aber nicht mit einer Handvoll Millionäre besiedelt werden. Private Investoren hätten sich für den weiteren Flugbetrieb sofort gefunden. Aber für die Bebauung Tempelhofs wird der Senat kaum welche finden, weil das Gebiet einfach zu groß ist.

Luxusimmobilien: Gibt es so viele Gutbetuchte?

Und wenn die Stadt es selbst in die Hand nimmt? Die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften mit ihren 300 000 Wohnungen haben im vergangenen Jahr gerade mal 117 Millionen Euro Gewinn erwirtschaftet. Würde die Stadt selbst neue Wohnungen bauen, machte sie sich nur selbst Konkurrenz.

Außerdem räumte selbst der rot-rote Senat vor Monaten ein: „Angesichts der Berliner Immobilienmarktsituation sind mittelfristig nur begrenzte Aufnahmekapazitäten zu erwarten."

Vielleicht auch deswegen legte die Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer eine Kehrtwende ein.

Nach der Volksabstimmung hieß es plötzlich, dort solle ein Zentrum der „Kreativwirtschaft" entstehen, was immer damit auch genau gemeint sein soll.

„Kreativwirtschaft" klingt erst einmal gut. Vielleicht meint sie ja die Medienfirmen, die in das Gewerbegebiet Mediaspree in Kreuzberg einziehen sollten. Doch gegen das Ansiedlungsprojekt gibt es heftigen Widerstand, vor allem von linken Gruppen. Am 13. Juli entscheiden die Bürger in einem Bezirks-Bürgerbegehren.

Für Junge-Reyer käme eine Ablehnung des Bezirksvorhabens unter diesen Umständen ganz gelegen.

Zeitzeugen



Mao Zedong – Der 1893 geborene rote Diktator war über seinen Tod im Jahre 1976 hinaus die prägende Gestalt der 1949 gegründeten Volksrepublik China. In seine Herrschaftszeit fällt der Tibetaufstand von 1959, der den Dalai Lama ins Exil trieb.

Reinhold Messner – Der südtiroler Extrembergsteiger, Autor und Politiker kam 1944 in Brixen zur Welt. Er war 1986 der erste Mensch, der auf den Gipfeln aller 14 Achttausender gestanden hat. Und er ist der zweite, der die sogenannten Seven Summits (Sieben Gipfel), das heißt von allen sieben Kontinenten den jeweils höchsten Berg, erklommen hat. Am 8. Mai 1978 bestiegen Reinhold Messner und Peter Habeler den Gipfel des auf tibetischen Boden liegenden Mount Everest erstmals ohne zusätzlichen Sauerstoff.



Heinrich Harrer – Der österreichische Bergsteiger, Forschungsreisende, Geograph und Autor kam 1912 in Obergossen, Marktgemeinde Hüttenberg zur Welt. Bekannt wurde er außer als einer der Erstbesteiger der Eigernordwand durch seine Autobiographie „Sieben Jahre in Tibet“, in dem neben dem Autor auch die Lebensgewohnheiten der Tibeter und die angespannte politische Situation in deren Heimat thematisiert werden. Auf seinem Buch basiert der gleichnamige, 1997 in die Kinos gekommene Spielfilm von Jean-Jacques Annaud. Harrer starb 2006 in Friesach.

Sir Edmund Hillary – Der neuseeländische Bergsteiger kam 1919 in Auckland zur Welt, wo er Anfang dieses Jahres auch verstarb. Zusammen mit dem einheimischen Bergsteiger Tenzing Norgay, einem Sherpa, gelang ihm am 29. Mai 1953 die Erstbesteigung des Mount Everest.



Güyük Khan – Der von 1206 bis 1248 lebende Enkel des legendären Dschingis Khan regierte als dritter Großkahn ab 1246 die Mongolen. Sein Vater und Vorgänger Ögedei Khan starb zwar bereits 1241, doch verzögerte sein Rivale Batu seine Thronbesteigung. 1240 eroberte er Tibet und gliederte es dem Reich ein. 1247 wurde sein jüngerer Bruder Köden zum vorübergehenden Gouverneur der eroberten Region ernannt.

Minderheit im eigenen Land

Die Tibeter erleiden eine »bewußte Umvolkung« und Vernichtung ihrer Kultur

Von ALBRECHT ROTHACHER

Tibet gehört schon lange nicht mehr den Tibetern. Die Tibeter erleben derzeit einen weiteren massiven Schub in der Zuwanderung von Han-Chinesen. Schon jetzt sind sie durch Besatzungssoldaten, Staatsangestellte, zugewanderte Facharbeiter und Händler in den Städten Lhasa und Shigatse zur Minderheit im eigenen Land geworden. Experten nennen dies eine „organisierte Umvolkung“. Handel, Industrie, Verwaltung und Schulen werden von den Chinesen kontrolliert. Entsprechend stark entlud sich bei den Krawallen vom 14. März der Zorn auf die chinesischen Geschäfte, Banken und Hotels, die sich in der Altstadt von Lhasa breitgemacht hatten. Dagegen haben die des Chinesischen und seiner komplizierten Schriftsprache meist unkundigen Tibeter im Verwaltungs- und Geschäftsleben keine Chance. Der Unterricht auf Tibetisch hört nach dem zweiten Schuljahr auf. Je schneller die rückständigen, dem sozialistischen Staatskapitalismus abholden Tibeter sinisiert sind, desto besser für sie und für Chinas Sicherheit, so die unverbrämte koloniale Entwicklungsdoktrin Pekings.

Wie viele Randgebiete und Nachbarstaaten des heutigen China war Tibet mit China seit dem 13. Jahrhundert in einem losen Suzeränitätsverhältnis verbunden, das sich im wesentlichen auf den Austausch von Tributen gegen Geschenke mit dem chinesischen Kaiser beschränkte. 1950 jedoch wurde das 1913 formell unabhängig gewordene Gotteskönigreich Tibet von der kommunistischen Volksbefreiungsarmee auf Befehl Mao Zedongs erobert. Ein Aufstand der Tibeter gegen die Zwangskollektivierung und den Verlust ihrer Herden wurde 1959 mit über 100 000 Toten niedergeschlagen. 200 000 gelang die Flucht mit dem Dalai Lama, der 14. Inkarnation des Buddha, ins nordindische Exil.

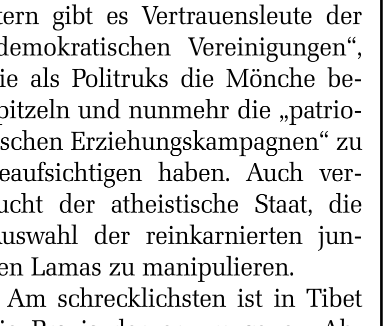
Schon in den 50er Jahren wurden in den tibetisch besiedelten Gebieten der Nachbarprovinzen Qinghai, Ganxi und Sichuan, wo die Hälfte der 5,4 Millionen Tibeter wohnen, Äbte und Großgrundbesitzer enteignet und erschossen. Im Kerngebiet des „autonomen“ Tibet selbst begann der rote Terror mit Macht erst nach 1959. Auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution (1966–72) wurden alle Klöster, die nicht nur der religiöse Lebensmittelpunkt, sondern auch die einzigen Kultur- und Bildungszentren der traditionell nomadischen Tibeter waren, zerstört und geschlossen. Ihre Bibliotheken und Kunstwerke wurden verwüstet und verbrannt. Auch nach der späteren Wiedereröffnung mancher Klöster und ihrer teilweisen Renovierung bleibt die Zahl ihrer Insassen streng begrenzt. Tibetische Heiligtümer wie der Potala Palast dienen heute als Touristenattraktionen und Devisenbringer. Die tibetische Kultur wird als eine Art Himalaja Disneyland vermarktet. Und wo traditionelle tibetische Bauwerke kein Geld bringen, werden sie zugunsten moderner chinesischer Beton- und Blechkonstruktionen abgerissen.

Neben der wirtschaftlichen Erschließung und han-chinesischen Besiedlung Tibets stützt sich die chinesische Kolonialpolitik auf die Kontrolle des religiösen Lebens und den Versuch, das Volk vom Dalai Lama zu entfremden. Wer bei der Verehrung oder dem Besitz von Bildern des Dalai Lama ertappt wird, hat mit Gefängnisstrafen zu rechnen. In allen 1700 Klöstern gibt es Vertrauensleute der „demokratischen Vereinigungen“, die als Politruks die Mönche bespitzeln und nunmehr die „patriotischen Erziehungskampagnen“ zu beaufsichtigen haben. Auch versucht der atheistische Staat, die Auswahl der reinkarnierten jungen Lamas zu manipulieren.

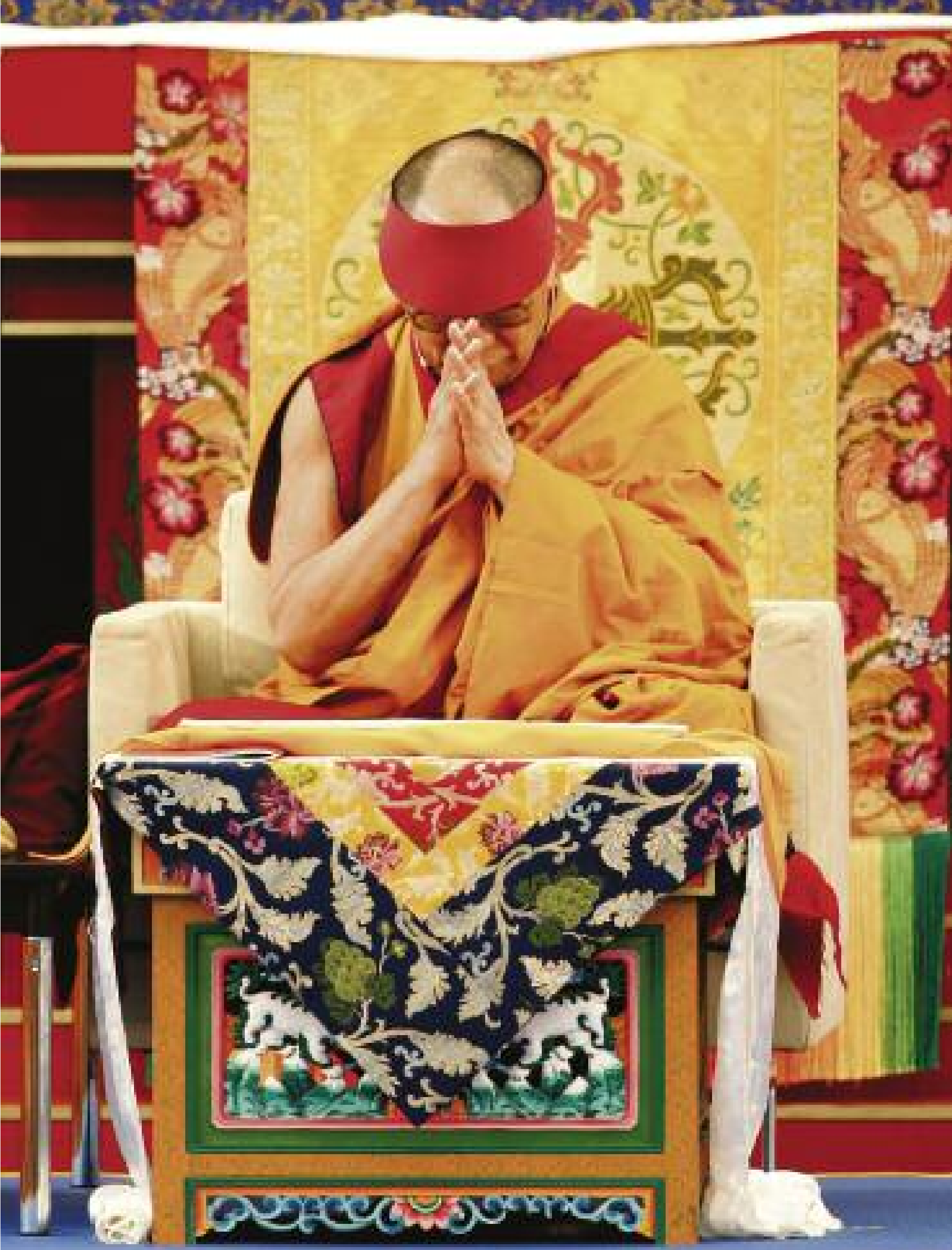
Am schrecklichsten ist in Tibet die Praxis der erzwungenen Abtreibungen, die seit 1984 mit wenigen Abstrichen auch den Minderheiten, die zum Überbevölkerungsproblem der Han-Chinesen in ihren entlegenen Gebieten kaum betragen, aufgezwungen wurde. Spätestens nach dem zweiten Kind erfolgen Zwangsabtreibungen, Säuglingstötungen im Geburtsvorgang und Zwangssterilisierungen.

In den frühen 90er Jahren bewährte sich ein gewisser Hu Jintao als Parteisekretär in Lhasa bei der politischen Disziplinierung der starrsinnigen Tibeter. Bei dem letzten Aufstandsversuch ließ er 1989 das Militär in die Volksmengen schießen mit Hunderten von Toten. Heute ist er Präsident der Volksrepublik und möchte seinen Triumph vor aller Welt bei den Olympischen Sommerspielen abfeiern lassen.

In seinem Exil in Dharamsala im indischen Himalajavorland gibt sich der mittlerweile 73jährige Dalai Lama wie immer versöhnlich. Seit 1988 verlangt er nur noch die Autonomie Tibets statt seiner Unabhängigkeit und setzt im Lichte der buddhistischen Lehre auf strikte Gewaltfreiheit. Für ihn ist das Olympische Jahr die letzte Chance, China gesprächsbereit zu machen und kulturelle Autonomierechte für Großtibet (das heißt auch für die 1965 abgetrennten tibetisch besiedelten Präfekturen in Sichuan, Gansu, Qinghai und Yunnan) und ein von allen Gläubigen ersehntes Rückkehrrecht nach Tibet zu erreichen. Peking jedoch denunziert ihn weiter öffentlich und aggressiver denn je als landesverräterischen Spalter. Ob er Erfolg hat, hängt im großen Maße von der Nachhaltigkeit der weltweiten Proteste gegen die chinesische Repression und dem – nicht sonderlich stark entwickelten – Rückgrat der politischen Klassen des Westens ab.







Dalai Lama: Der im Exil Lebende steht für die Unterdrückung Tibets. Foto: ddp

Wie der Buddhismus nach Tibet kam

Denkt man an Tibet, so tauchen automatisch vor dem inneren Auge rotgewandete Mönche oder gar gleich der Dalai Lama auf. Doch auch wenn es verwundern mag, der Buddhismus in Tibet ist vergleichsweise jung. Der Gründer des Buddhismus, Prinz Siddhartha Gautama, wurde bereits im 6. Jahrhundert vor Christus in Nordindien, auf dem Gebiet des heutigen Nepal, geboren. Mit 29 Jahren verließ der Adelige den Palast der Eltern und lernte auf Reisen durch das Land das wahre Leben kennen. Historischen Überlieferungen zu Folge soll er mit 35 Jahren durch tiefe Versenkung in sich selbst die Erleuchtung erfahren haben. Menschliche Schwächen wie Haß, Begierde und Unwissenheit fielen von ihm ab, und so wurde er zum „Buddha“, zum Erwachten. Der historische Buddha wurde so zum Gründer einer neuen Religion, die durch Meditation und Friedensliebe gekennzeichnet ist.

Dalai Lama war oberste Autorität

Erst im 6. Jahrhundert drangen die ersten Informationen über den Buddhismus über das Himalaya-Gebirge nach Tibet, so daß erst rund 1000 Jahre nach dem Tod des einstigen indischen Prinzen in Tibet die ersten Tempel errichtet wurden, die seine Lehren verbreiteten.

Einen Dalai Lama gibt es in Tibet erst seit 1578. Der Buddhist und Lehrmeister (Lama) Sonam Gyatso erhielt diesen Ehrentitel durch den Fürsten der Tümed-Mongolen Altan Khan, da Sonam Gyatso die buddhistische Religion überzeugend in dem Land verbreitet habe. Nachträglich wurden Sonam Gyatsos zwei Vorgänger ebenfalls als Dalai Lama anerkannt, so daß der erste Dalai Lama offiziell zum dritten Dalai Lama wurde. 1642 vereinte der fünfte Dalai Lama die weltliche und religiöse Autorität Tibets auf sein Amt, so daß der Dalai Lama von nun an offizielles Staatsoberhaupt war.

Der Mann, den wir als Dalai Lama kennen, wurde 1935 unter dem Namen Tenzin Gyatso im Nordosten Tibets geboren. Als er zwei Jahre alt war, entdeckten Mönche den Jungen und zeigten sich überzeugt, daß dieser die Wiedergeburt des 1933 verstorbenen 13. Dalai Lamas sei. Nach Jahren der Schulung übernahm Tenzin Gyatso 1950 15jährig die Herrschaft über Tibet, bis er von den Chinesen verjagt wurde. *Bel*

Seit fast 50 Jahren in der Fremde

Chinesische Artillerie trieb den Dalai Lama 1959 ins Exil

Von Manuel Ruoff

Am 1. März 1959 wurde der Dalai Lama, also die höchste weltliche Autorität Tibets bis zum Einmarsch der Chinesen zu Beginn des Jahrzehnts, von den Okkupanten aufgefordert, seine Hauptstadt zu verlassen, um im Hauptquartier der chinesischen Streitkräfte einer Theaterführung beizuwohnen. Der Dalai Lama befand sich gerade bei Studien zur Erlangung der Geshe, der Doktorwürde der buddhistischen Theologie, am Jokhang, einem buddhistischer Tempel inmitten der Altstadt von Lhasa. So wurde der Besuchstermin auf den 10. März verschoben wurde.

Am 9. März, also einen Tag vor dem vorgesehenen Besuch, suchten Offiziere der chinesischen Volksbefreiungsarmee den Chef der Leibwache des Dalai Lama auf und konfrontierten ihn mit Forderungen, die es in sich hatten. Dazu gehörte, daß der Dalai Lama ohne seine Leibwache zur Theateraufführung komme und daß es entgegen aller Tradition keine öffentliche Zeremonie für seine Prozession von seiner Residenz zum Hauptquartier gebe.

Daß der Dalai Lama auf chinesischen Wunsch ohne Aufheben und schutzlos seine Residenz verlassen sollte, um sich in die Höhle des Löwen zu begeben, ließ unter den Tibetern die Sorge aufkommen, daß der Mönch Tenzin Gyatso, der aktuelle Amtsinhaber, entführt werden sollte. Am 10. März versammelten sich deshalb rund 300 000 seiner Landsleute an seiner Residenz, um den Dalai Lama am Besuch der Theateraufführung zu hindern. Obwohl das chinesische Militär sich bereits im Dezember des Vorjahres Kämpfe mit Guerillaeinheiten außerhalb Lhasas geliefert hatte, wird an dieser Versammlung gemeinhin der Beginn des sogenannten Tibetaufstands festgemacht.

Die Situation eskalierte. Zwei Tage später, am 12. März, riefen erste Tibeter auf den Straßen ihrer Hauptstadt die Befreiung ihres Landes von der chinesischen Fremdherrschaft und dessen Unabhängigkeit aus. In Lhasa wurde mit der Errichtung erster Barrikaden begonnen. Wie die Tibeter bereitete sich auch die Volksbefreiungsarmee auf eine gewaltsame Auseinandersetzung in und um die Hauptstadt vor. Gleichzeitig sandten die Tibeter einen Hilferuf an den Gesandten des Nachbarn Indien.

In den darauffolgenden Tagen wurden die tibetischen und chinesischen Stellungen kontinuierlich verstärkt. Chinesische Artillerie bereitete sich auf die Beschießung der Sommerresidenz des Dalai Lama vor. In dieser Situation bereitete das tibetische Militär seine Evakuierung aus der Stadt vor.

Zwei Tage später, am 17. März, trat der Ernstfall ein. Zwei chinesische Artilleriegeschosse schlugen in der Nähe der Residenz ein. Der Dalai Lama verließ daraufhin seine Hauptstadt und sein Land und ging ins Exil.

Am Abend des 19. März brach der Konflikt mit der systematischen Bombardierung der Residenz und der Hauptklöster in der Hauptstadt offen aus. Die wenigen und vergleichsweise schlecht bewaffneten Tibeter hatten gegen das Reich der Mitte keine Chance. Die Kampfhandlungen dauerten nur zwei Tage. Der gescheiterte Aufstand Davids gegen Goliath kostete den Verlierer 86 000 Tote. Dem chinesischen Sieg folgten die Plünderung und Zerstörung von Klöstern und Tempeln sowie die Hinrichtung der Angehörigen der Dalai-Lama-Leibwache sowie von Mönchen und anderer als mißliebig eingestufter Tibeter.

Kräftiger Schluck aus der Pulle

Diätenerhöhung war gestern, jetzt kommt die nächste

Von Mariano Albrecht

Sind unsere Politiker noch zu retten? Greift die Gier unter den Abgeordneten des Deutschen Bundestages um sich? Eine Einkommensverbesserung von 937 Euro innerhalb eines Jahres wollen sich die Volksvertreter gönnen, davon können Facharbeiter und Angestellte nur träumen. Hartz-IV-Empfängern treibt es Wut und Tränen ins Gesicht. Zwei Diätenerhöhungen in drei Schritten. Maßlose Selbstbedienung oder Neiddebatte?

Gerade erst im vergangenen Jahr hatten sich die Bundestagsabgeordneten eine Erhöhung der Diäten genehmigt. Um 330 Euro stiegen zum 1. Januar 2008 die Einkommen der Volksvertreter, im nächsten Jahr gibt es Nachschlag. Im Beschluß vom November vergangenen Jahres war auch gleich festgelegt worden, daß zum 1. Januar 2009 weitere 329 Euro mehr gezahlt werden. Doch jetzt kommt es ganz dick: Nach einem Gesetzentwurf der am vergangenen Freitag im Bundestag diskutiert wurde, sollen die Abgeordnetenbezüge vom 1. Januar 2009 an, durch den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst um weitere 278 Euro ansteigen, bis 2010 ist eine Diätenerhöhung um 1150 Euro geplant. Verdient ein Abgeordneter in diesem Jahr noch 7339 Euro brutto monatlich, so sind es ab 2010 satte 16,4 Prozent mehr, 8159 Euro.

Für Grünen-Chefin Claudia Roth riecht das nach „Abzocke“, der Bund der Steuerzahler hält die Pläne zur Diätenerhöhung für „völlig überzogen“.

Abgeordnete machen gern diese Rechnung auf: Politiker sind Führungskräfte. Im Berufsleben haben nicht wenige als Juristen oder Ingenieure gearbeitet. Ein selbständiger Anwalt kann im Monat gut und gern zwischen 7000 und 10000 Euro, bei 40 bis 50 Wochenstunden, verdienen. Auch ein Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens könnte in dieser Gehaltsliga spielen. Doch hohe Verdienste werden auch hoch besteuert. So bleiben einem unverheirateten, kinderlosen Abgeordneten nach Abzug von Steuern und Krankenversicherung, je nachdem ob er sich privat oder gesetzlich versichert, rund 4300 Euro netto. Mitgliedsbeiträge und Spenden an die Partei sind obligatorisch, nach Auskunft eines CDU-Abgeordneten ist eine monatliche Spende von zehn Prozent der Bruttobezüge ein Muß. Da bleibt kaum mehr als ein besser bezahlter Beamter verdient.

Politiker haben auch Privilegien. Zu seinem Nettoeinkommen bekommt ein Abgeordneter monatlich noch eine steuerfreie Kostenpauschale von 3720 Euro. Die sind für den zweiten Wohnsitz in Berlin, für den Unterhalt eines Büros im Wahlkreis, Reisekosten, Büromaterial und Telefonkosten. Über das Geld kann er frei verfügen, über die Verwendung im einzelnen muß er keine Rechenschaft ablegen.

Geht man jedoch davon aus, daß eine Wohnung oder ein Appartement im Berliner Regierungsbezirk je nach Komfort und Größe zwischen 800 und 1500 Euro kostet, ein Büro mit einer Größe von 50 Quadratmetern mit rund 500 Euro zu Buche schlagen kann und 200 Euro für Telefonkosten nicht unrealistisch sind, relativiert sich der Bonus. Es bleiben rund 2000 Euro übrig. Doch ein Abgeordneter muß auch repräsentieren. Einladungen zum Essen und Ausgaben für Bekleidung sollten nicht unterschätzt werden.

Wenn unser Abgeordneter sparsam haushaltet und von seiner Kostenpauschale 2000 Euro auf seine Nettobezüge aufschlägt, kann man von einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 4000 und 5000 Euro ausgehen. Ein stattliches Einkommen?

Die Vergütungsstudie „Leitende Angestellte 2006“ der Managementberatung Kienbaum hat ergeben, daß knapp die Hälfte aller Führungskräfte zwischen 50000 und 100000 Euro Gehalt auf ihrem Lohnzettel findet. 37 Prozent verdienen zwischen 100000 Euro und 150000 Euro, zwölf Prozent werden mit mehr als 150000 Euro jährlich für ihre Arbeit entlohnt. Die Diäten der Abgeordneten nehmen sich da eher bescheiden aus. Woher nun der Ärger? So sieht die Gegenrechnung aus:



Abgeordnete im Bundestag: Wegen mehrfacher Diätenerhöhungen beneidet — Foto: ddp

Es geht um ein wenig transparentes System aus versteuertem und unversteuertem Einkommen und Sondervergünstigungen wie kostenfreie Bahnfahrten und Dienstwagennutzung. Doch das eigentliche Ärgernis sind die Pensionsansprüche. Abgeordnete sind nicht rentenversicherungspflichtig, können aber selbst eine Altersvorsorge aufbauen oder haben aus ihren früheren Tätigkeiten Ansprüche aus einer Rentenversicherung. Für die Arbeit im Parlament hat ein Abgeordneter nach acht Jahren bereits einen Pensionsanspruch von 1468 Euro monatlich erworben, nach der geplanten Erhöhung wären es 1632 Euro. Damit erreichen die Politiker-Pensionen nach kurzer Anwartschaft Dimensionen, die gut verdienende Angestellte selbst nach einem ganzen Erwerbsleben nicht erzielen können. Der Bund der Steuerzahler fordert einen Systemwechsel, wie er in einigen Landesparlamenten schon vollzogen ist.

In Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein wird den Landtagsabgeordneten monatlich eine feste Summe gezahlt, von der sie eigene Anteile für Altersvorsorgung und Krankenversicherung zahlen müssen. Werbungskosten müssen wie bei jedem Arbeitnehmer oder Selbständigen belegt und abgerechnet werden.



Meldungen

Sind andere umweltbewußter?

Berlin – Die Deutschen sind offenbar nicht das Volk der größten Umweltschützer. Eine Umfrage des Magazins „National Geographic“ bei 14000 Menschen aus Kanada, den USA, Mexiko, Brasilien, Großbritannien, Frankreich, Spanien, Deutschland, Ungarn, Rußland, China, Indien, Japan und Australien hat ergeben, daß das Umweltbewußtsein der Brasilianer und Inder höher sei als das der Deutschen, was auch daran liegt, daß bei der Umweltsünde Nummer eins, dem Autofahren, viele Menschen dieser Länder diesen fahrbaren Untersatz nicht besitzen und sich deswegen mit dem Fahrrad oder öffentlichen Verkehrsmitteln fortbewegen. Gelobt wurden die Deutschen für ihre Sparsamkeit in Sachen Energie- und Wasserverbrauch sowie für den Kauf umweltfreundlicher Produkte.

Schneller Ersatz für Peter Krause

Erfurt – Wie vom thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU) angekündigt, wurden am 8. Mai in Erfurt sechs neue Minister vereidigt. Die Neubesetzung der Ministerposten hatte für Wirbel gesorgt, da den Medien vor allem der ursprünglich für das Amt des Kultusministers vorgesehene Minister nicht zusagte. Peter Krause, der vor zehn Jahren kurzfristig für die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ gearbeitet hat, wurde wegen dieser Tätigkeit in die rechte Ecke gedrückt und verzichtete drei Tage vor der geplanten Vereidigung auf das Amt. Keine 36 Stunden später gab Dieter Althaus einen neuen Namen Preis: Bernward Müller, seit zehn Jahren Abgeordneter im Bundestag, ist ab sofort für Schule, Wissenschaft und Kultur in Thüringen zuständig. Der 1950 geborene Müller war in den 90 Jahren bereits stellvertretender Abteilungsleiter im Kultusministerium in Thüringen.

Ost-Deutsch (66):

Gepäck

Von Wolf Oschlies

„Falsche Freunde“ nennen Sprachwissenschaftler Scheinentsprechungen zwischen zwei Sprachen: Wörter, die orthographisch und phonetisch (fast) identisch sind, aber verschiedene Bedeutungen haben. Das führt dann oft zu peinlichen oder heiteren Verwechslungen, man denke nur ans englische „to become“, das mit deutsch „bekommen“ nichts zu tun hat, weil es „werden“ heißt.

Einen solchen falschen Freund treffe ich immer bei Südslawen: „gepek“. Das Wort ist natürlich das deutsche „Gepäck“, das ab dem 16. Jahrhundert das ältere „gepac“ ersetzte. Nur: Gepäck heißt im Serbokroatischen „prtljaga“, während der deutsch klingende „gepek“ für den Kofferraum im Auto steht. Ganz hochsprachlich scheint er nicht zu sein, da ich ihn in kaum einem Wörterbuch finde. Aber alltagssprachlich ist er allemal, wie jeden Tag zahllose Anzeigen verraten: Da will jemand ein Auto kaufen oder verkaufen und weiß genau, wie groß der „gepek“ ist oder sein soll: Bei Kroaten klingt das so: „Limuzinska verzija s prihvatljivih 375 litara u gepeku“ (Limousinenversion mit angenehmen 375 Liter Kofferraum).

Bei Serben ist seit 2004 ein neuer Polizeiwagen im Einsatz, „koj omogucava 43 razlicite konfiguracje gepeka“ (der 43 verschiedene Anordnungen des Kofferraums ermöglicht). Und Mazedonier bedauern, daß „povekje mesto vo gepekot nema“ (nicht mehr Platz im Kofferraum ist).

Wenn ein „gepek“ groß genug ist, kann er Leben retten: „Pobegao sam teroristima u gepeku“, erinnerte sich jemand 1999: Ich bin im Kofferraum vor den Terroristen geflohen. Und 2004 stellten kroatische Blätter zwei französische Journalisten vor, die im Irak „u slobodu iz gepeka“ gekommen waren: aus dem Kofferraum in die Freiheit.

„Ihr geht mit der Erde um, als hättet ihr eine zweite unbenutzt im Kofferraum“, war in meiner Studentenzeit ein berühmter Slogan der damals aufkommenden Umweltbewegung. Dasselbe Bild finde ich heute bei Serben wieder, die leise Angst spüren, durch die Kosovo-Politik von Premier Kostunica in internationale Isolation zu geraten. Deshalb die berechtigte Frage: „Ima li rezervnog tocka u gepeku Kostunicinog automobila“ – Gibt es einen Reservereifen im Kofferraum von Kostunicas Auto?

Seine Politik kostet Milliarden

Sigmar Gabriels Pläne zur Energieversorgung sind falsch und sündhaft teuer

Von Hans Heckel

Sein Feld ist die Welt der Schlagworte. Als Bundesumweltminister Sigmar Gabriel mit Eisbär Knut in die Kamera lachen durfte, war der füllige Niedersachse in seinem Element. Seitdem läuft es für den Sozialdemokraten aber alles andere als rund. Mit seinen plakativen Antworten auf die drängenden Probleme der Energieversorgung – Biosprit, Solarstrom, Windkraft, Ausbau der Kohle und Atomausstieg – verheddert sich der erste Umweltschützer des Landes zunehmend in den Fußangeln einer Realität.

Beispiel Biosprit: Just in dem Moment, als Gabriel ein Abkommen mit Brasilien über weitere Lieferungen des „nachwachsenden Treibstoffs“ verkündete, richteten die Vereinten Nationen einen dramatischen Apell an die Industrienationen. Biosprit trage auf verhängnisvolle Weise zur Nahrungsmittelknappheit bei, weil eigentlich für menschlichen Verzehr oder Viehfutter benötigte Feldfrüchte im Tank landeten. Für einen Sozialdemokraten, dem nach eigenem Bekunden doch schon qua Parteibuch das Los der Armen besonders am Herzen liegt, ein peinlicher Widerspruch.

Nicht besser sieht es bei Gabriels Lieblingsprojekt, der durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) massiv geförderten Solarstromerzeugung aus. Über die Stromrechnung müssen alle deutschen Stromkunden die Einspeisung von Solarstrom mit Milliarden bezuschussen. Kostet konventioneller Strom derzeit nur fünf Cent pro Kilowattstunde, so wird dem Einspeiser von Solarstrom die gleiche Menge Strom mit 47 Cent vergütet.

Die Zuschüsse laufen laut EEG 20 Jahre lang, weshalb die bis Ende 2007 installierten Solaranlagen den deutschen Stromverbraucher nach einer Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) über 23 Milliarden Euro kosten werden.

Hektisch versucht nun Gabriels Ministerium, die Zuschüsse zumindest minimal zu drücken. Doch die bisherigen Planungen werden, warnen Experten, am Trend zur Kostenexplosion so gut wie nichts ändern. Vorschläge vom Wirtschaftsflügel der Union, die Solarstromvergütung viel deutlicher zu reduzieren als vom Umweltministerium bislang vorgesehen, wischt Gabriel im Gleichklang mit der Solarlobby mit dem Argument vom Tisch, dies koste Tausende Arbeitsplätze in der aufstrebenden Sonnenenergie-Branche.

Selbst dies aber ist an den Haaren herbeigezogen: China überschwemmt Deutschland neuerdings mit seinen Solarzellen, hat seinen Weltmarktanteil 2007 von 15 auf 28 Prozent erhöht, Deutschland verharrte bei 20 Prozent. Nur rund die Hälfte der 2007 in Deutschland installierten Zellen stammten noch aus heimischer Produktion. Mit anderen Worten: Deutsche Stromkunden subventionieren Arbeit in Asien.

Die per Förderung angeblich gesteigerten Exportchancen der deutschen Solarzellenproduktion erweisen sich ebenfalls als teure Seifenblase: Asiatische Produzenten räumen ein, daß es bei ihnen mangels staatlicher Förderung eigentlich gar keinen Solarzellenmarkt gibt, daß sie praktisch ausschließlich für Märkte wie den deutschen produzieren.

Die Förderung der Windkraft läuft letztlich nach dem gleichen Muster wie die des Solarstroms. Konsumenten müssen enorme Preise zahlen, damit die Betreiber der an sich unwirtschaftlichen Anlagen Geld verdienen.

Den Politikprofi Gabriel bringen die Nachrichten über milliardenschwere Rohrkrepierer seiner Energiepolitik zunehmend in Bedrängnis. Sein eigener Parlamentarischer Staatssekretär Michael Müller hat einen Aufruf sozialdemokratischer Umweltpolitiker initiiert, der die vom Minister mit Verve vertretene Förderung der Kohlekraft als entscheidenden Grundlastträger für die Nach-Atom-Ära scharf kritisiert. Die Öko-Fundamentalisten in Gabriels eigener Partei wollen nicht wahrhaben, daß nach dem Abschalten der letzten Kernkraftwerke die Energieversorgung Deutschlands nur mit dem massiven Ausbau der Kohlekraft sicherzustellen wäre.

Daß sein eigener „Parlamentarischer“ den Disput als Frontmann einer Palastrevolte im Umweltministerium anführt, deutet auf einen dramatischen Autoritätsverlust Gabriels hin.

Von der Union wird der rote Umweltressortchef an der anderen Seite unter Feuer genommen: Ohne Kernkraft, darauf weisen Energiepolitiker von CDU und CSU mit Rückendeckung der Kanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel unablässig hin, sei ein zukunftsfähiger Energiemix nicht zu gewährleisten.

Ironischerweise muß Atomgegner Sigmar Gabriel noch die Zwischenlagerung des Atommülls politisch organisieren. Vorgänger Jürgen Trittin, der ihm dieses Gesetz hinterlassen hat, macht indessen ungeniert Stimmung gegen den „Atomminister“ Gabriel.

MELDUNGEN

»Wie in einem Schlachthaus«

Dschibuti – Erneut versuchen Diplomaten der Vereinten Nationen, der EU und der Afrikanischen Union, Frieden in Somalia durchzusetzen. Zwar zeigten sich die Regierung und die islamische Opposition immerhin zu Gesprächen bereit, doch nur unter Anwesenheit internationaler Vermittler. Die islamische Opposition lehnt direkte Gespräche mit somalischen Regierungsvertretern ab. Allerdings gab der Chefunterhändler der Opposition, Abi Rahman Abdi Shakur Warsami, offen zu, daß Somalia „einem Schlachthaus“ ähnle, „in dem jederzeit Menschen getötet werden“. Hierbei stieß er auf vollste Zustimmung seitens der Regierungsdelegation, die erklärte, daß es höchste Zeit sei, die Waffen zum Schweigen zu bringen. Ende 2006 wurde die islamische Opposition aus Mogadischu vertrieben und führt seitdem einen blutigen Guerillakrieg gegen Regierungstruppen und die sie unterstützenden Soldaten aus Äthiopien.

Brüssel zwingt Gen-Mais auf

Wien – Die EU-Kommission entschied, daß das bisher in Österreich geltende generelle Importverbot für gentechnisch veränderte Pflanzensorten gegen Grundsätze der Welthandelsorganisation (WHO) verstoße, und hob dieses für die beiden Maissorten MON810 und T25 auf. Die Lobby-Aktivitäten von Monsanto waren also erfolgreich. Das österreichische Anbauverbot von gentechnisch veränderten Sorten bleibt aber in Kraft. Vorläufig, denn mit Inkrafttreten des „Reform-Vertrags“ verliert Österreich sein Veto-Recht und kann dann durch Mehrheitsbeschlüsse auch zur Aufhebung dieses Verbots gezwungen werden. Da österreichische Konsumenten mit breiter Mehrheit gentechnisch veränderte Nahrungsmittel ablehnen, hat sich der Handel freiwillig dazu verpflichtet, keine solchen Produkte auf den Markt zu bringen. Ebenfalls vorläufig. *RGK*

Der letzte König von Nepal

Maoisten übernehmen Macht in dem asiatischen Land

Von ALBRECHT ROTHACHER

Ein Gespenst feiert unerwartet Stelldichein in Asien: Eine maoistische Aufstandsbewegung steht kurz vor der Machtübernahme in Nepal, einem verarmten Bauernvolk von 24 Millionen am Fuße des Mount Everest. Es ist wie ein Treppenwitz der Weltgeschichte: Während ein Drittel der Menschheit – von Magdeburg bis Pnom Penh – mühsam versucht, mit mehr oder weniger Erfolg das verheerende Erbe kommunistischer Diktaturen zu überwinden, steht wieder ein kleines Häufchen hartgesottener Kaderkommunisten vor der Machtübernahme in einem verarmten Dritte-Welt-Land. Sie beschönigen ihre Ziele nicht, berufen sich auf Mao und Stalin und wollen die Diktatur des Proletariats.

Dabei lief alles wie nach dem Handbuch für kommunistische Revolutionen ab. Ein unterentwickeltes Land mit feudalen Kasten, mit Großgrundbesitzern und Leibeigenen. Es gab 1950 und 1990 bürgerliche Revolutionen, die zwar kurzzeitig demokratisch-konstitutionelle Formen der Monarchie einführten, an der Streitsucht und Korruption der Politiker und ihrer mangelnden Basis angesichts der fehlenden bürgerlichen Mittelschichten jedoch bald wieder scheiterten. Sie wurden aufgehoben durch königliche Gegenputsche, einmal des „guten“ Königs Birenda, der 1962 bis 1990 alle Parteien verbieten ließ, eine parteilose Honoratiorenversammlung („Panchayat“) als Beratungsorgan gewähren ließ, und seines Bruders, des „bösen“ Königs Gyanendra, der 2005 bis 2006 wieder die absolute Macht an sich riß. Seit 2006 angesichts der ständig sich verschlechternden Sicherheitslage der Waffenstillstand ausgerufen wurde, treiben die militanten Maoisten die bürgerlichen Politiker der Kongreßpartei, die der relativ gemäßigten Vereinigten Marxisten-Leninisten und fünf kleinerer Koalitionsparteien (Royalisten, ethnische Minderheiten und Abspaltungen) der Übergangsregierung vor sich her. Schrittweise wurde der König entmachtet, ihm seine politischen Befugnisse und der Oberbefehl über die Streitkräfte entzogen, die Paläste und Ländereien verstaatlicht und schließlich Wahlen zu einer Nationalversammlung abgehalten, mit der Vorgabe, eine republikanische Verfassung zu schaffen. Jetzt wurde König Gyanendra vom Maoistenführer Prachanda angedroht, falls er nicht freiwillig gehe, würde er einem Prozeß mit harter Bestrafung bekommen. Seit der Verhandlung gegen Ludwig XVI. 1793 wäre dies der erste Prozeß gegen einen gestürzten König.



Feindbild der Maoisten: König Gyanendra wird mit einem harten Prozeß gedroht, falls er nicht geht. Foto: AP

Die Maoisten sind bei den Wahlen im April mit dem Gewinn von 30 Prozent der Stimmen, 50 Prozent der Wahlkreise (die sie meist vorher schon militärisch kontrollierten), und 217 von 601 Sitzen klarer Wahlsieger geworden. Dazu verfügen sie über 5000 Guerillakämpfer und 20000 Milizionäre sowie eine kommunistische Parallelverwaltung, die etwa 80 Prozent des Landes mittlerweile beherrscht. Das zerstrittene bürgerliche Lager der Kongreßpartei, die feindlichen Brüder der Vereinigten Marxisten-Leninisten oder die Monarchisten, die sich noch auf Teile der einstigen Königlichen Armee stützen können, mit der die Maoisten jetzt ihre Truppen „vereinigen“ wollen, um an die schweren Waffen heranzukommen, haben kaum noch eine Chance. Angekündigt ist nach der aktuellen Phase der „bürgerlichen Demokratie“ und dem Sturz der Monarchie die Diktatur des Proletariats durch, Kommunistische Partei Nepals der Maoisten.

Die beiden 53 Jahre alten Anführer der Maoisten, der Militärchef Prachanda („der Zornige“), ein ehemaliger Schullehrer und Agrartechniker, und sein Chefideologe Dr. Baburam Bhattarai, der zeitlebens nur als Revolutionär agitierte, haben über ihre Ziele nie Zweifel gelassen. Zunächst soll nach dem Ende der Monarchie und des „Feudalismus“ ein Präsidialsystem nach US-amerikanischem Muster mit Prachanda als Präsidenten eingeführt werden. Nach jener bürgerlichen Demokratie, in der alle Elemente der Feudalgesellschaft und der Widerstand der Monarchisten ausgemerzt werden sollen, folgt der wahre Sozialismus.

China und Indien, die sich normalerweise mißtrauisch beäugen, sehen beide das zwischen ihnen auf strategischen Himalajahöhen gelegene maoistische Unruhenest mit großer Sorge. Indien, weil die nepalesischen Maoisten mit der naxalistischen Untergrundbewegung verbündet sind, die in Ostindien mit einem ähnlichen Programm vor allem die Bundesstaaten Bihar, Assam, Westbengalen und Andrah Pradesch terroristisch heimsucht, und von den tamilischen Befreiungstigern, die Sri Lanka destabilisieren, Militär- und Ausbildungshilfen erhalten. China, weil es die Agitation unter seinen unterdrückten ethnischen Minderheiten vom benachbarten Tibet bis nach Yunnan und unter seinem verarmten, vom Wirtschaftsboom ausgesparten, Hunderte Millionen umfassenden Landproletariat fürchtet.

Als die USA, England und Indien die Militärhilfe an Nepal nach dem königlichen Putsch von Gyanendra im April 2005 einstellten, lieferten die Chinesen weiter Militärhilfe an die Königliche Armee. Das half zwar militärisch wenig, doch schloß der König in Dankbarkeit daraufhin in Katmandu das Büro des Dalai Lama, das für tibetische Flüchtlinge bis dahin die wichtigste Anlaufstelle gewesen war.

Nepal, mit seinen 24 Millionen Einwohnern und einem Pro-Kopf-Einkommen von 240 US-Dollar pro Jahr das ärmste Land Südasiens, stehen schwere Zeiten bevor.

Die Parlamentswahl im April dürfte die letzte freie Wahl für lange Zeit in Nepal gewesen sein.

Werden die Sieger doch noch zu Verlierern?

Zwar hat der europafreundliche Boris Tadic die Wahl in Serbien gewonnen, doch die Wahlarithmetik läßt europafeindliche Koalitionen zu

Von WOLF OSCHLIES

Wenn 6,8 Millionen serbische Wähler binnen zwei Jahren viermal zur Wahlurne gerufen werden, dann sind sie wahlmüde, zeigen geringe Beteiligung, sind von fehlender ausländischer Unterstützung enttäuscht und gehen vielfach nationalistischer Demagogie auf den Leim. Wenn noch ein „elender“, ja „schmutziger“ Wahlkampf die Gemüter in Wallung bringt, ist Schlimmes zu befürchten.

So hatten es die Auguren wochenlang prophezeit, aber als am Sonntag die Wahllokale um 20 Uhr schlossen, waren die Ergebnisse der vorgezogenen Parlamentswahlen in Serbien eine angenehme Überraschung. Die Wahlbeteiligung lag deutlich über 60 Prozent, also kaum geringer als bei den Wahlen vom Januar 2007. Überzeugender Sieger war die Koalition „Für ein europäisches Serbien“ (ZES), die Staatspräsident Boris Tadic aus seinen Demokraten (DS), der Reformpartei G17+, den Sozialdemokraten der Vojvodina und weiteren Parteien formiert hatte. 38,7 Prozent der Wählerstimmen und 103 (der insgesamt 250) Sitzen errang ZES, die ihren Erfolg als „Sieg des europäischen Serbiens“ feierte und als Bestätigung ihres Kurses hin zu europäischen Allianzen. „Serbien wird in der EU sein“, versprach Tadic, der auch DS-Vorsitzender ist, in der Wahlnacht, sein Vize Bojan Pajtic erklärte, die neue Regierung werde „in jedem Fall ein Demokrat“ leiten.

„Verloren haben die Wahlen diejenigen, die sie provoziert haben“, kommentierte Dragljub Zarkic, Journalist bei der auch international angesehenen Wochenzeitung „Vreme“ (Zeit). Er meinte den amtierenden Premier Vojislav Kostunica und dessen Serbische Demokraten (DSS, 11,3 Prozent, 30 Sitze) und die Radikalen unter Tomislav Nikolic (SRS, 29,1 Prozent, 77 Sitze). DSS und SRS haben je vier Sitze eingebüßt, was ihren überaus aggressiven Wahlkampf noch nachträglich als wirkungslos charakterisierte: Nur sie seien „Patrioten“, die Gegner „Verräter“, die das Kosovo für ein „staatsfeindliches“ Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU „verkauft“ hätten.

Provokateure trafen nicht auf offene Ohren

Auch des DS und ihre ZES-Partner werden „nie ein unabhängiges Kosovo anerkennen“, aber mit rein politischen Mitteln für die „territoriale Integrität Serbiens“ kämpfen und ihre Reformpolitik mit höherem Nachdruck fortsetzen. So sagte es Tadic noch in der Wahlnacht und versprach eine „rasche Regierungsbildung“. Die Regierungsbildung 2007 hatte fünf Monate beansprucht, nun soll es schneller gehen. Aber das könnte sich als Illusion erweisen. Schlimmer noch: Aus der jetzt unvermeidlichen Wahlarithmetik wäre ein Endergebnis denkbar, welches die Sieger zu Verlierern macht.

Dabei hülfe es den (noch) Siegern nicht, wenn die sieben Sitze der ethnischen Minderheiten, die nicht der Fünf-Prozenthürde unterliegen, auf ihr Konto kämen. Auch die Liberaldemokraten (LDP) von Cedomir Ivanovic, die als einzige ein unabhängiges Kosovo befürworten und zur Partnerschaft mit der ZES bereit sind, könnten nicht die Erlösung bringen. Laut dem amtlichen vorläufigen Endergebnis errangen sie nur 4,7 Prozent, fallen also komplett aus; laut der Wahlforschungsagentur CESID landeten sie bei 5,2 Prozent und 13 Sitzen, was im besten Falle 123 Sitze für ZES, Minderheiten und LDP ergäbe.

„Jezicek na vagi“ (Zünglein an der Waage) sind die Sozialisten (SPS, 7,9 Prozent, 20 Sitze), die zwar nicht mehr die Nachlaßverwalter des Milosevic-Regimes sind, aber auch keine respektablen Demokraten.

Wie ihre Führer in der Wahlnacht zu erkennen gaben, sind sie reine Machtpolitiker, die sich als Mehrheitsbeschaffer zu Wucherpreisen zu verkaufen gedenken. Es verblüffte, wie selbstsicher der Radikale Nikolic und Noch-Premier Kostunica sich nur wenige Stunden nach Schließung der Wahllokale zu Wahlsiegern errechneten: Die letzten Wochen hätten gezeigt, daß es zwischen ihnen kaum konzeptionelle Unterschiede gäbe und eine Partnerschaft natürlich sei. Dazu kämen die Sozialisten plus der eine oder andere Minderheitensitz, womit Serbien eine rechts-nationalistische, antieuropäische Regierung bekäme „oder gar keine und folglich Neuwahlen“, wie Nikolic in bemerkenswerter Gelassenheit erklärte.

Die in jeder Hinsicht ehrenwerte Belgrader Tageszeitung „Danas“ (Heute) hat am Pfingstmontag alle denkbaren Regierungskoalitionen, mit oder ohne Liberale, durchgerechnet, wonach ohne die Sozialisten keine Regierungsbildung möglich ist.

Die EU liefert keine klaren Ansagen

Wie wird sich die SPS entscheiden? Für welchen Partner sie votiert, wird Aufschluß über ihre Läuterung vom Geist Milosevics geben. Regierungsbeteiligung ist ihr in jedem Falle sicher, aber im Verbund mit Tadics ZES wäre sie an einer europäisch geförderten Entwicklungspolitik beteiligt, während sie an der Seite von Kostunica und Nikolic Serbien erneut in inneren Verfall und auswärtige Isolation führte.

Milosevic wurde im Oktober 2000 von denen gestürzt, die heute mehrheitlich bei der ZES und bei den Liberalen sind. In der Ära nach Milosevic wurde Serbien zum „Primus unter den Transitionsländern“, was Westeuropa zwar anerkennt, aber nicht honoriert.

In den letzten Monaten hat sich die EU gegenüber Serbien einfach schäbig benommen: Im Januar wurde das Stabilisierungsabkommen unter fadenscheinigen Gründen zurückgezogen, im März wurde es unterzeichnet, gleichzeitig aber außer Kraft gesetzt. Anfang Mai boten 16 EU-Länder (plus Norwegen) Serbien Visa-Erleichterungen an, während Jacques Barrot, Vizepräsident der EU-Kommission, Serbien einen „Fahrplan“ vorlegte, wie es zu Visa-Erleichterungen gelangen könne. Und ähnliche Narreteien mehr, die alle nur zwei Fragen offenlassen: Wie selbstbewußt und seiner europäischen Bestimmung sicher muß ein Land sein, das sich solche Bauernfängereien gefallen läßt?

Und wie will Brüssel je südosteuropäische Sicherheits- und Entwicklungspolitik erreichen, wenn es diese stets ohne oder gegen das größte slawische Land und Volk der Region konzipiert, Serbien und die Serben?

Amtswechsel nach Plan

Im Krönungssaal des Kreml übergab Putin das Präsidentenamt an Medwedjew

Von M. ROSENTHAL-KAPPI

Die Inszenierung der Machtübertragung des russischen Präsidenten Wladimir Putin an seinen Nachfolger Dmitrij Medwedjew ist planmäßig verlaufen. Für die „Inauguration" Medwedjews wurde die Moskauer Innenstadt weitläufig gesperrt, 2000 geladene Gäste durften dem Ereignis am 7. Mai beiwohnen. Die Amtsübergabe fand in einer feierlichen Zeremonie im Andrejewski-Saal des Kreml statt – dort wo einst die russischen Zaren gekrönt wurden. Zwei staatliche Fernsehsender durften live aus dem Kreml berichten.

Zum ersten Mal in der Geschichte der russischen Föderation legte ein Präsident erst unmittelbar vor der Amtseinführung seines Nachfolgers seine Ämter nieder. Jelzin war bereits vor Putins Machtantritt zurückgetreten. Putin übergab das Zepter der Macht direkt an Medwedjew. Ein Umstand, der den an eine Zarenkrönung erinnernden Charakter der Zeremonie noch unterstrich.

Medwedjew wird als neuer Kremlchef Oberbefehlshaber der Streitkräfte und somit über den Atomkoffer, die Freigabecodes für die russischen Atomwaffen, verfügen; dies entgegen anderslautender Gerüchte im Vorfeld, denen zufolge die Macht über die Streitkräfte künftig auf den Premierminister übergehen sollte, also auf Putin.

In seiner Antrittsrede versprach Medwedjew seinen Landsleuten Wohlstand, verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten, Modernisierungen in allen Bereichen sowie den Kampf gegen Korruption.

Wirtschaftlich legt Medwedjew großen Wert auf die Förderung des in Rußland unterentwickelten Mittelstandes.

Inwieweit Medwedjew seine Ziele umsetzen kann, muß angesichts der Diskussion um seine Funktion als Marionette Putins noch offen bleiben. Äußerlich wirkt der neue Kreml-Chef wie ein Musterschüler, seine Biographie ähnelt der eines Funktionärs der Kommunistischen Partei von einst. Als Sohn einer St. Petersburger Akademikerfamilie machte er als Rechtsanwalt Karriere, gelangte mit Putins Hilfe in die Chefetage des Energieriesen Gazprom und später in die Regierung nach Moskau. Er ist gebildet, weniger aggressiv als Putin, seine Einstellung gilt als gemäßigt liberal. Ob Medwedjew auch in Zukunft dieselben Vorstellungen haben wird wie Putin, muß die Zukunft zeigen. Es sei daran erinnert, daß auch Putin bei der Ablösung Jelzins als Marionette des Oligarchen Beresowskij galt, der heute im Londoner Exil lebt.

Seitdem startete der Kreml eine wirtschaftliche Offensive, die mit der Wiederaufrichtung der Schlüsselindustrien mit Hilfe des Devisenzuflusses aus den Rohstoffvorkommen begann und sich mittlerweile durch massive Investitionen und Zukäufe im Ausland manifestiert hat. Diesen Kurs wird auch Medwedjew weiter einschlagen, wohl in einer Tandem-Regierung mit Putin. Die Aufgabenverteilung könnte so aussehen, daß Manager Medwedjew sich als liberaler Vertreter Rußlands um globale Interessen kümmert, während Hardliner Putin Machtpolitik betreibt. Daß dem so sein wird, dafür sprechen Putins jüngste Aktivitäten. Sein Plan, als Premierminister weiterzuregieren, ging auf. Mit 392 Ja-Stimmen zu 56 Nein-Stimmen wurde Putin am 8. Mai von der Duma als Ministerpräsident bestätigt.

Vor der Übergabe des Präsidentenamts setzte Putin noch Gesetzesänderungen durch. Eines betrifft die Kontrolle über die Regionen, die Putin schon 2007 per Ukas, einem Dekret mit Gesetzeskraft, dem Präsidenten unterstellte. Seitdem müssen die Chefs der Regionen einen jährlichen Rechenschaftsbericht an den Präsidenten abliefern. Mit der Ersetzung des Wortes „Präsident" durch „Regierung" im Ukas müssen die Gouverneure ihre Rechenschaftsberichte künftig nicht Medwedjew, sondern Putin und seinem Ministerkabinett vorlegen, die dann über das Schicksal jeder Regionalregierung entscheiden.

Eine ähnliche Gesetzesänderung plant Putin bei der Zulassung von Anwälten. Statt des Justizministeriums soll künftig eine Registrierungsbehörde über Zulassung oder Entziehung der Zulassung von Anwälten entscheiden. Dies führte zu heftigem Protest der Juristen. Da Anwälte auch Mitglieder der von Putin ins Leben gerufenen „Gesellschaftskammer" sind, zu deren Aufgabe die Überprüfung der Arbeit von Beamten gehört, wurde ein ähnlicher Vorschlag Putins 2007 abgelehnt, da er gegen internationale Standards verstieße. Dennoch hat Putin sich eine Reihe neuer Kompetenzen geschaffen: Er wird über elf Stellvertreter verfügen, die die Umsetzung seiner Arbeit garantieren. Als Chef der Regierungspartei „Einiges Rußland" verfügt er über die Mehrheit im Parlament. Die Partei kann nicht nur Gesetze blockieren, sondern auch die Verfassung verändern.



Staatsakt im Kreml: Medwedjew betritt den Krönungssaal. Foto: Reuters

MELDUNGEN

Freunde an die Macht

Moskau – Putin hat auf seinem neuen Posten als Premierminister viele seiner bewährten Mitarbeiter aus seiner Zeit als Präsident um sich geschart. Seinem Nachfolger Dimitrij Medwedjew ließ er jedoch fast alle Minister. Dieser erhielt jedoch einen neuen Justizminister. Wladimir Ustinow, der als Generalstaatsanwalt bei der Zerschlagung des größten russischen Ölkonzerns Yukos mitwirkte, wird gegen den Medwedjew nahestehenden St. Petersburger Alexander Konowalow ausgetauscht. Und noch mehr Freunde von Putin und Medwedjew aus St. Petersburger Zeiten wurden in die wichtigen Positionen befördert. Unter anderem wurde der Chef des Geheimdienstes FSB, Nikolaj Patruschew, zum Vorsitzenden des Sicherheitsrates. Sein FSB-Vize Alexander Bortnikow rückte an die FSB-Spitze. Experten erwarten angesichts der Personalentscheidungen eher eine Intensivierung der bisherigen Linie statt eines Richtungswechsels.

Sorgenkind Pakistan

Islamabad – Die vor gerade einmal sechs Wochen gebildete Regierungskoalition aus der Partei des Ex-Ministerpräsidenten Nawaz Sharif und der von Benazir Bhuttos Witwer Asif Ali Zardari scheint bereits wieder vor dem Aus zu stehen. Sharifs Muslimliga fordert die Wiedereinsetzung jener Verfassungsrichter, die vom Präsidenten Musharraf kurz vor der Entscheidung über die Rechtmäßigkeit seiner Widerwahl abgesetzt wurden. Sharif will so mehr Druck auf seinen Gegner Musharraf ausüben, der einer Regierung aus Oppositionsparteien gegenübersteht. Die Volkspartei unter Zardari setzt jedoch auf weniger drastische Maßnahmen gegen Musharraf. Ihr ist eine generelle Justizreform wichtiger als kurzfristige Maßnahmen, deren einziges Ziel es ist, Musharraf unter Druck zu setzen.

Ein Gespenst kehrt zurück

Die libanesische Krise droht in einen neuen Bürgerkrieg zu münden

Von R. G. KERSCHHOFER

Was doch alles gleichzeitig passieren kann: Israel feiert sein 60. Gründungsjubiläum, die Palästinenser gedenken dieses Ereignisses als „Nakba", als Katastrophe ihrer Vertreibung, die israelische Anti-Korruptionsbehörde gibt die Einleitung eines Verfahrens gegen Ministerpräsident Olmert bekannt, und im Libanon brechen blutige Kämpfe aus, die wie ein neuer Bürgerkrieg aussehen.

Das Gespenst des Bürgerkriegs spukt eigentlich schon seit der Ermordung des früheren Ministerpräsidenten Hariri im Februar 2005 und dem danach auf internationalen Druck erfolgten Abzug der einst als Ordnungsmacht ins Land gerufenen syrischen Truppen. Es folgten weitere Attentate, die auch nie aufgeklärt wurden und sich um so besser den jeweiligen Gegnern in die Schuhe schieben lassen.

Der israelische Angriff im Sommer 2006 galt der schiitischen Hisbollah, zerstörte aber auch fernab aller Hisbollah-Stellungen die libanesische Infrastruktur und hinterließ unzählige Blindgänger von „Streubomben". Die israelische Aktion schwächte die libanesische Regierung des sunnitischen Ministerpräsidenten Siniora – und bescherte der Hisbollah einen enormen Prestige-Gewinn. Denn die Hisbollah hatte den Israelis empfindliche Verluste zugefügt und war dann die einzige Organisation, die sich tatkräftig um die Opfer und den Wiederaufbau kümmerte: Während Hilfsgelder meist in dunklen Kanälen versickern, war das mit den iranischen Hilfsgeldern nicht der Fall – dank der straffen Hisbollah-Disziplin.

Weiter geschwächt wurde die Regierung im November 2006 durch den Austritt der pro-syrischen Gruppierungen und im Frühjahr 2007 durch die um das Palästinenser-Lager Nahr-al-Bared ausgebrochenen Kämpfe, deren Hintergründe ebenfalls ungeklärt bleiben, nach aller politischen Logik aber nicht mit den üblichen Sündenböcken Hisbollah, Hamas, Syrien und Iran zu tun haben können.

Seit im November 2007 die Amtsperiode des christlichen prosyrischen Präsidenten Lahud auslief, ist der Libanon ohne Staatsoberhaupt. Zwar hat man sich längst auf den Armeechef Michel Sleimane als Nachfolger geeinigt, doch dessen Wahl bedarf einer Verfassungsänderung, und der wollen die Oppositionsparteien nur unter der Bedingung einer maßgeblichen Regierungsbeteiligung zustimmen.

Die jüngsten Kämpfe wurden von Ministerpräsident Siniora ausgelöst, der den Sicherheits-Chef des Flughafens wegen „Hisbollah-Nähe" absetzte und die Schließung des von der Hisbollah betriebenen Telekom-Netzes verfügte. Die Hisbollah ist heute in Teilen des Landes tatsächlich eine Art Staat im Staate, und Siniora mag „verfassungsrechtlich" zu seinen Maßnahmen befugt gewesen sein. Politisch klug waren sie aber nicht. Siniora mußte das wissen – daher der Verdacht, daß er von außen „inspiriert" wurde.

Hisbollah-Führer Nasrallah bezeichnete die Maßnahmen als „Kriegserklärung", worauf Hisbollah-Milizionäre Straßenblockaden errichteten und innerhalb zweier Tage ganz Westbeirut unter ihre Kontrolle brachten. Gekämpft wurde zwischen sunnitischen und schiitischen Milizionären – das christliche Ost-Beirut war nicht betroffen. Der Konflikt paßt aber nicht in das Schema „Sunniten gegen Schiiten", denn im Nord-Libanon bekämpften einander sunnitische Anhänger und Gegner Sinioras. Und in Dörfern im Schuf-Gebirge östlich von Beirut hatten regierungstreue Drusen schiitische Nachbarn überfallen und getötet – für die Hisbollah ein Anlaß, gegen ihre drusischen Todfeinde loszuschlagen. Der derzeit mit Siniora verbündete Drusen-Fürst Walid Dschumblatt, Vorsitzender der „Sozialistischen Fortschrittspartei", spielt seit Jahren eine überaus zwielichtige Rolle.

Die Armee hielt sich – entgegen den Befehlen Sinioras – aus den Kämpfen heraus. Eine kluge Entscheidung, denn dieses einzige überkonfessionell funktionierende Staatsorgan wäre sonst zerrissen worden. Daß kürzlich im Irak Tausende Soldaten den Befehl verweigerten oder desertierten, als der schiitische Regierungschef Al-Maliki sie gegen schiitische Milizionäre in den Kampf schickte, war Warnung genug. Die Armee veranlaßte vielmehr, daß Siniora die umstrittenen Maßnahmen zurücknahm und die Hisbollah im Gegenzug der Armee wieder die Kontrolle über West-Beirut überließ.

Angesichts der Zersplitterung des Landes – auch die Christen sind teils Verbündete, teils Gegner Sinioras – ist eine weitere Zuspitzung der Lage nicht ausgeschlossen. Dies um so mehr, als sie den Vorwand für Angriffe auf Syrien oder den Iran liefern könnten.

Zypern einen

Wassermangel zwingt zur Zusammenarbeit

Von Ernst Kulcsar

Würde die Entscheidung über die Wiedervereinigung nur in den Händen der Zyprioten liegen, hätten wir schon längst Frieden gemacht", so das zypriotische politische Urgestein Vassos Lyssarides, Ehrenvorsitzender der Sozialisten. Der 88jährige Genosse deckte erneut das Geheimnis der meisten Politiker auf: Sie können weit springen, sie können hochspringen, sie können sogar in die Tiefe springen, eines aber können sie nicht: über ihren eigenen Schatten springen.

Nachdem erste Gespräche von Arbeitsgruppen über den neuen Wiedervereinigung-Versuch angelaufen sind, erklärte die Bürgermeisterin des griechischen Teils der Hauptstadt Nicosia, Eleni Mavrou von der Partei des werktätigen Volkes (Akel): „Auf dieser Ebene wurde die Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten nie wirklich unterbrochen." Fast unmittelbar nach der Teilung der Insel 1974 wurden die Kontakte wieder aufgenommen: Es begann mit dem gemeinsamen Stromnetz, dann wurden Kanäle durch beide Seiten der Insel gebaut. Und schließlich hat ein bikommunales Team einen Plan zur Erhaltung und Restaurierung des historischen Stadtzentrums ausgearbeitet.

Aber jenseits vom klein-klein dieser Arbeitsgruppen, die sich schrittweise an die Lösung schwebender Fragen machen, zwingt eine katastrophale Dürre die Behörden auf beiden Seiten der Insel dringend zum Handeln. Ob nun Luftverschmutzung oder natürlicher Klimawandel die Schuld trägt: Auf Zypern herrscht im vierten Jahr aufeinanderfolgend Dürre. Längst schon ist man zur Rationalierung des Wassers geschritten, die Bevölkerung erhält nur noch 30 Prozent ihres Wasserbedarfs. Bald muß Wasser aus Griechenland importiert werden. Auch wurden massive Investitionen für die Entsalzung des Meereswassers vorgenommen.

Die Sperre in der Ledra-Street, der Handelsschlagader in Nicosia, die den griechischen vom türkischen Teil Zyperns trennt, ist geschliffen. Jetzt hängt es vor allem am Präsidenten Dimitris Christofias von den griechischen Zyprioten und dem türkischen Volksgruppenführer Mehmet Ali Talat. Die Gelegenheit zur Wiedervereinigung Zypers ist einmalig. In jedem Sinne des Wortes. Und Politik ist nicht nur die Kunst, Unmögliches möglich zu machen, sondern auch Mögliches unmöglich.

»Moment mal!«



Ein Antifaschist wird entblättert

Von Klaus Rainer Röhl

Februar 1945. Die Russen kommen. Widerstand ist eigentlich zwecklos. Wird aber an einzelnen Stellen immer wieder versucht.

Erst knackten die 15jährigen Hitlerjungen mit ihrer leicht zu bedienenden Panzerfaust einen sowjetischen T 34 nach dem anderen. Sie taten das nicht für den Führer oder für das Dritte Reich, sondern für ihre Mütter und Schwestern, für die sie bei einem russischen Einmarsch mit Recht das Schlimmste befürchteten. Hinterher flüchten sie weiter auf Goebbels und Hitler und die ganzen Bonzen, und wer von ihnen am Leben blieb und im Westen landete, für den war es ein tolles Abenteuer gewesen, das er fünf Jahre später auf seinem Italienurlaub erzählte, auf dem Camping-Platz mit dem ersten eigenen VW. Und er hatte nie einen Grund gesehen, über den Verlust seines Führers zu trauern, was Alexander und Margarete Mitscherlich im Nachhinein doch tief enttäuschte. Wie sie in ihrem 1967 zu Beginn der Studentenrevolte erschienenen Buch „Die Unfähigkeit zu trauern“ behauptet haben.

Um die drohende Trauer zu vermeiden, die der Untergang des geliebten Führers hätte auslösen müssen, stürzten sich die Deutschen in den Wiederaufbau und schufen das Wirtschaftswunder. So die Hauptthese dieses Buches, das in den 70ern eine Art Bibel für die Linken wurde. Ein Bestseller, der zahlreiche Auflagen erzielte.

Hitler als eine Vaterfigur für die Deutschen. Ein Über-Vater. War er das wirklich? Für uns, die Jungen, die wir damals 16 und 17 Jahre alt waren, wohl kaum. Ich kannte jedenfalls keinen.

Mit welchen Leuten der junge Mitscherlich in der NS-Zeit und während seines Studiums in Heidelberg Umgang hatte und mit wem Margarete Mitscherlich, die in dieser Zeit in Dänemark studierte, weiß ich nicht. Vaterfigur – sowas gibt es ohnehin nur bei Freud – oder eben bei den Mitscherlichs.

Vaterfigur? Leitbild? Vorbild? Wenn die Jugendlichen damals ein Vorbild hatten – die Halbwüchsigen von heute verehren Ballack oder Grönemeyer – dann waren es U-Boot-Kommandanten wie Prien oder erfolgreiche Jagdflieger wie Rudel und Galland. Die auch wieder öffentlich auftraten, als die Deutschen nach dem Krieg ihren ersten Urlaub im Ausland verbrachten. Beim Kultbuch der 68er handelt es sich also weniger um unsere Unfähigkeit zu trauern, sondern um die Unfähigkeit der Familie Mitscherlich, die Deutschen zu verstehen. Sie hatten noch nicht einmal ihren Freud, als dessen Nachfolger sie sich freudig darstellten, richtig angewandt: Trauer ist bei Freud ein spontanes Gefühl, mit dem ein Mensch auf den Verlust eines geliebten Menschen (eines „Objekts“) reagiert. Trauerarbeit, die täglich im Alltag geleistet wird, ist der Versuch zu vergessen. Bei der Familie Mitscherlich wird daraus, ohne Angaben von Gründen, der Appell, sich zu erinnern. An die Untaten und Verbrechen der Nationalsozialisten. Mitscherlich nahm später unwidersprochen hin, daß sein Vorwurf an die Deutschen, nicht um den Führer zu trauern, sehr bald als antifaschistischer Kampfbegriff mißbraucht wurde, und er sich selbst als einen „Antifaschisten der ersten Stunde“ (so ein Biograph) stilisieren konnte. Wie kam Mitscherlich dazu, für seine Arbeiten ausgerechnet Sigmund Freud als Zeugen aufzurufen, ja sogar das von den Mitscherlichs begründete Institut „Sigmund-Freud-Institut“ zu nennen? Aus diesem aber stammte ein junger Kritiker Mitscherlichs, Christian Schneider. Nach seiner Meinung sind die Rückgriffe auf Freud eigentlich Übergriffe, nämlich ein „unredlicher“ Versuch, die Autorität des vertriebenen jüdischen Professors für eigene Zwecke zu nutzen.



Alexander Mitscherlich, Margarete Mitscherlich, Jürgen Habermas: Empfang des Suhrkamp Verlages 1976 Foto: 360-berlin

Erst rund 40 Jahre nach Erscheinen der „Unfähigkeit zu trauern“ erschien die kleine Schrift eines anderen kritischen jungen Wissenschaftlers, Martin Dehli, eines typischen Vertreters der nach-68er Zeit, der den Großinquisitor des Antifaschismus etwas näher unter die Lupe nahm. Und da stellte sich heraus, daß Alexander Mitscherlich in der Weimarer Zeit und im Dritten Reich keineswegs so ein glühender Anhänger der Demokratie und Widerstandskämpfer gegen Hitler gewesen war, wie er sich bis dahin in Büchern und Vorträgen, besonders aber in seiner Autobiographie „Ein Leben für die Psychoanalyse“ geschildert hatte. „Antifaschist war er eindeutig nicht“, urteilt Dehli. Im Gegenteil, seine von Mitscherlich als Beweis angeführte Mitarbeit an Ernst Niekischs Zeitschrift „Widerstand“ wird da allzu umstandslos als Widerstandshandlung ausgegeben. In Wahrheit richtete sich die Zeitschrift in erster Linie gegen die Weimarer Republik, und Ernst Niekisch war als „Nationalbolschewist“ womöglich noch verrückter und radikaler als Hitler, verkrachte sich aber mit dem System, und erst lange nach der Machtübergabe wurde die Zeitschrift verboten. Mitscherlich jedenfalls bewegte sich damals im Dunstkreis der sogenannten „Konservativen Revolution“ und war nicht nur befreundet mit Niekisch, sondern sehr eng verbunden mit dem nach dem Krieg erbittert angegriffenen Ernst Jünger, was ja nicht unbedingt gegen den späteren Kämpfer gegen den Faschismus spricht. Er bewunderte den Antidemokraten und war offenbar fasziniert von dem antibürgerlichen, forschen Auftreten dieses Gegners der Weimarer Republik. Jünger nahm an vorderster Front an den Grabenkämpfen des Ersten Weltkriegs teil, erhielt wegen außergewöhnlicher Tapferkeit die begehrte Auszeichnung „Pour le Mérite“ und verherrlichte das Kriegserlebnis in seiner Tagebuchskizze „In Stahlgewittern“ (1920). Der Dichter schrieb 1932 seinem jungen Freund und Bewunderer in sein gerade erschienenes Buch „Der Arbeiter – Herrschaft und Gestalt“ eine Widmung, mit der Mitscherlich anscheinend gut leben konnte: „Krieg ist besser als Knechtschaft.“ Deutliche Sprache. Erst nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches raffte sich der Jüngere zu einem Brief an Ernst Jünger auf: „Krieg ist die Ultima ratio der Knechtschaft.“ Das war natürlich der Bruch. Aber da war Mitscherlich auch schon auf dem Weg ins bundesrepublikanische Establishment. An die Spitze der Umerzieher.

Im April diesen Jahres fand in Jena ein Symposion junger Wissenschaftler und Publizisten statt, die das Verhältnis der 68er zu ihrem einstigen Vordenker Mitscherlich neu definieren und in ein kritisches Licht rücken sollte. Da blieb nicht viel von der Autorität des Mannes übrig, der einst eine ganze Nachkriegsgeneration unter Anklage gestellt und von den jungen Rebellen als Kronzeuge verehrt worden war. Der Biograph Martin Dehli ließ in einem Interview in der linken „Tageszeitung“ (taz) nicht sehr viel Gutes am Idol einer Protestgeneration: „Hat er in seiner Autobiographie ‚Ein Leben für die Psychoanalyse‘ gelogen?“ „Nicht direkt gelogen“, meint der vorsichtige junge Mann, „aber er hat behauptet, daß er 1932 seine Dissertation in Geschichte nicht beenden konnte wegen des heraufziehenden Nazismus. Das stimmte so nicht. Außerdem hat er berichtet, daß er 1937 acht Monate wegen seiner Kontakte zu Niekisch in Haft war. Es waren aber nur drei.“ Weitere Drangsalierungen sind nicht bekannt.

Götterdämmerung. Anhaltendes Wackeln bei den Säulenheiligen der alten Bundesrepublik. Walter Jens: hartnäckig verheimlichte Mitgliedschaft in der NSDAP. Günter Grass: mit fast 80 endlich erinnerte Mitgliedschaft in der Waffen-SS und nun auch Mitscherlich als Parteigänger der Nationalbolschewisten um Niekisch.

Fügen wir der Mitscherlich-Befragung auf dem Kongreß von Jena noch unsere Frage hinzu: Waren Alexander Mitscherlich und seine Frau Margarete, die Gewährsleute der 68er, die Autoren des bösen antideutschen Kultbuchs, selber eigentlich wenigstens nach 1945 gute Demokraten?

Ich habe die beiden Mitscherlichs nie kennengelernt. Aber sie hatten eine Tochter Monika, und die gehörte zu den Mitarbeitern unseres guten alten „konkret“. Als wir den „Kampf gegen den Atomtod“ führten. Der Antifaschismus der Eltern verpflichtete. Monika Mitscherlich spielte zumindest bei einer anderen Spielart des deutschen Totalitarismus, der RAF, eine nicht unwichtige Rolle.

Als Quartiergeberin für eine den Mord nicht ausschließende Gruppe. Sie verfügte über ein Tagungshaus im Taunus, und dort fand die mit Monika gut bekannte Ulrike Meinhof auf der Flucht Unterschlupf. Widerwillig zwar gab Frau Mitscherlich ihrer Tochter den Hausschlüssel. Die Gruppe hatte dort wochenlang einen so sicheren Ruheraum, wie ihn sonst nur der Stasi-Chef Mielke in der DDR bieten konnte.

Auch Frau Mitscherlich hat meines Wissens nie öffentlich wegen des Endes der Terroristen, die immerhin mehrere Dutzend Menschen ermordet hatten, getrauert. Vielleicht war auch sie dazu unfähig.

Der Dichter Heinrich Heine in Lüneburg

So richtig zuhause fühlte er sich wohl nirgendwo. Geboren wurde Heinrich Heine am 13. Dezember 1797 in Düsseldorf, wo er seine ersten 18 Lebensjahre verbrachte. Frankfurt, Hamburg, Bonn, Göttingen, Berlin waren weitere Stationen. Nach Polen und England führte ihn sein Weg; er reiste in den Harz, an die Nordsee, nach München, Genua und Florenz. In Paris ließ er sich schließlich nieder. Dort starb er am 17. Februar 1856. Daß Heinrich Heine allerdings auch eine Beziehung zu dem Heidestädtchen Lüneburg hatte, wissen gewiß nur ausgewiesene Freunde des Dichters.

Nach Lüneburg waren die Eltern des Dichters aus purer Not gelangt; dort hatte der „goldene Onkel“, der reiche und einflußreiche Bankier



Salomon Heine ein Bleiberecht für seinen Bruder Samson erwirkt. Heinrich besuchte seine Eltern hin und wieder in Lüneburg, die im Obergeschoß des Hauses Am Ochsenmarkt 1 lebten. Dort haben seit 1993 die Literarische Gesellschaft, das Literaturbüro, der Bund bildender Künstler und der Kunstverein eine Heimstatt gefunden. In einem Anbau steht Literaturstipendiaten eine Wohnung zur Verfügung. Werner H. Preuß hat im Auftrag der Literarischen Gesellschaft Lüneburg e. V. jetzt einen Band zusammengestellt, der über das Heine-Haus und seine Bewohner in Lüneburg informiert (Husum Verlag, 156 Seiten, zahlr. farb Abb., brosch, 17,95 Euro). Entstanden ist ein spannender Spaziergang durch die Literaturgeschichte und durch das bewegte Leben der Heines. *SiS*

Auf vielen Instrumenten gespielt

In Flensburg zeigt eine Ausstellung das vielschichtige Werk des Malers Ludwig Dettmann

Von Silke Osman

Septemberhimmel über dem welligen Land mit den schwebenden, ziehenden Wolken, die sich vom hellsten Weiß bis in die tiefviolett-braunen Farbtöne ihrer Schatten modellieren und die sagen: Seht, hier oben segeln wir vor dem wunderbaren Himmelsblau der Unendlichkeit! Und mit ihnen wischen die durchsichtigen Schatten, die sie über das goldbraune Land werfen, die Wälder und Stoppelfelder, die dunstigen Höhen in der Ferne, die herrlichen Seen ...“ Eine solch innige Liebeserklärung an ein Land kann nur ein Maler ablegen.

Der Norddeutsche Ludwig Dettmann war keine 35 Jahre alt, als er im Jahr 1900 vom Kultusministerium in Berlin den Ruf erhielt, nach Königsberg zu gehen, um dort die Direktion der Kunstakademie zu übernehmen. Vor seiner Abreise besuchte er noch seinen Malerkollegen Adolph Menzel in Berlin. Dieser fragte ihn ohne Umschweife in seiner bekannt brummigen Art: „Sie haben den Ruf nach Königsberg angenommen?“ Als Dettmann bejahte, erzählte Menzel, daß man ihm bereits vor Jahren diesen Posten angeboten habe. „Wissen Sie, Dettmann, ich erfüllte nicht die Vorbedingungen. Ich hatte noch keine großen Historienbilder gemalt, das haben Sie schon mit Ihren Wandgemälden in Altona gemacht.“

Leben und Werk des heute meist vergessenen Malers Ludwig Dettmann werden in einer Ausstellung auf dem Flensburger Museumsberg wieder in Erinnerung gerufen. Alle Aspekte seines reichen Schaffens werden im Kontext seiner Zeit analysiert. Eines Schaffens, von dem Dettmann selbst einmal gesagt hat: „Ich weiß, daß ich mich in meiner Kunst vielleicht oft zersplittert habe – aber es war doch schön, so ein wenig Spielmann gewesen zu sein, auf vielen Instrumenten Töne zu haben. Ich habe alles gemalt, Landschaft, Tiere, Menschen, einfache Naturausschnitte, Kompositionen, Triptychen, Wandbilder, Schlichtes, Ernstes, rein Malerisches, Gedankliches, Heiteres, Schmückendes.“

Ludwig Dettmann war dem Ruf nach Königsberg gefolgt, und unter seiner Ägide sollte sich die Kunstakademie besonders erfolgreich entwickeln. Seiner Initiative und seiner Schöpferkraft war es zu danken, daß die Akademie einen Aufschwung erlebte wie nie zuvor. Ihm gelang es, einige der bedeutendsten Kunstschaffenden an den Pregel zu rufen. Heinrich Wolff, Stanislaus Cauer, Richard Pfeiffer und Karl Storch sind nur einige der noch heute unvergessenen Namen; nicht zuletzt zu nennen ist auch der Königsberger Friedrich Lahrs, der schließlich auch den Neubau der Akademie entwarf, ein Unternehmen, das Dettmann entscheidend unterstützte und für das er eines seiner monumentalen Gemälde beisteuerte.



Ludwig Dettmann: Heimkehr des verlorenen Sohnes (Öl, 1892) — Foto: Museum

In Königsberg hatte Ludwig Dettmann zunächst mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die sich jedem neuen Mann entgegenstellen. Mit seiner Einstellung, entscheidend sei nicht das Dienstalter, sondern die Kunst, machte er sich keine Freunde. Kein Wunder, daß ihm bald Kritik entgegenschlug und ihm von ehemaligen Schülern unter anderem vorgeworfen wurde, durch ihn habe die Sezession Einzug in den Mauern der Akademie gehalten.

Im Mai 1898 hatte Dettmann gemeinsam mit Max Liebermann, Walter Leistikow und anderen den Verein Berliner Künstler verlassen und war mit diesen in den Vorstand der Berliner Sezession gewählt worden. Allerdings verließ Dettmann 1900 die Sezession wieder und kehrte in den Schoß des Vereins Berliner Künstler zurück.

Der am 25. Juli 1865 in Adelby bei Flensburg geborene Dettmann wuchs in Hamburg auf, wo er die Kunst- und Gewerbeschule besuchte. 1884 ging er mit einem Staatsstipendium nach Berlin und studierte an der Akademie bei Eugen Bracht, Woldemar Friedrich und Franz Skarbina. Seine Arbeiten wurden mehrfach mit Preisen ausgezeichnet, und 1895 wurde er als Professor an die Berliner Akademie berufen.

1913 schuf Dettmann zusammen mit seinem Meisterschüler Eduard Bischoff ein Monumentaltriptychon für die Fassade der Albertina, drei Szenen aus den Befreiungskriegen darstellend. Im Ersten Weltkrieg wirkte er, assistiert von seinem Schüler Eduard Bischoff, als Kriegsmaler. Ullstein gab damals eine Mappe mit farbigen Wiedergaben seiner sehr realistischen Kriegsbilder heraus. 1916 verließ Ludwig Dettmann Königsberg und kehrte nach Berlin zurück. Dort starb er am 19. November 1944.

Durch den Siegeszug des Expressionismus und durch sein Festhalten an nationalkonservativen Anschauungen war Dettmann in der Weimarer Republik zunehmend ins kulturpolitische Abseits geraten. Die umfangreiche Ausstellung in Flensburg würdigt den heute weithin vergessenen Künstler mit Gemälden aus zahlreichen privaten Sammlungen und großen deutschen Museen.

Die Ausstellung „Ludwig Dettmann – Zwischen Avantgarde und Anpassung“ ist im Hans-Christiansen-Haus, Museumsberg 1, 24937 Flensburg, Dienstag bis Sonntag von 10 bis 17 Uhr zu sehen, bis 29. Juni. Zur Ausstellung erschien ein Buch von Monika Potztal (Boyens Buchverlag, Heide 2008, 192 Seiten, 161 Abb., Leinen mit Schutzumschlag, 34 Euro), das sich kritisch mit Leben und Werk des Malers auseinandersetzt.

Der magische Ort Bayreuth

Vorschau auf die Richard-Wagner-Festspiele 2008

Von Irmgard Dremel

In den vergangenen Jahren, etwa seit der Jahrtausendwende, hat in Bayreuth, wie anderswo seit Jahrzehnten, ein Wandel stattgefunden. Schritt für Schritt, Jahr für Jahr. Manche sagen, es fing mit Muellers „Tristan“ und Flimms „Ring“ an. Zugegeben, es mögen darin einige seltsame Elemente vorgekommen sein, aber insgesamt konnte man durchaus von eigenwilligen und geschlossenen Werksauffassungen sprechen. In anderen Worten: Die Werke waren durchaus als Tristan oder Ring, als Richard Wagner erkennbar.

Das änderte sich mit Guths „Holländer“, vor allem aber mit Schlingensiefs „Parsifal“ – dem man im Gegensatz zu Guth keinerlei Ernsthaftigkeit bescheinigen kann, worauf er auch offensichtlich großen Wert legt.

Auf dem Spielplan stehen in diesem Jahr „Die Meistersinger von Nürnberg“, „Tristan und Isolde“, „Der Ring des Nibelungen“, und als Neuinszenierung „Parsifal“ von Stefan Herheim. Man wünscht sich, daß dem vom „Gaudiburschen Schlingel-Sief“ entstellten Werk wieder sein Charakter als Bühnenweihspiel zurückgegeben wird. „Parsifal“ ist durch und durch metaphysisch, und alles andere als eine Volksbelustigung, ein Pangaudium. Selbstverständlich kann man dies in einer „modernen“ Inszenierung genauso zeigen wie in einer „klassischen“. Die Frage sollte eigentlich nie auf diese Weise gestellt werden, sondern es geht immer darum, ob es eine gute, gelungene, schlüssige oder eine schlechte, mißlungene, unverständliche Regie ist. Es tut wirklich not, daß Schlingensiefs Peinlichkeit totalem Vergessen anheimfällt und ohne Pause eine Neuinszenierung folgt. Man ist gespannt!

Tankred Dorsts „Ring“ hat oft eine wunderbare, tiefgründige Bildhaftigkeit. Man spürt, daß es ihm um den Mythos des Werks geht. Man sollte sich diesen „Ring“ anschauen, allein schon wegen der grandiosen musikalischen Leitung Christian Thielemanns, dessen Wagnerdirigat zum besten gehört, was es heute weltweit zu hören gibt! Wasser, Erde, vor allem aber Feuer spielen archetypisch mit, so wie es Wagner verstanden hat.

Die unterschiedlichen Zeitebenen, auf denen sich das Ringdrama nicht erst seit Richard Wagner, sondern seit Anfang der Menschheit immer wiederholt, sind geschickt konzipiert, aber leider manchmal nicht ebenso geschickt umgesetzt.

Es ist ein Ring ohne Krawatten- und Anzugträger, ohne Plastikkoffer und Küchenutensilien, die natürlich jeden Mythos im Ansatz zerstören würden.

Ein flaues Gefühl hat man bei der Meistersinger-Regie Katharina Wagners. Es sind zu viele Bestandteile, als daß man sie alle den großen Handlungsebenen des Werks zuordnen könnte.

Ein Sammelsurium, das ständig erklärungsbedürftig ist. Die humoristische Dimension des Werks geht verloren, es sei denn, man kann über Pappmachéköpfe (und Glieder) lachen.

Die ganze Komponistenwelt, oft nicht erkennbar noch dazu, steht nämlich so auf! Die Sexsymbole und Nuditäten sind völlig überflüssig – eine Inszenierung, die an ein Panoptikum erinnert.

Christoph Marthalers inszeniert wie bei ihm üblich öde: Ein „Tristan“, dessen Bühnenbild an einen Bahnhofssaal aus der Nachkriegszeit erinnert, mit entsprechend gekleideten Akteuren – einfach trist!

Und dennoch: Trotz all dem ist ein Besuch der Festspiele unerläßlich. Denn die durch keinerlei Regie zerstörbare Musik Richard Wagners in seinem Festspielhaus mit der unglaublichen Akustik, mit den phänomenalen Chören, mit der unübertrefflichen Lichtregie – sie bleiben die durchgehenden Konstanten, die jenseits aller Experimentiererei eben einmalig auf der Welt sind! Der Nimbus Bayreuths gilt, noch, weltweit. Er darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Salzburg kann sich die Zerstörung der Oper noch eher leisten, es verbleiben viele Konzerte vom feinsten, die ausverkauft sind, während man inzwischen viele Opernkarten – es sei denn Anna Netrebko oder Villazon singen – im Vorverkauf noch erhält. Dies ist in Bayreuth bis vor kurzem unmöglich gewesen, außer man zahlte horrende Schwarzmarktpreise.

Auch heute noch könnten viele Aufführungen fünf- oder sechsmal verkauft werden. Bereits vor zwei Jahren aber sah man einen Tauschwilligen, der fünf Schlingensief-„Parsifals“ gegen einen „Tannhäuser“ anbot!

Bayreuth steht und fällt mit Richard Wagner, es ist Richard Wagner – in der ganzen Welt wird es mit ihm gleichgesetzt. Wer das Festspielhaus betritt, wird auf einer Tafel daran erinnert, daß die größte Oper, die es gibt, „Der Ring des Nibelungen“, hier uraufgeführt wurde. Der berühmte Wagnerdirigent Hans Knappertsbusch soll beim Betreten seinen Hut abgenommen und seine Zigarre ausgemacht haben. Er verspürte die Magie, die von diesem Ort ausging – es ist eben nicht irgendein Festspiel-Ort! So ist von ganzem Herzen zu wünschen, daß dieses magische Kraftfeld erhalten bleibt!

Licht aus Paris

Berliner Ausstellung zeigt Impressionisten

In Paris verwendet man die Farben teilweise gänzlich unvermischt“, bemerkte Eugen Bracht gegenüber seinen Schülern nach einem seiner Aufenthalte in der französischen Metropole. „Leuchtendes Chromgelb steht neben strahlendem Zinnober. Und das Grün ist solcherart, daß die Leute es hier als Spinatgrün verspotten würden. Aber die Franzosen fangen das Licht damit ein. Man könnte fast meinen, daß das Licht aus Paris kommt ...“

Nicht umsonst war Paris gegen Ende des 19. Jahrhunderts zur europäischen Kunstmetropole geworden und hatte Rom in dieser Rolle endgültig abgelöst. Die Impressionisten hatten dort ihren eigenen neuen Stil gefunden, mit dem sie nun nicht mehr das darzustellen trachteten, was sie wußten, sondern das, was sie tatsächlich auch sahen. Allein der optische Eindruck wurde nun festgehalten – das Licht, das auf die Dinge fiel, sie somit definierte und letztendlich erst sichtbar machte.

Anfangs als „typisch französisch“ geschmäht – was nichts anderes meinte, als daß es sich um eine vollkommen oberflächliche und wenig tiefgründige Kunst handele – wiesen die Impressionisten auch ihren Kollegen außerhalb Frankreichs den Weg. Hatte man selbst in Deutschland schon längst versucht, neue Wege abseits der geschätzten dunkeltonigen Malerei der Spätromantiker zu gehen, so kamen die entscheidenden Einflüsse doch eindeutig aus Paris: Von der ersten, noch kaum beachteten Impressionisten-Ausstellung bei Gurlitt im Jahr 1883 bis zu van Goghs endgültigem Siegeszug des Jahres 1912 vergingen nahezu 30 Jahre, in denen sich die Kunstlandschaft Berlins grundlegend verändert hatte. Die Große Berliner Kunstausstellung war mittlerweile zu einem alljährlich stattfindenden bedeutenden gesellschaftlichen Ereignis geworden, die Sezession hatte sich in Opposition zur offiziellen Kunstpolitik gegründet, und die Künstler der „Brücke“ standen für die neue Kunstrichtung des Expressionismus, der nun – mit der Gründung der Neuen Sezession des Jahres 1912 – allmählich begann, seine Vorherrschaft zu beanspruchen.

Genau dieser Zeitraum ist es, in dem die in dieser Ausstellung gezeigten etwa 40 Gemälde entstanden sind: jene Jahre, in denen das Licht tatsächlich aus Paris zu kommen schien. *gbw*

Die Ausstellung in der Galerie Barthelmes & Wischnewski, Giesebrechtstraße 10, 10629 Berlin, ist montags bis freitags von 10 bis 13 Uhr sowie von 14.30 Uhr bis 18.30 Uhr und sonnabends von 11 bis 15 Uhr geöffnet, bis 28. Juni.

Inflation der Gedenktage

Die Verwirrung scheint sich jetzt gelegt zu haben. Das war aber auch ein Durcheinander: Der 1. Mai fiel auf den Himmelfahrtstag, der bei vielen Menschen als Vatertag gefeiert wird. Wer hat da nun den Kürzeren gezogen – die Väter oder der Himmel? Aber es soll ja nur alle 152 Jahre vorkommen, und so ist man beruhigt. Doch ein paar Tage später ging's weiter: Wann ist denn nun eigentlich Muttertag, fragten sich viele, am 4. oder am 11. Mai? Ganz unsichere Kantonisten zogen sich aus der Affäre, indem sie gleich zweimal zum Blumenladen gingen.

Mit diesen Gedenktagen ist das überhaupt so eine Sache. Viele werden „von oben“ verordnet, sei es von der jeweils herrschenden Regierung eines Staates, sei es von den Vereinten Nationen. Andere wieder werden offensichtlich von der Wirtschaft angeregt, denn wer sonst sollte auf die Idee kommen, einen Heizenergiespartag oder einen Welttourismustag einzuführen?

Liest man die Reihe der zu feiernden Tage, dann kann man sich eines Schmunzelns nicht erwehren, was allerdings nicht im Sinne der Erfinder sein dürfte. Da geht's im Internationalen Jahr des Planeten Erde, des Riffes, der Sprache und der Kartoffel, also 2008, los beim Tag zum Schutz der Feuchtgebiete hin zum Artenschutz. Fünf Tage später wird der Internationale Frauentag begangen – ein Schelm, der Böses dabei denkt. Man feiert den Weltwassertag, den Weltwettertag, den Weltgesundheitstag und ein paar Tage später den Tag gegen den Lärm. Warum allerdings der bundesweite Aktionstag nachhaltiges (Ab)waschen ausgerechnet einen Tag vor dem Muttertag (dem richtigen) durchgeführt wird, bleibt ein Geheimnis der Veranstalter (Forum Waschen für die Zukunft). Warum nur, so fragt man sich, gibt es eigentlich keinen Tag des Gehirns, der würde vielleicht mal zum Nachdenken anregen. *SiS*

Süße Verlockung

Eine Ausstellung im Freilichtmuseum Domäne Dahlem präsentiert Schokolade und ihre Geschichte

Die Stiftung Stadtmuseum Berlin lädt ein zu einer Reise in die schöne, bunte, aber nicht immer gefahrlose Welt der „Naschkatzen“. Schokolade, Pralinen, Bonbons, Pudding, Kekse, Kuchen, Torten und andere Köstlichkeiten sind Verführungen, denen sich Kinder ungehemmt, Erwachsene oftmals eher schuldbewußt hingeben. Wer mehr über diese verführerische Welt und ihre Geschichte erfahren will, wird in der neuen

Eine Schallplatte warb 1903 für die süße Verlockung

Ausstellung „Süße Verlockung“ im Freilichtmuseum Domäne Dahlem auf vielfältige Weise fündig.

Seltene und außergewöhnliche Exponate gibt es zu entdecken wie eine historische Zuckerlade aus dem frühen 19. Jahrhundert oder die Schokoladenschallplatte der Firma Stollwerck von 1903. Aber auch alltäglich und vertraut Wirkendes wirft spannende Fragen auf: Seit wann etwa gibt es lila Kühe, wer hat die Milchschokolade erfunden und was haben Zwerge mit Schultüten zu tun?

Sind Süßigkeiten heute längst Massenartikel, von denen wir uns problemlos weitaus mehr leisten können, als unserer Gesundheit gut tut, so waren Pralinen, Bonbons und Schokolade im 19. Jahrhundert noch kleine Kostbarkeiten und auch bis zum Zweiten Weltkrieg teure Genußmittel, für die entsprechend aufwändige Verpackungen künstlerisch gestaltet wurden.

Ob handbemalt, mit Velourspapier, Samtimitat oder Goldstoffen bezogen und gefüttert oder auch mit zusätzlichen Bändern und Rosetten versehen, luxuriöse Verpackungen stellten ein werbendes Versprechen für ihren Inhalt dar – und sind bis heute in ihrer verschwenderischen Fülle ein Augenschmaus (und zugleich ein Genuß ohne Reue!).



Verführerisch: Schokolade, beliebt bei Jung und Alt Foto: Stadtmuseum

Auch Reklameschilder der vergangenen 100 Jahre zeigen anschaulich, welchen Anteil die ergänzende Verführung der Werbung für den wachsenden Konsum an Süßwaren hatte und hat.

Als „Entschuldigung“ für übermäßigen Schokoladengenuß wird oft angeführt, daß sie die Stimmung aufhelle und so wichtige Substanzen wie Serotonin oder Cannabinoide enthalte. Wissenschaftler entgegnen allerdings, daß diese Wirkstoffe in anderen Lebensmitteln in wesentlich höheren Konzentrationen enthalten seien. Daher sei es plausibler, daß der in Schokolade enthaltene Zucker und das Fett sowie der Geschmack und die Konsistenz für die Begehrtheit der braunen Versuchung verantwortlich sind.

Unwidersprochen ist jedoch die Erkenntnis, daß Schokolade einem Herzinfarkt vorbeugen kann und den Blutdruck senkt. Hier ist allerdings nur die dunkle Schokolade oder Bitterschokolade erfolgreich, und das nicht in großen, unkontrollierten Mengen. Zwei Eßlöffel reiner Bitterschokolade täglich empfehlen die Experten.

Jegliches Nasch- und Backwerk wird erst süß durch Zucker. Lange Zeit war – außer Honig und süßen Früchten – der Rohrzucker aus Übersee, dessen Anbau und Gewinnung eng mit der Geschichte der Sklaverei verknüpft ist, die einzige Quelle.

Erst im 18. Jahrhundert gelang die bahnbrechende Erkenntnis, daß und wie auch aus einheimischen Rüben das „Weiße Gold“ gewonnen werden kann. So entstand nach und nach eine Vielfalt süßer Produkte, deren handwerkliche Herstellung – Zuckerbäckerei, Konditorei, traditionelle Eisproduktion – die Ausstellung ebenso zeigt wie die zunehmenden Möglichkeiten der Verarbeitung im häuslichen Bereich.

In einem Geruchskabinett können Groß und Klein gemeinsam ihre Nasen testen und süße Düfte erraten, wie überhaupt viel Raum für kindliche Entdeckungslust gegeben ist.

Die bunte Inszenierung „Zukkertüten-Himmel“ thematisiert den deutschen Brauch der Schultüten, und das Ratespiel „Wie viel Zucker ist hier drin?“ macht Spaß und vermittelt zugleich einige überraschende Erkenntnisse.

Und auch Pippi Langstrumpf ist hier „anzutreffen“: Mit ihr warb die Berliner Schokoladenfirma Sarotti 1973 bei Kindern für ihre Schokolade.

Seit Jahrhunderten fühlen sich Menschen von Schokolade ange-

Bei Casanova und Goethe war die Schokolade beliebt

zogen, sie war ihnen Inspirationsquelle oder auch Glücksspenderin. Casanova schätzte sie als Aphrodisiakum, und auch Goethe war von ihr als Stärkungsmittel fasziniert. Und so findet sich der Schokoladenfreund in durchaus guter Gesellschaft, wenn er wieder einmal zu einer dieser süßen Versuchungen greift. *pm / os*

Die Ausstellung im Freilichtmuseum Domäne Dahlem, Stiftung Stadtmuseum Berlin, Königin-Luise-Straße 49, 14195 Berlin, ist mittwochs bis montags von 10 bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt 2 / 1 Euro, mittwochs frei, bis 31. Dezember.

Aus der Vogelperspektive oder in der Unterwelt

Auf dem Krimi-Festival »Criminale« in Wien lasen deutschsprachige Krimi-Autoren aus ihren Werken

Von HELEN BAUERS

Die österreichische Hauptstadt Wien präsentierte sich großstädtisch, aber gemütlich wie immer – hinter den Kulissen jedoch regierte das Verbrechen. Zumindest das literarische. Und das auch nur für wenige Tage. Über 220 Schriftstellerinnen und Schriftsteller aus Deutschland, Österreich und der Schweiz waren angereist, um fast eine Woche lang die diesjährige „Criminale“ zu feiern – das größte deutschsprachige Krimi-Festival Europas, veranstaltet von der Autorenvereinigung „Das Syndikat“ – für schreibende Kolleginnen und Kollegen, aber auch für Leserinnen und Leser und andere Interessierte. Wer sich fragt, warum dem „Krimi“ ein derart ausführliches Festival gewidmet ist, denn dieses Genre sei ja doch keine richtige Literatur, wird zum Höhepunkt jeder „Criminale“ eines Besseren belehrt. Auf der Abschlußgala, dem „Tango Criminale“ werden jährlich zwei bedeutende Auszeichnungen auf dem Gebiet der Kriminalliteratur verliehen: der Friedrich-Glauser-Preis, renommiertester deutschsprachiger Krimipreis, in vier Kategorien und der Hans-Jörg-Martin-Preis für die beste Kinder- und Jugend-Kriminalliteratur. An den folgenden Tagen gab es rund 80 Lesungen an 70 verschiedenen Orten Wiens – traditionell in Lokalen und Theatern, Literaturhäusern und Buchhandlungen, aber auch – mit Vogelperspektive auf die Stadt – in den Gondeln des Riesenrads, im Gasometer A und – in bester Tradition des „Dritten Mann“ – in der Kanalisation der Stadt. Etliche Autorinnen und Autoren lasen vor ausverkauften Häusern – für die Lesungen in den Sielgewölben der Kanalisation zum Beispiel waren schon lange vor dem Festival keine Karten mehr zu bekommen.

Wer aber nun war jener Friedrich Glauser, der dieser wichtigsten Trophäe für deutschsprachige Kriminalautorinnen und -autoren den Namen gab? Geboren 1896, war der erste deutschsprachige Autor, der den Kriminalroman hof- und salonfähig machte, Zeit seines Lebens ein Außenseiter, der erst nach seinem Tod einen gewissen Ruhm erlangte: Allein seine Lebensgeschichte, geprägt von Verhaltensstörungen in der Jugend, anhaltender Selbstmordgefährdung, ständiger hoher Verschuldung und späterer Entmündigung, liest sich wie ein Krimi. Morphiumsucht, Beschaffungskriminalität, wiederholte Suizidversuche und damit zusammenhängende langfristige Aufenthalte in psychiatrischen Kliniken runden das Bild ab. Von 1931 bis 1934 schreibt er – neben einer Tätigkeit als freier Journalist – seinen ersten Kriminalroman. Aber dieses Genre gilt damals im deutschen Sprachraum keinesfalls als Literatur. Erst 1936 gelingt Glauser mit der Veröffentlichung eines zweiten Kriminalromans ein bescheidener Durchbruch (Glauser selbst bezeichnete seine Krimis selbst gern als Schundromane, obwohl sie Stimmungen besser zeichnen und soziale Details gekonnter darstellen als die seiner Zeitgenossen). Danach veröffentlicht er mehrere Kriminalromane, von denen einer ihm sogar einen Literaturpreis einbringt und eine Auftragsflut für weitere Romane, Erzählungen und journalistische Artikel auslöst. Die plötzliche Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit überfordert Glauser jedoch. Im Dezember 1938 erleidet er einen Zusammenbruch und stirbt. Erst seit den Neuauflagen der 1990er Jahre ist es übrigens wieder möglich, Glausers Romane in der Ursprungsfassung zu lesen – aufgrund seiner Entmündigung hatten sich die Verleger das Recht zu jeglicher Veränderung seiner Texte herausgenommen.



Glückliche Gewinner beim gruseligen Spiel: Die Preisträger der diesjährigen „Criminale“ Foto: Bauers

In der Gegenwart nun dürfen jährlich je fünf Nominierte in vier Kategorien auf der „Criminale“ zittern, bis der endgültige Gewinner der begehrten Friedrich-Glauser-Preise verkündet wird. In der Kategorie „Beste Kurzgeschichte“ ging die begehrte Auszeichnung in diesem Jahr an Bernhard Jaumann für seinen Titel "Schnee an der Blutkuppe“, erschienen in der Anthologie „Zum Sterben schön“. Als Autor des „Besten Debüt-Romans“ gewann den Preis Rainer Gross mit seinem Roman „Grafeneck“. Als „Bester Roman“ ging der Titel „Die Stadt der Verlierer“ von Lilian Faschinger aus den nominierten als Sieger hervor. Der vierte „Glauser“ für die Kategorie „Lebenswerk“ beziehungsweise „Besondere Verdienste um die Kriminalliteratur“ ging an die Autorin Sabine Deitmer, die unter anderem bereits den Deutschen Krimipreis gewonnen hat. Der Hansjörg-Martin-Preis ging an Boris Koch für seinen Jugendkrimi „Feuer im Blut“.

Im nächsten Jahr findet die „Criminale“ übrigens in Singen statt – ob das allerdings etwas mit dem Ganoven-Ausdruck für ein Geständnis zu tun hat?

»Phantom« folgt »Starfighter«

Als Aufklärer begann die Luftwaffen-Karriere der McDonnell Douglas

Von MANUEL RUOFF

Aufgrund der Schwächen des US-amerikanischen „Witwenmachers", „Erdnagels", „fliegenden Sarges" und „Sargfighters" Lockheed F-104 „Starfighter" wurde ab Mitte der 60er Jahre bei der Bundeswehr über dessen schnellstmögliche Ablösung als Aufklärungsflugzeug der Luftwaffe nachgedacht. In die engere Wahl kam dabei der aus dem ebenfalls US-amerikanischen Allwetterjäger McDonnell F-4 „Phantom" abgeleitete Aufklärer RF-4. Am 12. März 1965 war diese Aufklärervariante der „Phantom", die gegenüber dem Jagdmodell einen 84 Zentimeter längeren Rumpf besaß, erstmals abgehoben. Am 6. April des Folgejahres wurde Vertretern des Bundesverteidigungsministeriums eine entsprechende Maschine dieses Typs aus den Beständen der US-Luftstreitkräfte vorgestellt.

Das Flugzeug war nicht gerade billig. Mit einem Stückpreis von 23 Millionen D-Mark war die „Phantom" weit mehr als doppelt so teuer wie die von Lockheed überarbeitete Aufkärervariante des „Starfighter" RTF-104G. Ein derart teures Beschaffungsvorhaben paßte 1966 nicht in die politische Landschaft. In jenem Jahr nämlich trat der US-amerikanische Präsident Lyndon B. Johnson mit hohen zusätzlichen Zahlungsforderungen für die US-Besatzungstruppen in Deutschland und den Krieg in Vietnam an die Bundesregierung heran und die bis dahin schwerste Rezession der Nachkriegszeit mit drastisch steigenden Arbeitslosenzahlen nahm ihren Anfang. So wurde auf die kostspielige Anschaffung verzichtet – vorerst.

Zwei Jahre später, am 13. Mai 1968, wurde die vom Inspekteur der Luftwaffe Johannes Steinhoff bereits frühzeitig favorisierte „Phantom" in der Version RF-4E als Aufklärer akzeptiert. Trotz des hohen Preises und des Widerstandes der beiden Christsozialen Franz Josef Strauß und Friedrich Zimmermann, denen die Interessen der deutschen Luftfahrtindustrie zu wenig berücksichtigt schienen, fand ein entsprechendes Beschaffungsvorhaben über 88 RF-4E die Zustimmung sowohl des Verteidigungs- als auch des Haushaltsausschusses des Bundestages. Am 7. November 1968 wurde ein diesbezüglicher Vertrag durch das bundesdeutsche und das US-amerikanische Verteidigungsministerium unterzeichnet. Um den Deutschen die Entscheidung für diese kostspielige Anschaffung zu erleichtern, sollte die Luftfahrtindustrie der Bundesrepublik bis 1974 von US-amerikanischen Firmen Lizenzen und Aufträge in Höhe von 125 Millionen US-Dollar erhalten. Wie auch bei der wenig später erfolgenden Beschaffung von 175 Luftwaffenjägern des „Phantom"-Typs F-4F – einer für die deutsche Luftwaffe produzierten vereinfachten Version der F-4E – gehörten MBB und Dornier zu den Nutznießern.

Am 1. August 1970 hob die erste der für die Luftwaffe gebauten „Phantom" vom Typ RF-4E in St. Louis ab. Am 20. Januar 1971 übernahm das Aufklärungsgeschwader (AG) 51 „Immelmann" in Bremgarten den ersten der neuen Aufklärer. Im Herbst begann dann die Ausrüstung des AG 52 in Leck. Beide Aufklärungsgeschwader übernahmen mit jeweils 36 Einsatzmaschinen das Gros der Flugzeuge. Jeweils zwei Maschinen waren für die Technische Schule der Luftwaffe (TSLw) 1 und die Erprobungsstelle 61 vorgesehen. Das verbleibende Dutzend diente als Kreislaufreserve.

1990 begann die Ablösung des Aufklärers durch den „Tornado". 1994 wurde die letzte RF-4E bei der Luftwaffe außer Dienst gestellt. In der später zur Bundeswehr gekommenen und auch später verschwindenden Jäger-Variante F-4F ist die „Phantom" jedoch bis zum heutigen Tage am deutschen Himmel zu sehen. 2012 soll dann auch beim Jagdgeschwader (JG) 71 „Richthofen" das letzte Stündchen der „Phantom" schlagen.



Mac Donnell Douglas RF-4E: Vor 40 Jahren fiel im Bundesverteidigungsministerium die Wahl auf die „Phantom". Foto: Archiv

Australiens letzter Träger

Von HANS LODY

Seit der Verschrottung ihres Schwesterschiffes „Sydney" vor 35 Jahren, im Jahre 1973, war die „Melbourne" der letzte Flugzeugträger der Australier. Im Gegensatz zur „Sydney", die am Koreakrieg beteiligt war, brauchte die „Melbourne" niemals in den Krieg zu ziehen. Ihre erste Aufgabe bestand darin, die 1956 in Australien erstmals stattfindenden olympischen Sommerspiele zu unterstützen. Richtig bekannt wurde der Träger durch zwei tragische Unfälle mit den Zerstörern „Voyager" und „Frank E. Evans", welche ihm die Bezeichnung „Killership" einbrachte.

Am 6. Februar 1964 verließ die „Melbourne" unter der Führung von Captain Hickling den Hafen von Sydney, um an einem Manöver teilzunehmen. In ihrer Begleitung befand sich der australische Zerstörer „Voyager". Am Abend des Tages war der Himmel klar und wolkenlos. Die Sicht war ausgezeichnet, und die See war ruhig, es gab nur eine leichte Dünung. „Melbourne" und „Voyager" fuhren nicht abgeblendet, sogar die Positionslichter waren gesetzt, und auf dem Topmast brannten rote Lichter. Alles war gut, bis der Kommandant der „Melbourne" dem Zerstörer einen Positionswechsel befahl. Anstatt im Kielwasser des Trägers dessen Kurs zu kreuzen, versuchte der Zerstörer, vor dem Bug des Trägers diesen Wechsel auszuführen. Dabei kam es zur Kollision. Es war genau 20.56 Uhr, als der Steven des Trägers den Zerstörer vor der Brücke in zwei Teile zerschnitt. Der hintere Teil des Zerstörers, der etwa zwei Drittel ausmachte, hielt sich noch drei Stunden, bevor er von der Meeresoberfläche verschwand. Das Vorschiff sank wenige Minuten nach dem Zusammenstoß. Das Wrack liegt noch heute in einer Tiefe von 140 Metern auf dem Meeresgrund. 82 Seeleute von der „Voyager", darunter der Schiffsführer Captain D. H. Stevens und 13 weitere Offiziere, kamen ums Leben. Noch heute beschäftigt die australische Öffentlichkeit der Vorfall, so daß sogar Bücher dazu geschrieben worden sind.

Fünf Jahre später fand dann der zweite tragische Zwischenfall statt. Am 11. Mai 1969 verließ die „Melbourne" den Hafen von Manus, um sich an der Seato-Übung „Sea Spirit" zu beteiligen. Am 3. Juni kam es zu einem schweren Unfall. Wieder sollte ein Begleitzerstörer nächtens seine Position zu dem Träger wechseln. Diesmal war es mit der „Frank E. Evans" ein US-amerikanisches Schiff, das ein „Opfer" der „Melbourne" wurde. Noch um 3.10 Uhr liefen beide Schiffe parallel, dann änderte der Zerstörer seinen Kurs und kreuzte jenen des Trägers. Die Gegenbefehle wurden zu spät erteilt. Wieder schnitt der Träger seinem Begleitzerstörer das Vorschiff ab. Es versank sofort. Das Hinterschiff des Zerstörers blieb diesmal schwimmen. Dennoch starben 74 Seeleute der „Frank E. Evans". Unter ihnen befanden sich drei Brüder: Gary, Gregory und Kelly Sage. Die Eltern hatten bereits im Zweiten Weltkrieg einen Sohn verloren.

Nach seiner Außerdienststellung im Jahre 1982 und dem Verkauf an eine chinesische Schrottfirma 1985 leistete die „Melbourne" noch unfreiwillige Entwicklungshilfe für die chinesische Marine, die sich schon seit geraumer Zeit um Flugzeugträgertechnologie bemühte. Die Regierung von Australien hat keine finanziellen Mittel bereitgestellt, um einen Ersatz für die „Melbourne" zu beschaffen, so daß die „Melbourne" bis auf weiteres Australiens letzter Flugzeugträger bleiben wird.

Reformation versus Gegenreformation

Fruchtbarer Gedankenaustausch zwischen Königsbergs Gelehrten und Humanistenkreis des Bistums Ermland

Von RÜDIGER RUHNAU

Für den Hochmeister Albrecht von Preußen (1490–1568) war die Umwandlung des Deutschordenslandes in ein weltliches, protestantisches Herzogtum nicht nur ein geschicktes politisches Manöver, es war für ihn eine Angelegenheit aus innerster Überzeugung. Unter größter Geheimhaltung traf er 1523 mit Martin Luther zusammen, der zur Auflösung des Deutschen Ordens und Begründung einer weltlichen Herrschaft in Preußen riet.

Mit der später erfolgten Gründung der Königsberger Universität (1544) bezweckte man in erster Linie die Ausbildung eines geeigneten protestantischen Predigernachwuchses. Gleichzeitig sollten dort die für die Verwaltung des Landes benötigten Beamten und Richter herangebildet werden. Unter dem ersten Rektor der Universität Georg Sabinus, einem Schwiegersohn Melanchthons, entwickelte sich die Hochschule zu einem geistigen Mittelpunkt Ostdeutschlands. Neben der beherrschenden Theologie kamen allgemeine Bildung und Forschung nicht zu kurz. Indem man den antiken Vorbildern nacheiferte, wurde im Sinne des Humanismus ein freies Denken gelehrt, glaubte man, dem Ideal der freien Menschlichkeit am besten nachzufolgen. Zwischen den Königsberger Gelehrten und dem Humanistenkreis des Bistums Ermland, dem zweiten Zentrum des literarischen Lebens im Preußenland des 16. Jahrhunderts, fand ein fruchtbarer Gedankenaustausch statt, der gleichwohl nicht verhindern konnte, daß im Ermland wie in Westpreußen der Siegeslauf der Reformation gebremst wurde.

Die letzte Epoche des Ordensstaates, beginnend mit der 1498 erfolgten Wahl Friedrichs von Sachsen zum Hochmeister und endend mit dem Übergang zur Reformation, war von einer bemerkenswerten geistesgeschichtlichen Umwandlung geprägt: Die Ideen des Humanismus hielten Einzug in das Ordensland, sie schwächten gleichzeitig die im Mittelalter dominierende Stellung der Römischen Kirche. Durch das Auffinden alter Handschriften erweiterte sich der Kreis antiker Schriftsteller, die man mit Versen und Prosa in lateinischer Sprache nachzuahmen versuchte (Agricola, Erasmus), während bei Ulrich von Hutten der Humanismus mehr nationale Züge annahm.

Eine päpstliche Verordnung vom 29. Juli 1243 hatte Preußen in vier Bistümer eingeteilt: Kulm, Pomesanien, Ermland und Samland. Nach dem 1466 geschlossenen Zweiten Thorner Frieden kamen Kulm und das Ermland unter die Oberhoheit der polnischen Königskrone (die zeitweise auch von Deutschen getragen wurde), während die beiden Bistümer Pomesanien und Samland weiterhin zum Deutschordensstaat gehörten. 1525 traten die Landesbischöfe Georg Polentz von Samland und Erhard Queis von Pomesanien freiwillig ihre Herrschaftsrechte und Gebiete an Herzog Albrecht von Preußen ab. Sie waren die einzigen deutschen Bischöfe, die schon vor dem Jahre 1525 ihre römisch-katholische Unterstellung widerriefen. Das ermländische Bistum, dessen Landgebiet in Form eines Dreiecks mit seiner nördlich verbreiterten Spitze das Frische Haff berührt, reicht im Süden bis zu den Masurischen Seen. Um das Jahr 1400 besaß die Diözese Ermland 274 Pfarrkirchen.

Für eine Änderung von Rechtsstellung und territorialem Besitzstand des Deutschen Ordens waren allein Kaiser und Papst maßgebend. Beide erkannten aber den Thorner Friedensvertrag nicht an, dessen Grundlagen demzufolge dürftig, wenn nicht angreifbar waren. Auch nach 1466 blieb das Bewußtsein von der Einheit des Landes Preußen erhalten, infolgedessen setzte nun ein 300jähriges Ringen um die Eigenständigkeit des westlichen Preußens ein. Eine Besonderheit des ermländischen Bistums bestand darin, daß nicht nur der Bischof gleichzeitig Landesherr war, sondern auch das Domkapitel in einem Teil der Diözese weltliche Gewalt ausübte.

Nacheinander besetzten drei aus Danzig stammende Kleriker den ermländischen Bischofsthron: Moritz Ferber, aus dem bekannten Patriziergeschlecht der Ferber stammend, von 1523 bis 1537; Johannes Dantiscus (1537–1548) und Tiedemann Giese (1548–1551). Der konfessionelle Unterschied zu dem Humanistenkreis am Königsberger Hof bildete zunächst kein Hindernis für den Gedankenaustausch, zumal sich auf beiden Seiten deutsche Gelehrte beteiligten. Das änderte sich erst, als Stanislaus Hosius 1551 die Weihe zum Bischof des Ermlandes empfing. Hosius, einer deutschen Familie aus Baden entstammend (namens Hose), entwickelte sich zur bedeutendsten Persönlichkeit der polnischen Gegenreformation. Eine scharfe Feder führend, berief er die Jesuiten nach Polen und brachte es noch bis zum Kardinal. Auf seinen Eifer war die Zurückdrängung des Deutschtums in Westpreußen zurückzuführen, ausgenommen die Städte Danzig, Thorn und Elbing. Diese errangen das Recht der freien Religionsausübung, blieben protestantisch und bewahrten ihr Deutschtum. Die kritischsten Gegner erwuchsen dem Katholizismus in den Humanisten. Sie strebten eine Erneuerung der Kirche einschließlich der theologischen Bildung an und forderten ein von den Traditionen der Dogmen freies, moralisches Christentum, vergeistigt durch die humanistische Ausrichtung. An erster Stelle sind hier zu nennen Erasmus von Rotterdam und Johann Reuchlin aus Pforzheim.

Die erfolgreichste Förderung erfuhr der Humanismus in Preußen in der Person des 1537 auf den Stuhl der bischöflichen Residenz in Heilsberg berufenen Johannes Dantiscus. Wie gleicherweise in der Diözese Kulm, residierte auch das ermländische Domkapitel, getrennt von seinem Oberhirten, in dem Städtchen Frauenburg am Frischen Haff. Johannes Flachsbinder, wie Dantiscus vor der Latinisierung seines Namens hieß, besaß die Gunst des Königs, in dessen Auftrag er öfter in diplomatischen Diensten unterwegs war. Es ist wohl dem opportunistischen Charakter des Dantiscus zuzuschreiben, der einerseits als fruchtbarer Poet humanistischer Verse auftrat, dies andererseits mit seinen bischöflichen Aufgaben zu vereinbaren meinte.

Der dritte Danziger auf dem ermländischen Bischofsthron, Tiedemann Giese, ein Bruder des von Holbein porträtierten Kaufmanns Giese, war befreundet mit Nicolaus Copernicus, der zu den Mitgliedern des ermländischen Domkapitels gehörte. Copernicus wiederum verdankte die Domherrenwürde seinem Onkel Lukas Watzenrode, der von 1489 bis 1512 den ermländischen Bischofsstuhl einnahm. Watzenrode hatte mit aller Umsicht den Lebensweg seines Neffen vorbereitet, der sich später als Dompropst in Frauenburg ganz seinem astronomischen Lebenswerk widmen konnte. Obwohl die weltbewegende Tat des Copernicus völlig den Ideen des Humanismus entsprach, ist der preußische Astronom dem alten römischen Glauben treu geblieben.

Dialog unmöglich

Däne entlarvt Klimadebatte



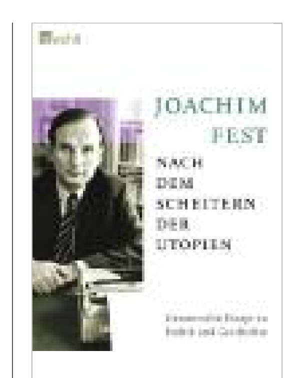
Hoffnungsvoll blicken jene Menschen, für welche die Debatte um den Klimawandel schon längst ins Irrationale abgedriftet ist, nach Kopenhagen. Hier forscht und lehrt Björn Lomborg, der inzwischen zu einem der bekanntesten Gesichter im Kampf um mehr Sachlichkeit beim Thema Klimawandel geworden ist. Der Däne, ehemals Mitglied bei „Greenpeace“, ist inzwischen von der ganzen Umweltretter-Front kuriert. Mit seiner neuesten Veröffentlichung „Cool it! Warum wir trotz Klimawandels einen kühlen Kopf bewahren sollten“ wagt er einen mutigen Sprung. Und auch wenn Lomborg der Mut zum Ende seiner Ausführungen verläßt, so erhält der Leser doch viele Informationen. Informationen, die er zuvor häufig unter völlig anderen Vorzeichen präsentiert bekommen hat oder die ihm einfach unterschlagen wurden, denn das Thema Klimawandel sei inzwischen zu einer Art „heiligem Überlebenskampf“ mutiert. „Typische Merkmale sind eine überzogene oder extreme Wortwahl, ein eindringlicher Tonfall und ein filmischer Stil. Man bedient sich eines quasi religiösen Registers von Tod und Verderben, und die Sprache ist geprägt von Beschleunigung und Unumkehrbarkeit“, zitiert Lomborg das „Institut for Public Policy Research“. „Ein solcher Umgang mit Sprache macht jeden vernünftigen Dialog über unsere weltweiten Handlungsoptionen unmöglich“, klagt der 1965 Geborene, der sich selbst angeblich aufgrund seiner weniger apokalyptischen Thesen wegen bereits einer modernen Art der „Hexenverfolgung“ ausgesetzt sah.

In einem Wust aus Zahlen erläutert Björn Lomborg, wieso er die in Kyoto beschlossene Kohlenddioxid-Reduzierung für extrem teuer, aber wenig effektiv hält. Auch die Debatten um das Aussterben der Eisbären, mehr Hitzetote und Wassermangel werden von ihm mit seinem Zahlenmaterial als übertrieben abgetan. Da am Ende des Buches ein sehr ausführlicher wissenschaftlicher Anhang ist, ist davon auszugehen, daß er zahlreiche Belege für seine Aussagen hat, zwar hätten die Klimaretter um Al Gore auch ihre „wissenschaftlichen Belege“, doch im Gegensatz zu diesen, so Lomborg, würde er nicht nur das ihm genehme Zahlenwerk auswerten, sondern alle zur Verfügung stehenden Daten zu Rate ziehen. So schön, so gut, wir müssen ihm vertrauen, aber seine Argumente entbehren nicht einer gewissen Logik: „Ich dagegen glaube – mit den allerbesten Absichten –, daß es notwendig ist, unsere Denkweise zumindest auf den Prüfstand zu stellen, bevor wir die größten öffentlichen Ausgaben in der Geschichte der Menschheit beschließen. Wir müssen uns wieder darauf besinnen, daß unser eigentliches Ziel nicht die Verringerung von Treibhausgasen oder der globalen Erwärmung ist, sondern die Verbesserung der Lebensqualität und der Umweltbedingungen ist.“ Lomborg behauptet sogar, daß auf einer Prioritätenliste Aids, Unterernährung und Malaria mindestens genauso wichtig seien wie Klimaschutz. Ja, er unterstellt sogar, daß man mit dem Geld, das in den Klimaschutz geht, in anderen Bereichen einen viel höheren Nutzen erzielen könnte. Gutes tun statt nur sich gut fühlen, so der Aufruf des Dänen. *Rebecca Bellano*

***Björn Lomborg: „Cool it! Warum wir trotz Klimawandels einen kühlen Kopf bewahren sollten“**, DVA, München 2008, geb., 270 Seiten, 16,95 Euro*

Ein Stück Zeitgeschichte

Joachim Fest: Kommentare aus 30 Jahren journalistischer Tätigkeit



In den letzten Jahren ist Joachim Fest vor allem als Buchautor in Erscheinung getreten. Es ist kaum zu glauben, daß seine Zeit als einer der Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ („FAZ“) bereits 1993 nach 20 Jahren zu Ende ging. Das nach Fests Tod herausgebrachte Buch „Nach dem Scheitern der Utopien“, welches seine Essays zu Politik und Geschichte enthält, kann gerade für den jüngeren Leser eine Möglichkeit sein, den großen Publizisten und Historiker näher kennenzulernen. Wer auf den Geschmack gekommen ist, wird dann vielleicht auch zu seinen größeren Studien, zum Beispiel seiner Hitler-Biographie, greifen.

Einige der politischen Essays und historischen Porträts und Betrachtungen über Theodor Mommsen, Jacob Burckhardt oder Winston Churchill sind bereits an anderem Ort erschienen. Daher sind die Kommentare aus der „FAZ“ von besonderem Interesse, denn man kann sie hier in einem Stück nachlesen und muß kein Zeitungsarchiv aufsuchen. Die Gegenstände seiner Betrachtungen sind unterschiedlicher Art. Heute, nach all den (Schein-)Reformen der Schröder-Jahre, kann man den Begriff eigentlich nicht mehr hören, ja, man assoziiert ihn sogleich mit Sozialabbau. Vor 33 Jahren war dies nicht anders, auch Fest packte damals die Unlust an der „Manie der Reformen“, und er beklagte die „Veränderungswut in der Bundesrepublik“. Bald könne man mit der Devise „Keine Reformen“ Wahlen gewinnen, vermutete der „FAZ“-Herausgeber: „Denn nicht das Bestehende muß verändert werden, sondern das Verkehrte.“

Die linke, „machtvolle Bekümmerungspublizistik“ der Bundesrepublik hat es sich zur Aufgabe gemacht, konservative oder liberalkonservative Schriftsteller und Journalisten ins moralische Abseits zu stellen. Auch Fest galt diesen Gesinnungspublizisten lange Zeit als ein Rechter. Anders als die famosen Antifaschisten der Republik argumentierte Fest differenziert. Die „Figur des nachgeholten Widerstands gegen das Dritte Reich“ war ihm zuwider. Über die „Uneinsichtigkeit“ des baden-württembergischen CDU-Landesvaters und ehemaligen Marine-Richters Hans Filbinger urteilte er am 26. Mai 1978: „Man mag über den Schriftsteller Rolf Hochhuth denken, wie man will. Doch steckt in seinem eifernden Rigorismus auch ein Gefühl dafür, daß die Demokratie ein höheres Maß an moralischer Irritabilität besitzt als jede andere Staatsform. Darauf gründet ganz wesentlich ihre Legitimität. Jedermann kann denn auch ein Versagen, das strafrechtlich irrelevant ist, mit sich selber abmachen. Ein Ministerpräsident kann es nicht.“

Wie schon bei der eifernden Reform-Hysterie, die ein Signum der Brandt- und der Schröder-Jahre war, fallen auch bei der Ostpolitik die Parallelen ins Auge. Nun hat der Ex-Kanzler aus Niedersachsen „Ostpolitik“ nach seinem Ausscheiden aus dem Kanzleramt in seinem ganz eigenen, lukrativen Sinne interpretiert. Fest zufolge machte sich in der Ära Brand die Neigung bemerkbar, „statt des besseren Arguments die bessere Gesinnung hervorzukehren und die politische Entscheidung zu einer Frage auch von Anstand und Charakter zu machen“. Dies kommt uns allen sehr bekannt vor, die sogenannten Aufstände der Anständigen liegen ja noch nicht lange zurück. Man sieht: Alles wiederholt sich. Nur fehlt uns heute ein Journalist vom Kaliber eines Joachim Fest. Die Lücke wird nach seinem zu frühen Tod im Jahr 2006 nicht kleiner. *Ansgar Lange*

***Joachim Fest: „Nach dem Scheitern der Utopien – Gesammelte Essays zu Politik und Geschichte“**, Rowohlt, Reinbek 2007, 448 Seiten, 19,90 Euro*

Spannend wie ein Krimi

Hintergründige Dreiecksgeschichte zieht in ihren Bann

Zwei junge Männer, Freunde, die durch dick und dünn gehen, was könnte ein solche Männerfreundschaft im Normalfall entzweien? Die Antwort ist einfach: die Liebe zu ein und derselben Frau. So ergeht es den Studenten Theo und Antonio in dem Roman „Die Frau unseres Lebens“. Eigentlich sollte die bildhübsche Clara nur als weiterer Kumpel das Duo zum Trio machen, doch dann kommt alles anders.

15 Jahre nach dem endgültigen Bruch der Freundschaft, einer rauschhaften, schicksalsschweren Nacht lädt Antonio Theo zur Weihnachtsfeier in seine Heimat Chile ein. Als erfahrener Kriegsreporter soll sich Theos ungutes Gefühl in dieser Sache bald bestätigen, denn es ist nicht nur Antonio, der ihn dort erwartet.

„Die untergehende Sonne entflammte die Landschaft und enthüllte jedes Detail: die rötlichen, gewundenen Stämme der Myrtenbäume, das satte Grün der Boldosträuche, das Filigran der Südbuchen, deren Namen Antonio aufzählte, als nähme er sie mit dem Bezeichnen in Besitz. Nach einer Weile sahen wir Clara den Hang heraufkommen, und so wie er es mit den Bäumen getan hatte, nannte Antonio ihren Namen: ‚Clara‘.“

Der alte Konflikt beginnt erneut hochzukommen und alte Wunden brechen auf, als Theo spürt, daß Clara während der vergangenen 15 Jahre – seiner Zeit als rastloser Kriegsreporter bis in die Gegenwart hinein – immer die einzige für ihn war.

Kaum in Chile angekommen, beginnt Theo, sich an die verdrängten Jahre und die Liebe zu Clara zu erinnern. „Wir gingen in ihr Zimmer. Clara zog die Schuhe aus. Ein lokker von der Decke herabfallendes Tuch verhüllte ihr niedriges breites Bett. An den Wänden hingen, mit Reißzwecken befestigt, ein paar kolorierte Tuschezeichnungen. Ich erinnere mich noch an einen Schmetterling, er war naturgetreu dargestellt wie in den Abbildungen in einer Enzyklopädie, nur der Kopf war anders, es war der Kopf eines Mädchens. Clara, dachte ich, hatte etwas von diesem Schmetterling. Es war das Gefühl, das ich auf unserer Reise gehabt hatte. Kaum glaubtest du, du hättest sie, wurde sie unergreifbar.“

Strategisch geschickt startet die Autorin Carla Guelfenbein die Geschichte in der Gegenwart, schildert überzeugend das Wiedersehen der drei Ex-Freunde und die widersprüchlichen Gefühle Theos bezüglich der Beweggründe Antonios, ihn nach so vielen Jahren für die Weihnachtstage zu sich und Clara nach Chile einzuladen.

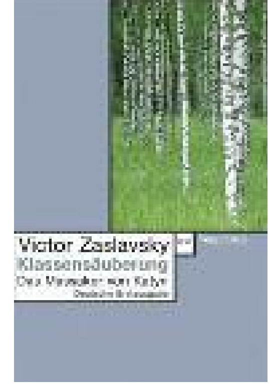
Voller Spannung taucht der Leser nach dieser Episode in die Vergangenheit der drei ein, erlebt die sich entwickelnde zarte Liebe zwischen Theo und Clara, um dann voller Spannung die Handlung in der Gegenwart weiterzuverfolgen.

Eine einfühlsame Dreiecksgeschichte, ereignis- und abwechslungsreich, unerwartet und überraschend, ein wahres Lesevergnügen. *A. Ney*

***Carla Guelfenbein: „Die Frau unseres Lebens“**, Insel Verlag, Frankfurt am Main 2008, geb., 298 Seiten, 19,80 Euro*

Katyn und mehr

Russischer Historiker entwirrt »einzigartiges Konzentrat von Tabuthemen«



Der Autor Victor Zaslavsky, ein emigrierter russischer Geschichtsprofessor, schildert in dem Buch „Klassensäuberung – Das Massaker von Katyn“, wie der Molotow-Ribbentrop-Vertrag vom 23. August 1939 für Hitler und Stalin den Weg frei machte, Polen zu erobern und unter sich aufzuteilen.

An die Sowjetunion fielen vertraglich 52 Prozent des polnischen Staatsgebietes mit einem Drittel der Bevölkerung. Darunter waren 250 000 Soldaten, Offiziere und Reservisten der Armee. Zwei Jahre später waren im östlichen Polen mehr als 400 000 Menschen „ins Gefängnis gesteckt, deportiert und erschossen“.

Folgendes war passiert: Am 17. September 1939 fiel die Rote Armee in Polen ein. Am 30. November 1939 begann sie den Winterkrieg gegen Finnland. In der Folge mußte Ostkarelien mit der Landenge von Wiborg abgetreten werden. 160 000 Karelier wurden nach Finnland umgesiedelt, einen Rest deportierte Stalin. Im Juni 1940 zwang die UdSSR die baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen unter ihre Hoheit. Zeitgleich mußten im Süden Bessarabien und die nördliche Bukowina von Rumänien abgetreten werden.

Massendeportationen wie in Ostpolen begannen in allen Gebieten. Die deutsche Wehrmacht bereitete durch ihren „Überfall“ am 22. Juni 1941 solcher Volksvernichtung ein Ende.

Zaslawsky vermittelt uns verblüffende Einsichten, die nicht nur eine Neubewertung des Falles Katyn erfordern, sondern auch der Geschichtsschreibung, die zauderte, das „einzigartige Konzentrat von Tabuthemen“ zu entwirren.

Die enge politische deutsch-sowjetische Zusammenarbeit bedeutete für Stalin mehr „als Zeit zu gewinnen und sich auf die Auseinandersetzung mit dem Nazismus vorzubereiten“. Denn hätte Hitler den Vorschlag der sowjetischen Führung vom November 1940 angenommen und die UdSSR in den Dreimächtepakt aufgenommen, dann hätte nicht nur Europa, sondern die ganze Welt aufgeteilt werden können. Auch „das Dogma der ‚Unvergleichbarkeit‘ des NS- und Stalinregimes wäre nicht länger haltbar gewesen und die Fragwürdigkeit des ‚antifaschistischen Paradigmas‘ der Geschichtsschreibung“ offenkundig geworden.

Im Nürnberger Prozeß gegen die „Hauptkriegsverbrecher“ wurde Katyn als Verbrechen der Hitleristen gebrandmarkt. Ein „beispielloses Fälschungs- und Täuschungsmanöver“ war eingefädelt worden, um auch mit Hilfe westlicher Politiker und Historiker Katyn als deutsches Verbrechen zu verurteilen. In Moskau hatte man eine „offizielle Version“ geschaffen, untermauert mit gefälligen „Gutachten“ und „Zeugen“. Jedes Zweifeln an der offiziellen Darstellung wurde als Verharmlosung von Naziverbrechen beschuldigt und verfolgt.

Das blieb so, bis sich Gorbatschow nach langem Taktieren 1990 und Jelzin 1992 für die Tat bei Polen entschuldigten. Eine Untersuchung durch die russische Militärstaatsanwaltschaft kam in Gang und trug 183 Ordner zusammen. Von diesen erklärte der Staatsanwalt 36 zum „Staatsgeheimnis“, weitere 80 als vertraulich und geheim. Damit waren nur 67 Akten für Historiker zugänglich. 2004 wurde das Verfahren eingestellt. Die Putin-Regierung kehrte damit zum Verschweigen und zur Glorifizierung des Sowjetregimes zurück.

Aber warum halten Moskau und auch London bis heute die Aufklärung der Stalinverbrechen zurück? Verbergen sich andere Aspekte in den Archiven, Gründe, die bis in die Vorkriegsgeschichte reichen? Das Buch wirft viele kluge Fragen auf und klärt vieles. Jedoch sind einige Behauptungen unstimmig. Etwa, Norwegen sei überfallen worden, obschon die Deutschen einer Besetzung durch die Engländer und Franzosen nur um einen Tag zuvorkamen.

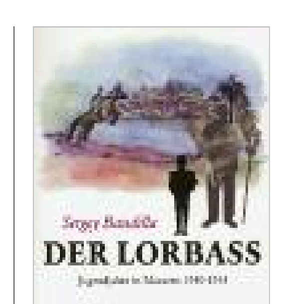
Darüber, ob es sich beim Angriff auf die Sowjetunion wirklich um einen Überfall gehandelt hat, gehen bekanntlich die Meinungen auseinander.

Um das Geschehen von Katyn ranken sich eine Vielzahl von großen Verbrechen und politische Hintergründe. Diese, die Männer und die wirklichen Zusammenhänge scheinen bis heute verborgen. *Hans-Otto Ebner*

***Victor Zaslavsky: „Klassensäuberung – das Massaker von Katyn“**, Verlag Wagenbach, Berlin 2007, 140 Seiten, 10,90 Euro*

Bildhaft

Ein Ostpreuße erinnert sich



„Oh, darf ich fragen, wie das Buch ist.“ Neugierig blickt die ältere Dame in der U-Bahn auf den Deckel des Buches, das die Frau ihr gegenüber liest. „Der Lorbaß – Jugendjahre in Masuren 1940–1945“ von Sergey Bandilla ist dort zu lesen. „Ja doch, der Autor erzählt atmosphärisch von seiner Kindheit in Ostpreußen“, so die Lesende. „Ja, ob das wohl was für meine 14jährige Enkelin ist?“ fragt die Dame nach. „Also eher nicht. Der Autor verliebt sich in seine Lehrerin und geht detailiert auf seine ersten Männerphantasien ein“, so die junge Frau. Während im Hintergrund ein männlicher Mitfahrer angesichts der „Männerphantasien“ lacht, vertieft sich die Buchinhaberin wieder in Bandillas Erinnerungen, denn auch, wenn sie vielleicht nicht für 14jährige Enkelinnen ideal sind, so zieht die bildhafte Sprache des Autors doch in ihren Bann.

„Winter ist in Masuren mehr als eine Jahreszeit. Es ist Märchen und Katastrophe zugleich, Tod und süßes Leben ... Mächtige Schneewehen haben die Fenster auf dem Hof bis zum ersten Stockwerk zugedeckt. Von innen versucht man, die Fenster mit Moos und alten Dekken gegen Zugluft zu schützen. Eisblumen schmücken die Scheiben. Der Lobaß sitzt davor, kann fantastische Märchengestalten erkennen, auch einen Igel, der einen Fuchs küßt.“

Auch der Besuch mit dem Großvater in Berlin ist dem Autor einen Bericht wert. Vergeblich war die Hoffnung der daheimgebliebenen Großmutter, die Anwesenheit des Enkels würde den alten Gutsbesitzer von Eskapaden abhalten.

Traurig ist der Schluß: Der Junge muß flüchten, doch kommt er mit seiner Trakehner-Stute nicht weit. „Der Lorbaß entkommt dem Krieg, aber nie der Erinnerung“, schreibt Bandilla. Die Tatsache, daß er seine Autobiographie nicht aus der Ich-Perspektive, sondern über sich in der dritten Person als den „Lorbaß“ schreibt, ist ein Zeichen, wie sehr ihn das Erlebte noch bewegt und er versucht, Distanz zu wahren. Mit dem Zitat „Leiden heißt leben auf eine intensivere Art“ (Rimbaud) endet das Buch. *R. Bellano*

***Sergey Bandilla: „Der Lorbaß – Jugendjahre in Masuren 1940–1945“**, BoD, Norderstedt 2007, broschiert, 147 Seiten, 10,90 Euro*

Wolfgang Lehnert
Die Russen kamen und blieben
Erlebnisse eines ostpreußischen Jungen bei Königsberg in den Jahren 1944- 1948
Als Zehnjähriger muß Wolfgang Lehnen mit seiner Familie vor der heranrückenden sowjetischen Front fliehen, um 1945 nach einigen Irrwegen ins ostpreußische Heimatdorf zurückzukehren, wo Hunger, Krankheit und Repressalien der Sieger herrschen. Für den Autor und seinen Bruder beginnt eine Zeit gefährlicher Hamstertouren nach Litauen, wo sie bettelnd über Land ziehen. Bei der Rükkkehr müssen die beiden Halbwüchsigen ihre hart erkämpfte Beute vor umherstreunenden Banden verteidigen. 1948 wird die Familie zusammen mit den anderen deutschen Bewohnern des Dorfes auf Lastwagen verladen und später mit einem Güterzug in die sowjetische Besatzungszone gebracht. Der Abschied von Ostpreußen soll für immer sein ... Der 1934 im ostpreußischen Absintkeim, Kreis Samland, geborene Wolfgang Lehnen erlernte nach dem Krieg den Beruf des Maschinenschlossers und absolvierte später in Leipzig ein Ingenieurstudium. Im Anschluß daran war er als Konstrukteur, Projekt- und Objektingenieur sowie als Bauleiter tätig. Aus gesundheitlichen Gründen mußte er seinen beruflichen Weg vorzeitig beenden.



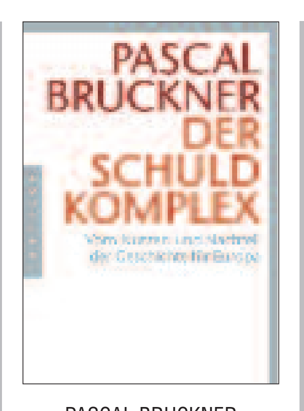
Kart., 64 Seiten
Best.-Nr.: 6588, € 6,40

Aufkleber Elchschaufel



Format:
oval 9,5 cm x 14,5 cm,
witterungs- und
UV-beständig
Best.-Nr.: 1505

statt € 1,99 nur noch € 1,49



PASCAL BRUCKNER
Der Schuldkomplex
Vom Nutzen und Nachteil der Geschichte für Europa
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 6570, € 12,95



Benjamin Barber
Consumed!
Wie der Markt Kinder verführt
Gebunden, 395 S.
Best.-Nr.: 6589, € 24,90

Masuren-Fibel
Nur mit dieser Heimat-Fibel haben die Kinder Masurens das Lesen gelernt. Die Masuren-Fibel war die einzige Heimatfibel ihrer Art für das Gebiet der grünen Wälder und blauen Seen. In das preisgekrönte Lesebuch sind deshalb auch auf besondere und liebevolle Art und Weise viele heimatkundliche Inhalte eingeflochten. Mit „Lene und Heini" haben alle kleinen Leseanfänger ihre Heimat kennen gelernt. Erklärende und lustige Geschichten, Rätsel und Kinderreime, Nekkereien, Zungenbrecher und Zungenspäße haben die heimatliche Gedanken- und Gemütswelt spielerisch vermittelt. Die Masuren-Fibel ist eine zauberhafte und einzigartige Erinnerung an die Schulzeit und an die Heimat. Erinnern Sie sich an die Geschichten vom Lindenhof, dem Butzemann oder dem dicken, fetten Pfannekuchen. Erfahren Sie von masurischen Marjellen und Jungs, vom Masuren- und Heimatland, von Schmackostern und vom Johannisfeuer oder „Was der Storch so klappert".



Reprint der Originalausgabe von 1929, Geb., 120 Seiten, durchgehend Farbabbildungen, Format: 17 x 24 cm,
Best.-Nr.: 4787, € 16,95



Manfred Neugebauer
Große illustrierte Geschichte von Ostpreußen
Geb., 280 Seiten,
Best.-Nr.: 6518, € 29,95

Manfred Neugebauer
Große illustrierte Geschichte von Westpreußen und Danzig
Geb., 258 Seiten,
Best.-Nr.: 6587, € 29,95

Wolfram Pyta
Hindenburg
Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler
Hindenburg – eine deutsche Karriere

Wolfram Pyta, der beste Kenner Hindenburgs, erzählt in seinem Buch die Geschichte einer atemberaubenden politischen Karriere, die im Kaiserreich begann, die Republik überdauerte und während der Diktatur endete. Thesenfreudig und umfassend, originell und anschaulich: Eine historische Biographie, die Standards setzt; ein Muss für jeden historisch interessierten Leser.

Geb., 1120 Seiten
Best.-Nr.: 6557, € 49,95

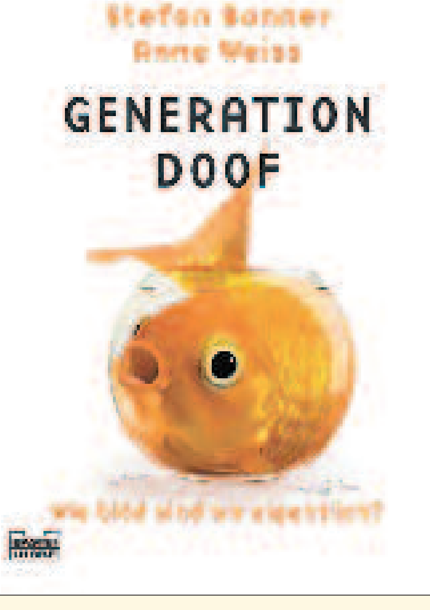


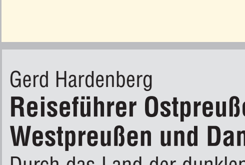
lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Väter und Bundeskanzler von morgen steht. Geschrieben haben es zwei Autoren, die mit der Generation Doof per Du sind. Denn es ist ihre eigene.
Kart., 336 Seiten
Best.-Nr.: 6596, € 8,95

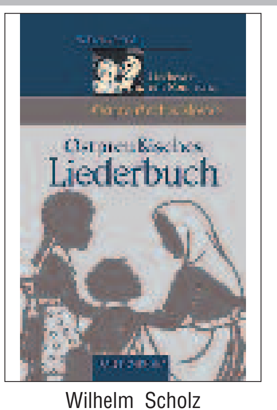
NEU

Anne Weiss/
Stefan Bonner
Generation Doof
Wie blöd sind wir eigentlich?
Niklas glaubt, der Dreisatz wäre eine olympische Disziplin. Latoya kennt drei skandinavische Länder: Schweden, Holland und Nordpol. Und Tamara-Michelle hält den Bundestag für einen Feiertag. Einzelfälle? Mitnichten. Eine ganze Generation scheint zu verblöden. Der Staatsanwalt von nebenan erzieht seine Kinder mit der Spielkonsole. Germanistikstudenten sind der deutschen Sprache nicht mehr mächtig. Eine Karriere als Popstar erscheint dem Bäckerlehrling verlockender als eine solide Ausbildung. Dieses Buch geht der Frage auf den Grund, wie es wirklich um die Mütter,





Doennigs Kochbuch
Der Küchen-Klassiker aus Ostpreußen
über 1500 Rezepte
Geb., 640 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95



Wilhelm Scholz
Ostpreußisches Liederbuch
61 Lieder (mit Notensatz)
Geb., 64 Seiten
Best.-Nr.: 4743, € 9,95

Gerd Hardenberg
Reiseführer Ostpreußen, Westpreußen und Danzig
Durch das Land der dunklen Wälder und kristallenen Seen führt dieser Reiseführer von Gerd Hardenberg mit vielen praktischen Informationen, die vollständig aktualisiert wurden. Ostpreußen bedeutet für viele Deutsche Heimat, unvergessene Erinnerungen an Kindheit und Jugend. Doch das ist nicht das einzige Motiv für eine Reise nach Ostpreußen: Eine reiche Kulturlandschaft lockt ebenso wie die einsame Natur mit ihren Seen, stillen Wäldern und weiten Feldern.
69 S/W- Abbildungen und Karten,
25 Farbabbildungen
Best.-Nr.: 3080, €14,95

Straßenkarte West-Ost-Preußen Danzig-Elbing-Thorn
Straßenkarte im Maßstab 1:200.000, 2-sprachig bis in Detail, deutsch/polnisch, separates Ortsnamenverzeichnis, deutsch-polnisch/polnisch-deutsch, separates Ortsnamenverzeichnis, abtrennbare Lupe, Innenstadtplan von Elbing
Best.-Nr.: 1277,
€ 10,90

Allenstein-Rastenburg-Lyck
Straßenkarte im Maßstab 1:200.000, 2-sprachig bis in Detail, polnisch/deutsch, separates Ortsnamenverzeichnis, polnisch-deutsch/deutsch-polnisch, abtrennbare Lupe, Innenstadtplan von Allenstein
Best.-Nr.: 1146, € 10,90



Straßenkarte Südliches Ostpreußen- Masuren

Straßenkarte Nördliches Ostpreußen mit Memelland Königsberg-Tilsit - Gumbinnen
Straßenkarte im Maßstab 1:200.000, 2-sprachig bis in Detail, deutsch/russisch kyrillisch, separates Ortsnamenverzeichnis, deutsch-russisch kyrillisch/lateinisierte Form, abtrennbare Lupe, Innenstadtplan von Königsberg
Best.-Nr.: 1145, € 10,90

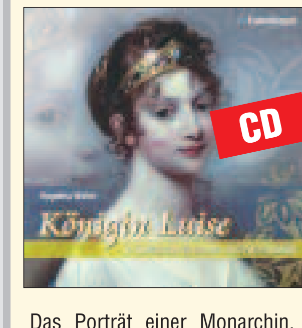
Wulf D. Wagner
Das Königsberger Schloss
Eine Bau- und Kulturgeschichte Bd. 1,
von der Gründung bis zur Regierung Friedrich Wilhelms I. (1255-1740)
Das 1255 vom Deutschen Orden gegründete Schloss zu Königsberg war die älteste Residenz des brandenburg-preußischen Staates und bis 1701 einer der herausragenden Herrschersitze Nordosteuropas. Der erste Band der Bau- und Kulturgeschichte zeichnet die Geschichte des Schlosses umfassend und erstmals anhand neu erschlossener Textquellen und Bilddokumente als Bauwerk und Hof der preußischen Herzöge und brandenburgischen Kurfürsten nach. ährend des 30jährigen Krieges wurde die Hofhaltung zeitweise von Berlin nach Königsberg verlegt. Schließlich ließ Kurfürst Friedrich Wilhelm das Schloss noch vor seinen brandenburgischen Schlössern im Stil des niederländischen Barock umgestalten. Nach seiner Krönung 1701 gab Friedrich I. den Umbau des Ostflügels in eine barocke Dreiflügelanlage in Auftrag. Mit dem Baustop durch König Friedrich Wilhelm I. 1713 endete die Geschichte des Schlosses als Residenz, doch blieb es Verwaltungsmittelpunkt der Provinz. Der reich illustrierte Band vergegenwärtigt die faszinierende Geschichte des Königsberger Schlosses anhand zahlreicher neu erschlossener Archivbestände als Bauwerk und Hof der frühen Neuzeit, wobei auch Lustgarten, Marstall, Bibliothek, Küchen und andere Bereiche der Hofhaltung erstmals in die Betrachtung miteinbezogen werden. Die erste umfassende Gesamtdarstellung der Bau- und Kulturgeschichte des Königsberger Schlosses Präsentiert neueste Erkenntnisse durch umfassende Primärquellenforschung und bisher unveröffentlichtes Bildmaterial.



Geb.,
392 Seiten
mit 41 farbigen Illustrationen,
315 S/W-Abbildungen und
2 Lageplänen,
30 Grundrisse
Best.-Nr.: 6556,
€ 76,00

CD-Empfehlung!

Angelika Waller (Sprecher)
Königin Luise in Selbstzeugnissen und Dokumenten



Das Porträt einer Monarchin, die mit Geschick und Geschmack Konventionen brach und doch ganz Kind der preußischen Verhältnisse war. Man sagte Königin Luise (1776-1810) nicht nur besondere Schönheit und Güte nach, sondern auch diplomatisches Geschick; sie galt den preußischen Reformern als Hoffnungsträgerin und wurde zum Inbegriff eines neuen Frauenbildes. Manche hielten sie aber auch für einfältig und bieder. Den Stoff für Anekdoten lieferte sie als unkonventionelle Tochter, liebende Mutter und Frau, leidenschaftliche Biertrinkerin, patriotische Königin und geschickte Diplomatin im Dienste Preußens.

1 CD, 60 Minuten
Best.-Nr.: 6569, € 12,90

Gunter Schoß (Sprecher)
Friedrich der Große in Selbstzeugnissen und Anekdoten



»Der Fürst von echter Art ist nicht da zum Genießen, sondern zum Arbeiten«, meinte Friedrich der Große und hielt sich daran. Dieser König war eine Ausnahme, das wußten schon die Zeitgenossen.Wo fand man einen Monarchen, der wie ein Eremit lebte, der aufstand, wenn andere Herrscher zu Bett gingen, der sein Vergnügen nicht im Ballsaal oder am Spieltisch suchte, sondern in geistreicher Unterhaltung in der Potsdamer Tafelrunde?



1 CD, 70 Minuten
Best.-Nr.: 6568, € 12,90



Erna Ewert, Marga Pollmann, Hannelore Müller
Frauen in Königsberg 1945 -1948
Kart., 188 Seiten, 8. Auflage, 2006, Best.-Nr.: 2812, € 12,90

Helmut Kiesel
Ernst Jünger - Die Biographie
Der Schriftsteller Ernst Jünger war eine Jahrhundertgestalt. Geboren im Kaiserreich und gestorben erst nach der Wiedervereinigung, spiegelt sein Leben wie kaum ein zweites die zentralen Wendungen und Widersprüche der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Zehn Jahre nach Jüngers Tod schildert Helmuth Kiesel lebendig und kenntnisreich Jüngers Leben und Werk im Kontext seiner Zeit.



Geb.,
720 Seiten
Best.-Nr.: 6597,
€ 24,95

Achtung! Neue
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 20/08
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4,00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

Fliegen wie die Vögel

Am 23. Mai 1848 kam Otto Lilienthal in Anklam zur Welt

Von MANUEL RUOFF

Karl Wilhelm Otto Lilienthal wurde vor 140 Jahren als erstes von acht Kindern des Kaufmanns Gustav Lilienthal und dessen Ehefrau Caroline geboren. Das elterliche Tuchgeschäft lief derart schlecht, daß die Familie den Entschluß faßte, nach Amerika auszuwandern. Da war es ein zusätzlicher wirtschaftlicher Schlag, als 1861 der Vater überraschend starb. Otto war damals gerade zwölf Jahre alt. An eine Auswanderung war nun nicht mehr zu denken. Um so größer ist das Verdienst der Mutter einzuschätzen, ihren Kindern eine gute Ausbildung zu ermöglichen. So blieb Otto auch nach dem Tode seines Vaters auf dem Gymnasium seiner Heimatstadt. 1864 schloß Otto seine Gymnasialausbildung mit der Mittleren Reife ab.

1883 baute Lilienthal seine eigene Fabrik

Schon frühzeitig zeigte sich Ottos Interesse für Technik im allgemeinen und Flugtechnik im besonderen. Bereits als Schüler studierte er fasziniert den Flug der Vögel, die ihm als Vorbild dienten, und unternahm Flugversuche und -experimente. Da verwundert es nicht, daß die 1864 beginnende technische Ausbildung Otto Lilienthal mehr entgegenkam als das allgemeinbildende Gymnasium. Nachdem er die Mittlere Reife gemacht hatte, besuchte er in Potsdam die dortige Provinzial-Gewerbeschule mit Erfolg. 1866 machte er dort das beste Examen, das je an dieser Ausbildungsstätte abgelegt wurde. Nach einem einjährigen Praktikum bei der Maschinenfabrik Schwartzkopf in Berlin setzte er seine Ausbildung mit einem Studium an der Gewerbeakademie in Berlin, aus der später die Technische Universität Charlottenburg hervorging, fort. Auch hier fiel er seinen Lehrern als weit überdurchschnittlich begabt auf. So kam er in den Genuß eines zweijährigen Stipendiums. 1870 machte er Examen mit der Note sehr gut.

Nicht nur ein Mann der Theorie: Deutschlands bekanntester Pionier bei einem seiner vielen Versuche, dem Vogelflug nahezukommen. 1893 fotografierte Ottomar Anschütz Lilienthal im Fluge. Fotos (2): Otto Lilienthal-Museum

Nach dieser Ausbildung leistete Lilienthal als Einjährig-Freiwilliger seinen Wehrdienst ab. Als Teilnehmer der Belagerung von Paris im Rahmen des Deutsch-Französischen Krieges wurde er Zeuge der spektakulären erfolgreichen französischen Versuche, per Heißluftballon den Belagerungsring zu überwinden. Lilienthal setzte jedoch weiterhin auf das Fliegen mit Flugkörpern, die schwerer sind als Luft – getreu dem Vorbild der Vögel.

Seine Berufslaufbahn begann Lilienthal als Angestellter. In der Reichshauptstadt arbeitete der junge Ingenieur nacheinander bei der Maschinenbaufirma Weber und der Maschinenfabrik C. Hoppe. Dabei erwies sich Lilienthal als kreativer und innovativer Mitarbeiter. Nachdem er vorher bereits einige Erfindungen gemacht hatte, die seinem Arbeitgeber zugute kamen, wagte er nach der Patentierung seines sogenannten Schlangenrohrkessels im Jahre 1881 zwei Jahre später mit Erfolg den Schritt in die Selbständigkeit. In Berlin baute er in seiner eigenen Fabrik leichte Dampfmaschinen auf Basis des Schlangenrohrkessels. Die Dampfkessel- und Maschinenfabrik Otto Lilienthal hatte schon bald um die 60 Mitarbeiter und unter diesem Namen bis zum Ersten Weltkrieg Bestand.



Karl Otto Lilienthal

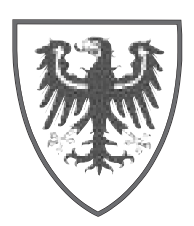
Otto Lilienthal besaß eine soziale Ader. Bereits wenige Jahre nach der Firmengründung erhielten die Arbeiter eine Gewinnbeteiligung von einem Viertel des Reingewinns. Auch war es ihm ein Anliegen, sozial Schwachen den regelmäßigen Besuch des Theaters zu ermöglichen. Sein Streben nach einer Volksbühne ließ ihn sich am Ostend-Theater in Berlin beteiligen. Er schrieb sozialkritische Bühnenstücke und sprang auch schon einmal als Schauspieler ein.

Lilienthal nutzte seine Möglichkeiten als erfolgreicher Unternehmer jedoch nicht nur für vielfältiges soziales Engagement, sondern auch zum Frönen seines Hobbys. Nachdem er 1889 sein Buch mit dem vielsagenden Titel „Der Vogelflug als Grundlage der Fliegekunst“ veröffentlicht hatte, glaubte Lilienthal sich theoretisch fit genug, nun in der Praxis mit dem Versuch der Nachahmung des Vogelfluges mit entsprechenden von ihm gebauten Apparaturen zu beginnen. Lilienthal war dabei derart erfolgreich, daß er schließlich mit seinem Hobby Geld verdienen konnte. So ging einer seiner mindestens 21 Flugapparate, der sogenannte Normalsegelapparat, 1894 bei ihm in die kommerzielle Serienfertigung. Bis 1896 wurden acht Normalsegelapparate verkauft. Für 500 Mark pro Stück wurden die Flugapparate nicht nur im Inland, sondern auch nach England, Frankreich, Österreich, Rußland, Amerika und der Schweiz verkauft. Ganz professionell wurde im Frühjahr des zweiten Produktionsjahres sogar eine Verkaufsanzeige geschaltet. Sowohl mit der Serienfertigung eines Flugzeugs als auch mit der Bewerbung eines solchen durch eine Verkaufsanzeige betrat Lilienthal absolutes Neuland. Auch auf diesem, nur indirekt mit der Flugtechnik zusammenhängendem Gebiet war der Deutsche Pionier.

Eine Sonnenbö wurde ihm zum Verhängnis

Trotz der Erfolge endete Otto Lilienthals Leben jedoch mit einem Absturz. Und das gerade mit dem mehrfach bewährten Normalsegelapparat. Am 9. August 1896 stürzte Lilienthal bei seinem letzten Flugversuch bei Stölln am Gollenberg im Rhinower Ländchen ab. Eine sogenannte Sonnenbö, eine thermische Ablösung, die er nicht aussteuern vermochte, wurde ihm zum Verhängnis. Für den Bruchteil einer Sekunde stand sein Flugapparat bewegungslos in der klaren Luft, um dann jäh in die Tiefe zu stürzen. Der Sturz aus geschätzten 15 Metern Höhe führte bei Lilienthal zu einen Bruch des dritten Halswirbels, den er nur einen Tag überlebte. Anfänglich noch bei Bewußtsein wurde der Schwerverletzte erst per Pferdewagen nach Stölln und anschließend per Bahn nach Berlin gebracht, wo er am 10. August 1896 seinen schweren Verletzungen erlag. Laut dem Augenzeugen Paul Beylich lauteten Otto Lilienthals letzten Worte: „Ich muß etwas ausruhen, dann machen wir weiter.“

Das Ostpreußenblatt



Nr. 20 – 17. Mai 2008

INHALT

Ostpreußische Familie
Ruth Geede über ihre Begegnungen beim Deutschlandtreffen 16-17



Ruth Geede

»Das Wissen um das, was war«
Wulf Dietrich Wagner wurde mit dem Kulturpreis für Wissenschaft ausgezeichnet 18

»Vergeben ja, vergessen nie«
Die Autorin Hildegard Rauschenbach wurde mit dem Kulturpreis für Publizistik ausgezeichnet 19



Laudatorin: *PAZ*-Redakteurin Silke Osman

In landsmannschaftlicher Verbundenheit
Auszüge der Grußworte von Massimiliano Lacota, Heinrich Hoch, den Sudeten und Westpreußen 20

Bayern steht zu Ostpreußen
Auszüge der Rede von Christa Stewens 21

Ostpreußische Impressionen
Deutschlandtreffen in Fotos 22



Besucher des *PAZ*-Standes

Buntes Treiben: Die Folkloregruppe Wandersleben legte sich mächtig ins Zeug.

Fotos: Sven Lambert

»Geben Sie Königsberg seinen Namen«

Appell an die neue russische Führung – Sprecher Wilhelm v. Gottberg auf dem Deutschlandtreffen

Von Klaus D. Voss

Niebusch, Kusse, Tulle, Unwillpiche / Plimball, Schuggere, Wanagruppchen,/ Kickwede, Dede, Karzamupchen / Michel, Mauschel, Dargen, Zwier / sie sind unserer Heimat Zier“ – viele im Saale sprechen den Kinderreim leise mit. Ostpreußen ist unvergessen. Was man als Kind gelernt hat, vergißt man nicht, die ostpreußischen Dorfnamen leben weiter. Die Rede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen geht ihrem Ende zu, und gleich werden 6000 Landsleute Wilhelm v. Gottberg mit heftigem Beifall für seine entschlossenen Worte danken. Viel mehr Menschen hätten nicht in die Halle 25 auf der Berliner Messe gepaßt, dem Zentrum des 19. Deutschlandtreffens der Ostdeutschen mit seinen 15000 Besuchern an Pfingstsonnabend und Pfingstsonntag.

Zuvor hatte v. Gottberg an den neuen russischen Präsidenten Medwedjew und Ministerpräsident Putin appelliert, sich dafür einzusetzen, daß Königsberg seinen alten Namen zurückerhält. Außerdem sollte die Stadt am Pregel als Sitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine angemessene Aufgabe übernehmen.

Der Blick zuvor über die Jahrhunderte preußischer und ostpreußischer Geschichte hatte die historischen Höhepunkte berührt, wissenschaftliche und kulturelle Glanzleistungen ins Licht gerückt. Und als Mahnung aus der Geschichte eine politische Großtat des preußischen Königs Friedrich Wilhelm I.: Er hatte für die aus Salzburg nach Preußen geflüchteten Menschen die Entschädigung ihres Eigentums erstritten. Und heute? Sprecher v. Gottberg beklagte die devote Haltung der Bundesregierung und hielt fest, daß die Frage der Entschädigungen auf dem Tisch bleibt.

Begonnen hatte die Großkundgebung zum Deutschlandtreffen nach der Totenehrung und dem Einzug der Fahnenstaffel mit einer bestens gelaunten Christa Stewens. Die bayerische Staatsministerin bekannte, sie habe nur einen Moment gezögert, die Festrede für dieses Ostpreußentreffen zu übernehmen – eine „Frau mit sechs Kindern und 19 Enkelkindern hätte an diesem Tag vielleicht auch etwas anderes vorhaben können“. Natürlich, denn der Muttertag fiel dieses Jahr auf Pfingsten. Pflicht bleibt Pflicht, schließlich ist Bayern seit jetzt genau 30 Jahren Patenland – und weil sich der Freistaat weiterhin zu Ostpreußen bekennt: „Die Kulturgeschichte aller Deutschen ist die Klammer unserer Nation“, meinte Christa Stewens. Und nicht nur, weil Muttertag war: Die Staatsministerin würdigte die besondere Leistung aller Frauen, die über die Leiden und Strapazen von Flucht und Vertreibung hinweg bei der oft schwierigen Eingliederung die Familien zusammengehalten hatten.

Alle Gedankengänge auf diesem Ostpreußen-Treffen laufen auf die Frage zu, wie man in der Welt ein Zeichen setzen kann, daß Vertreibungen oder ethnische Säuberungen nicht mehr hingenommen werden. Und wie ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ zu einer Stätte der Trauer und Erinnerung aufgebaut werden soll, im dem „gesagt werden darf, was wahr ist“ (Christa Stewens). Ganz im Einklang mit den Zuhörern rief die Staatsministerin aus, daß „die nationale Erinnerungskultur nicht von der Kooperationsbereitschaft der Nachbarn abhängig gemacht werden kann“. Und: Allein der Umstand, daß in den Nachbarländern noch verschiedene Deutungen zur jüngsten Geschichte existierten, zeige, wie wichtig ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ sei.

Für dieses „Zentrum gegen Vertreibungen“ lohnt es sich zu streiten. Auf der sehr gut besuchten Podiumsdiskussion am Pfingstsamstag hatten Wilhelm v. Gottberg, Oliver Dix aus dem BdV-Präsidium, Siegfried Pelz, langjähriger Kreisvertreter für Heiligenbeil, und Hans-Günther Parplies, langjähriges BdV-Vorstandsmitglied, der BdV-Präsidentin Erika Steinbach allen Respekt gezollt, wie sie unermüdlich acht Jahre hindurch das Vorhaben betrieben hatte. Bis schließlich die Bundesregierung im März 2008 zu ihrem Wort stand und die Errichtung eines „Sichtbaren Zeichens“ beschloß. Einigkeit herrschte auch in der Runde, daß man sich auch weiterhin energisch gegen die Störversuche der linken Widersacher Wolfgang Thierse, Markus Meckel oder Gesine Schwan wehren muß, damit das „Sichtbare Zeichen“ auch zu einem würdevollen Zentrum gegen Vertreibungen aufgebaut wird.

Gestritten werden kann um die Rolle, die der Staat bei dieser Gedenkstätte übernehmen soll. Auf der einen Seite Siegfried Pelz – für ihn soll das „Zentrum gegen Vertreibungen“ kein Dokumentationszentrum werden, sondern allein eine Gedenkstätte für die Opfer von Flucht und Vertreibung, „und da lassen wir uns vom Staat nicht hineinreden“.

Hans-Günther Parplies auf der anderen Seite: Es könne gar nicht genug Gedenkstätten im Land geben, zum Gedenken an die Opfer. Aber es sei Aufgabe des Staates, das „Zentrum gegen Vertreibungen“ als das Gedächtnis der Nation aufzubauen, denn sonst drohe, daß wir „die Erinnerung an die Vergangenheit verlieren“. Die nächste Generation müsse das Schicksal der Nation begreifen können. Die damals veranschlagten Kosten, heute in Euro 80 Millionen, müsse der Staat mittragen. Und das Zentrum solle auch durch einen Konsens der großen Parteien gesichert werden, damit die Entscheidung für das „Sichtbare Zeichen“ nicht bei einem Regierungswechsel umgestoßen werden könne.

Wilhelm v. Gottberg forderte zur Wachsamkeit auf, wie das „Zentrum gegen Vertreibungen“ inhaltlich gestaltet werde. Die ersten Überlegungen zum historischen Kontext seien beunruhigend, denn: „Was haben die in aller Welt bekannten Schandtaten der Nazis mit einer Gedenkstätte gegen Vertreibung zu tun?“ Natürlich müsse BdV-Präsidentin Erika Steinbach in den Gremien des Zentrum mitwirken, darüber hinaus müßten aber auch die Landsmannschaften berücksichtigt werden.

Auch Oliver Dix setzt sich dafür ein, daß neben Erika Steinbach eine angemessene Anzahl von weiteren Repräsentanten der Vertriebenen in die Entscheidungen eingebunden wird. Denn die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung hätten ein Anrecht auf eine würdevolle Darstellung der eigenen Geschichte, die „alle Zusammenhänge seit dem 19. Jahrhundert“ umfassen müsse.



Podiumsdiskussion: Was erwarten Vertriebene vom „Sichtbaren Zeichen“?

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde, was diese mir so lieb gewordene Anrede bedeutet, wurde mir jetzt anschaulich vor Augen geführt: Auf dem großen Deutschland-Treffen der Ostpreußen in Berlin. Da fanden Landsleute aus allen Gegenden Ostpreußens zueinander wie auch alte und neue Freunde unserer Heimat – und speziell unserer Ostpreußischen Familie. Ich mußte an das uralte Beutnertum unserer Heimat denken, an das Honigland, und konnte es symbolisch umsetzen: Was unsere Leserinnen und Leser so emsig zusammengetragen hatten, fand hier auf dem Informationsstand unserer Redaktion sichtbar und hörbar seinen Niederschlag: Es ging zu wie in einem Bienenstock! Und das ohne Pause. Ach, lewe Landslied und Freunde, Ihr könnt es mir glauben: Erst da wurde mir so richtig bewußt,




Die ostpreußische Familie



Ruth Geede Foto: privat

welch einen hohen Stellenwert unsere Familien-Arbeit bei allen Leserinnen und Lesern hat. All die lieben Worte, die guten Wünsche, auch spürbar in herzlichen Streicheleinheiten, die ehrliche Dankbarkeit für das Bewahren und Lebendigwerden unserer Wesensart, Kultur und Sprache, vor allem aber für das oft mühsame Suchen und Finden – das alles wurde hier lebendig und ließ in wenigen Stunden unsere Arbeit für und mit unserer Familie in ihrer ganzen Bandbreite auffächern. Und da gab es jede Menge Überraschungen, und einige will ich noch taufrisch weitergeben an unsere Leserinnen und Leser, die nicht in Berlin dabei sein konnten.

Zu denen, mit denen ich mich verabredet hatte – „Hoffentlich auf Wiedersehen in Berlin" – gehörte auch unser Landsmann **Horst Potz** aus Hannover. Das „hoffentlich" hatte ich eigentlich auf mich bezogen – jeder kennt ja mein Alter! –, aber leider war es nun Herr Potz, der nicht kommen konnte: Krankenhaus! Alle guten Wünsche, lieber Landsmann, wir holen unser Gespräch nach, denn es ist wirklich bewundernswert, wie Sie die jungen Menschen in Ihren Vortragen zum Nachdenken über Flucht und Vertreibung bewegen, weil sie aus eigenem Erleben sprechen. Dieses dunkle Kapitel aus Ihrer Jugendzeit bewegt besonders die heute Gleichaltrigen. „So ganz anders als im Schulbuch beschrieben", formuliert ein Schüler seinen Eindruck. Diese positive Resonanz von Lehrern und Schülern – „Es war für uns ein einmaliges Erlebnis, das wir nicht vergessen werden!" – zwingt zum Weitermachen. Wie Sie mir telefonisch mitteilten, liegen auch schon weitere Anforderungen von niedersächsischen Schulen vor. Also, lieber Herr Potz: Baldige Genesung und auf ein neu terminiertes Treffen – ohne „hoffentlich".

Dafür gab es für mich schon kurz nach der Eröffnung ein nicht geplantes Wiedersehen mit dem Journalisten **Eberhard Jung**, einem Urgroßneffen der ostpreußischen Dichterin **Frieda** Jung, mit dem ich vermutlich um einige Ecken verwandt bin. Sozusagen „Das siebente Wasser vom Kissehl", wie man tohuus zu sagen pflegte. Deshalb bezeichnen wir uns sehr großzügig als „Kusin und Kusine". Nicht nur das unerwartete Auftauchen des Bonner Journalisten war für mich eine Überraschung, sondern auch sein Begleiter **Klaus Marszinowski**, der mir eine taufrische Gabe überreichte: das erste Exemplar seines soeben im Husum-Verlag erschienenen Buches „Frieda Jung – Leben und Werk". Eberhard Jung und ich hatten schon lange über dieses Buch gesprochen, das er zusammen mit dem leidenschaftlichen Verehrer der Dichterin herausgeben wollte, nun haben sie es realisieren können. Der Autor legt jetzt die sorgfältig erarbeitete Biographie der Erzählerin und Lyrikerin vor, die zugleich ein Spiegelbild ihrer Zeit ist, aber auch das Heute und Morgen berücksichtigt. Das Buch ist ein Teil des Literatur- und Musikprojektes zum 80. Todestag der Dichterin im nächsten Jahr, das im Rahmen der im Herbst 2009 stattfindenden Kulturtage in Insterburg, das von den Russen „Tschernjachowsk" genannt wird, stattfinden soll. Doch darüber und über das Buch selber an anderer Stelle. Hier nur noch einmal mein herzlicher Dank für diese „Erstausgabe", ich fühle mich sehr geehrt.

Und wie man sich so trifft: Fast gleichzeitig überreichte mir unser Landsmann **Günther Lotzkat** die von ihm erstellte „Chronik der Familie Jung", in der die Familiengeschichte dieser ostpreußischen Sippe von 1798 bis 1910 akribisch dokumentiert ist. Sie beruht auf den Aufzeichnungen des 1843 geborenen **Friedrich Jung** aus der mütterlichen Linie von Günther Lotzkat. Beide Bücher werde ich genau lesen und mit meiner Ahnengeschichte vergleichen. Jedenfalls danke ich Herrn Lotzkat ebenso herzlich, einem eifrigen „Mitdenker" in unserer Ostpreußischen Familie, den ich nun endlich persönlich kennenlernte. Wie übrigens so viele Getreue, die im Laufe vieler Jahre immer wieder in unserer Kolumne genannt wurden, die nun nach Berlin gekommen waren und eine Begegnung eingeplant hatten. Leider blieb diese wegen des unerwartet regen Zustroms doch begrenzt, aber „befrunschelt" haben wir uns wenigstens, und manchmal auch etwas plachandert. Na, das ist doch schon was!

Aber auch ich konnte so manches „Dankeschön" entgegennehmen, sogar gänzlich unerwartetes. Wie das von Frau **Annelies Trucewitz** von der Kreisgruppe Goldap. Und es bestätigt meine Einstellung, daß man die Hoffnung nie aufgeben soll! Dies allen gesagt, die schon wenige Wochen nach der Veröffentlichung ihres Wunsches das Handtuch werfen, wenn noch kein Echo zu verzeichnen ist. Frau Trucewitz hatte nach den ehemaligen Besitzern des Gutes Groß-Blandau, der Familie **Mangdcziak**, gefragt, weil sie alte Aufnahmen von dem in der Gemeinde Duneiken gelegenen Gut für die Kreiskartei benötigte. Lang, lang ist's her! Nun – nach fünf Jahren! – bekam Frau Trucewitz Post aus Amerika. Die Nichte des ehemaligen Besitzers hatte erst jetzt durch Zufall das betreffende *Ostpreußenblatt* in die Hand bekommen und übersandte sofort die in ihrem Besitz befindlichen Unterlagen, die nicht nur aus Fotos, sondern auch aus Datenangaben und weiteren Dokumenten bestehen. Nun konnte diese Lücke in der Kreiskartei geschlossen werden.



Im Dialog: Ernst Fechner und Ruth Geede Fotos (2): Sven Lambert

Noch ein Dank in Form eines Buches, das Beweis für unsere erfolgreiche Familienarbeit auch als Quelle für wissenschaftliche Arbeiten ist: Die Berlinerin **Margund Hinz** veröffentlichte ihre sprachheilpädagogische Arbeit über „Die Geschichte des Sprachheilwesens in Ostpreußen – Von den Anfängen bis 1945". Profund recherchiert, wozu wohl auch Informationen unserer Leser beigetragen haben, wie ihre Widmung beweist: „Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung bei meiner Arbeit an diesem Buch, verbunden mit dem Wunsch nach weiteren erfolgreichen Aufgaben der Ostpreußischen Familie". An diese – also an Euch, lewe Landslied und Familienfreunde – kann ich nun den Dank weitergeben. Ich habe mich gefreut, diese junge engagierte Autorin begrüßen zu können.

Dank und Bitte lagen auch auf den Begegnungen in Berlin dicht beieinander. Wie bei Frau **Herta Manfraß**, die vom Rhein an die Spree kam, um ihren neuen Wunsch persönlich vorzutragen. Spät aber herzlich, wie sie selber bekundet, kam ihr Dank für die Veröffentlichung ihrer Suchwünsche nach ihrer Kusine **Erika Eichler** und ihrer Schulkameradin **Ruth Dreßler**. Es gab keine direkten Reaktionen, aber Frau Manfraß folgte meinem Hinweis auf den Kirchlichen Suchdienst, und da stellte sich der erste Erfolg ein, der aber leider bitter schmeckte: Die Kusine war bereits 2002 verstorben. In Bezug auf Ruth Dreßler bekam Frau Manfraß die Infor-

„Unsere Familie" auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Spurensuche auf dem Deutschlandtreffen

Begegnungen, Information und Kunst und Kultur, standen im Mittelpunkt des diesjährigen Deutschlandtreffens. Für so manchen Besucher gab die Begegnung mit der ostpreußischen Kultur ganz neue Anstöße zum Beispiel für eine Spurensuche.

Immer mehr junge Menschen interessieren sich für die eigene Geschichte. „Meine Eltern haben sich nach dem Verlassen ihrer ostpreußischen Heimat nie wieder mit ihrer Vergangenheit beschäftigt, doch mich interessiert schon, woher unsere Familie stammt und wie meine Eltern lebten", sagt Petra Wermke. Die 47jährige ist zum ersten Mal auf einem Deutschlandtreffen der Ostpreußen. Eine Freundin und deren Eltern, die Petra Wermke zum Treffen begleitete, hat die junge Frau motiviert, nach ihren eigenen Wurzeln zu suchen. Auf dem Deutschlandtreffen konnte sich Petra Wermke einen ersten Eindruck vom Leben und der Kultur ihrer Eltern und Großeltern machen. „Ich weiß auch nicht, warum ich mich nicht früher für unsere Familiengeschichte interessiert habe. Ich hoffe nur, daß ich noch Ansatzpunkte finde. Das Deutschlandtreffen ist ein großartiger Anlaß einen Anfang zu machen".

Auf reges Interesse stieß auch das Programm auf der Aktionsbühne. Professor Christopher Herrmann hatte seinen Lichtbildvortrag „Mittelalterliche Architektur im Preußenland" mit informativen Fakten gespickt.



Familienforschung: Junge Leute fragen ältere nach Verwandten.

Im Königsberger Gebiet blieben nach dem Zweiten Weltkrieg 70 Prozent der mittelalterlichen Bauten unversehrt. Auf polnischem Gebiet blieben 83 Prozent historischer Bauwerke in Takt. Schlimmer sieht es auf der russischen Seite aus, nur 18 Prozent der Bauwerke blieben erhalten.

Den Grund für den Verfall der historischen Bauten auf russischer Seite sieht Herrmann im staatlich verordneten Atheismus in der ehemaligen Sowjetunion. 37 Prozent mittelalterlicher Burgen, Klöster und Kirchen wurden nach 1945 ruiniert. Die architektonischen Kostbarkeiten wurden als Silos, Garagen oder Lagerräume genutzt und verfielen.

Ein Besuchermagnet in der Halle 3.2 war die Ausstellung „Bernstein und Keramik aus Cadinen". Neben feinster in Handarbeit entstandener Figuren und Schmuckschatullen konnten die Besucher auch die berühmten Keramiken und Majolika bewundern.

Der Hingucker allerdings war der über 100 Kilogramm schwere „Liegende Löwe", eine Gartenplastik, die vor 100 Jahren in Cadinen entstand.

Der Löwe überstand Krieg, Flucht und Vertreibung, landete schließlich in Lübeck.

Doch das Schwergewicht birgt ein Geheimnis. Auf welchem Wege die Plastik nach Westdeutschland kam, wollte uns niemand verraten.

mation, daß diese verheiratet sei und „**Schiron**“ hieße. Leider konnte die Anschrift nicht ermittelt werden, und so bittet unsere Leserin, daß wir noch einmal suchen, und diesmal nach einer Ruth Schiron geborene Dreßler, * 1927 in Königsberg, Die Familie wohnte im Schweizer Grund, Ruth besuchte die Luther-Schule und soll nach Kriegsende in Königsberg verblieben sein. 1947/48 wurden Ruth und ihre Mutter ausgewiesen und haben dann in Leipzig gewohnt. Später soll Ruth in die Schweiz gezogen sein, vermutlich nach Altdorf. Dort hat Frau Manfraß bereits in den 80er Jahren nachgefragt, aber ohne Erfolg. Also: Wer weiß von ehemaligen Nachbarn oder Bekannten, ob und wo Ruth Schiron, geborene Dreßler heute lebt? Für jeden Hinweis wäre ihre ehemalige Schulfreundin Herta Manfraß sehr dankbar. (Herta Manfraß, Winterberger Straße 5, 51109 Köln, Telefon 02 21 / 8 90 84 93.)

Sie stand vor mir in einem zauberhafter Tracht, blau wie die See, die weiße Bluse rot und blau gemustert wie Mohn und Kornblumen in einem samländischen Roggenfeld. Als sie sagte, sie käme aus Estland, dachte ich, es sei die Tracht des Landes. Sie schüttelte den Kopf und sagte in hartem Dialekt: „O nein, es ist das Kleid meiner Heimat, die samländische Tracht!“ Und dann erzählte sie mir ihre Geschichte: In Königsberg geboren, als Zweijährige nach Litauen mitgeschleppt, dort als „Wolfskind“ gelebt, dann von einer lettischen Familie adoptiert und nach Lettland gekommen, dort lebt sie noch heute in einem kleinen Dorf. Aber sie liest jetzt die *PAZ / Das Ostpreußenblatt* mit Begeisterung und hat somit Verbindung zu den Menschen ihrer Heimat. Ihr Name: **Anne Rekkaro**. Geboren wurde sie als **Roswitha-Anne Browarczyck** in Königsberg, die Familie wohnte in der „Villa Luise“, Hermannallee 14. Das Haus wurde 1944 von den Bomben getroffen, die Eltern fanden mit ihren sechs Kindern Unterkunft im Keller des Gebäudes der Landwirtschaftskammer in der Beethovenstraße. Das hat Anne erst später erfahren, sie selber hat natürlich keine Erinnerung mehr an ihre Heimatstadt, aber sie ist schon zweimal dort gewesen, zuletzt im vergangenen Jahr, und hat nach der „Villa Luise“ gesucht, die nach dem Krieg wieder aufgebaut wurde. Unter dem Anstrich soll deutlich „Villa Luise“ zu lesen sein. Anne möchte nun auf jeden Fall beim nächsten Besuch in Königsberg ihr Geburtshaus wiederfinden und fragt deshalb, ob jemand von unseren Leserinnen und Lesern etwas über dieses Haus und seine Lage weiß und ihr Hinweise geben könnte. Die Hausnummern in der Hermannallee dürften heute anders sein als früher. Gewünscht ist auch ein altes Foto von der „Villa Luise“, vielleicht läßt sich auch ein solches in unserer Leserschaft finden. Anne Rekkaro würde sich jedenfalls sehr, sehr freuen. Das wäre ein schöner Erfolg ihres Besuches des Berliner Treffens. (Anschrift: Anne Rekkaro, Ahnepere-Tooma, Lipametsa Küla, Post Raikküla Side, 78402 Raplamaa, Estonia / Eesti, E-Mail: ahnepere@hot.el.)

Die Ostpreußen-Tracht! Bunt war das Bild in den Hallen, bunt wie unser Heimatland im ostpreußischen Sommer. Und sie ist kostbar, vor allem, wenn man sie mit reichem Bernsteinschmuck trägt. Vielleicht hat der Anblick den Wunsch mancher Besucherin geweckt, auch ein ostpreußisches Trachtenkleid zu besitzen. Für diese hat Frau **Dorothea Blankenagel** ein günstiges Angebot vorgelegt: Sie möchte sich von ihrem Samland-Kleid trennen. Es ist grün und in Größe 44. Näheres ist bei unserer aus Neuhausen stammenden Landsmännin zu erfragen. (Dorothea Blankenagel, Heerstraße 59, 47053 Duisburg, Telefon: 02 03 / 2 16 77.)

Da hatte ich gerade in der letzten Ausgabe über eine der erfolgreichsten Leserfragen berichtet, und ich zeigte gerade Interessenten für unsere „Ostpreußische Familie“ die betreffende Zeitungsseite – da standen plötzlich die Auslöser dieser Aktion vor mir. Herr **Klaus Staschko**, der auf einem Weihnachtsmarkt die Künstlerpostkarte mit dem Motiv und der – sich dann als falsch herausstellenden – Bezeichnung „Flüchtlings-Treck im Februar 1945“ erstanden und sie **Frau Ute** Eichler geschenkt hatte, und die Empfängerin selber. Wir haben dann alle Drei über den unerwarteten Erfolg dieser kleinen Leserfrage diskutiert, denn nicht nur ich, sondern auch Frau Eichler hatte jede Menge Zuschriften erhalten, und die Aktion ist wohl noch nicht zu Ende. „Niemand“, so zogen wir vereint Fazit, „aber auch wirklich niemand hätte mit solch einer Reaktion gerechnet.“ Und daß Frau Eichler nun auch den ebenfalls von Herrn Staschko geschenkten Markenblock „Trachtengruppen“ – mit der bis dahin fehlenden Marke mit dem ostpreußischen Trachtenpaar – komplett besitzt, ist ebenfalls unserer Familie zu verdanken.

Jeder erfüllte Wunsch erweckt Hoffnung und damit neue Fragen. Die brachten viele Besucher mit zum Treffen, und dankenswerterweise waren die meisten meiner Anregung gefolgt, mir diese schriftlich zu übergeben, weil im Trubel der Veranstaltung vieles falsch oder fehlerhaft notiert wird. Was man eben schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen. Habe ich auch getan, und so ist mein Wunschkrepsch wieder prall gefüllt. Ein paar kleine Suchfragen sollen unsern ersten Familienbericht vom großen Treffen abrunden.

Da ist die von Herrn **Rudi Merkschien** aus Witten. Er sucht Nachbarskinder aus seiner Königsberger Jugendzeit, die er bisher nicht finden konnte. Es handelt sich um die Geschwister **Ursula Klein**, * 1925, und **Gerhard** Klein, * 1926, vom Ludwigswalder Weg 17 in Speichersdorf-Rosenau. Wer weiß, wo sie geblieben sind? (Rudi Merkschien, Durchholzer Straße 16, 58456 Witten.)

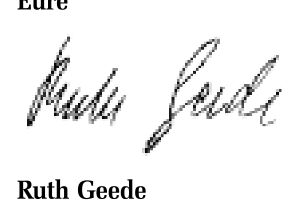
Ein großer, bisher nie erfüllter Wunsch von **Marga Naujoks** ist ein Foto von ihrem Vater, denn ihre Familienbilder sind – wie bei so vielen Vertriebenen – verloren gegangen. Es handelt sich um den Rittmeister **Gottlieb** Naujoks, * 1863, der später in der Kanzlei des Landratsamtes in Preußisch Eylau tätig war. Vielleicht gibt es aus dieser Zeit noch Aufnahmen. Daß er auf grausame Weise 1946 umgekommen ist, weiß seine Tochter. Sie wäre sehr glücklich, wenn sich noch alte Aufnahmen – auch aus seiner Militärzeit – finden sollten. (Marga Naujoks, Marie-Curie-Allee 106, 10315 Berlin, Telefon 0 30 / 5 29 16 34.)

Vor drei Jahren hat **Frau Helga Syska** beim damaligen Ostpreußen-Treffen versucht, ihre Wünsche vorzubringen – leider hat es nicht geklappt. Aber diesmal konnte sie mir ihre präzise formulierte Frage samt Unterlagen persönlich übergeben. Und so bringe ich gleich ihren Wunsch, für sie wirklich der letzte Versuch, denn von allen zuständigen Organisationen, die sie angeschrieben hat, erhielt sie negative Auskünfte. Ob unsre Veröffentlichung allerdings zum Erfolg führen wird, ist fraglich.

Frau Syskas Vater **Rudolf Dzwonek**, * 27. April 1902 in Piasutten, Kreis Ortelsburg, wurde im April 1945 von seinem Heimatort Seenwalde (Piasutten) von den Russen verschleppt. Wohin? Das letzte Lebenszeichen hatte seiner Ehefrau **Ida** Dzwonek geborene Burbulla ein Mitverschleppter übermittelt: **Gustav Kolpatzik** wurde im Oktober 1946 aus russischer Gefangenschaft (Nord Pol) entlassen und teilte ihr mit, daß ihr Mann so geschwächt sei, daß er die weite Reise nach Deutschland nicht antreten konnte oder durfte. Der russische Arzt hätte gesagt, sobald Rudolf Dzwonek gesund sei, würde er nachkommen. Das ist aber wohl nicht geschehen. Weder das Deutsche Rote Kreuz noch der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge besitzen irgendwelche Unterlagen.

Das ist alles, was die Tochter weiß. Sie ist heute 73 Jahre alt und möchte nun endlich die Gewißheit haben, wann und wo ihr Vater verstarb und wo seine letzte Ruhestätte ist, so daß sie vielleicht doch einmal an seinem Grab stehen kann. Vielleicht können ehemalige Mitgefangene etwas aussagen. Ich weise in diesem Zusammenhang noch einmal auf den Suchdienst der Liga für Russisch-Deutsche Freundschaft in Moskau hin. Zwar sind dort nicht alle, aber viele Unterlagen über die in russischer Gefangenschaft Verstorbenen vorhanden. Daß es auch negative Auskünfte geben kann, mußte mir leider ein Besucher des Treffens mitteilen, der dort vergeblich geforscht hatte. Auf der anderen Seite sind aber gute Erfolge zu melden. (Hier noch einmal die Anschrift: Suchreferat der Liga für Russisch-Deutsche Freundschaft, Marosseika-Straße 7/8 – 27 A/Nr. 190, 101000 Moskau, Telefon / Fax 00 70 95 / 2 06 84 67, E-Mail: suchreferat.moskau@telsycom.ru.) Wer sich an Frau Syska wenden will, schreibe bitte an Helga Syska, Schmaler Weg 21, in 46562 Voersde

Eure



Ruth Geede



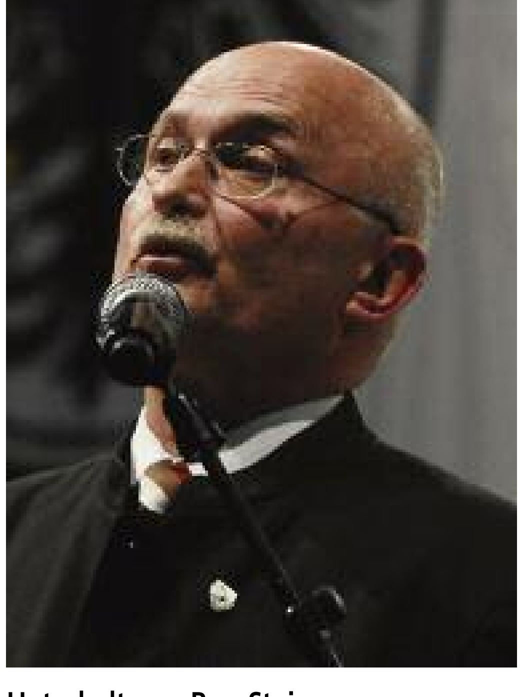
Hochbetrieb: Ruth Geede bestürmt von Besuchern des Deutschlandtreffens

Fotos (3): Sven Lambert

Lebendige Kulturarbeit über alle Grenzen hinweg

Er hatte sich für die Tracht entschieden. „Wenn nicht beim Deutschlandtreffen der Ostpreußen, wann denn dann?“ fragte sich Wolfgang Freyberg, seit 1985 Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen im Deutschordensschloß Ellingen, und so trat er am Sonnabend bei der feierlichen Eröffnung des Deutschlandtreffens, in der schmucken weißen Hose mit der dunklenblauen Jacke an einen Kapitän erinnernd, vor sein Publikum, das er dann auch sogleich aufklärte und darauf verwies, die Tracht sei die Samlandtracht aus Karmitten. Mit launigen Worten erzählte er von der Arbeit in Ellingen und von den Bemühungen, auch über die Grenzen hinaus zu wirken. „Seit Beginn der 1990er Jahre sind wir in großem Umfang vor Ort in Ostpreußen tätig“, so Freyberg. „Ob in Memel, Königsberg und Allenstein – um nur einige Orte zu nennen – die grenzüberschreitende Kulturarbeit ist ein wesentlicher Aspekt unserer Arbeit. Sie ist sehr erfolgreich und trägt in hohem Maß zur weiteren Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn bei.“

Wie lebendig die Kulturarbeit über alle Grenzen hinweg sein kann, zeigten die kulturellen Veranstaltungen an diesem ersten Tag des Deutschlandtreffens in Berlin. Begonnen hatte alles mit dem Auftritt der Folkloregruppe Wandersleben im BdV Thüringen. In einem bunten Programm



Unterhaltsam: BernStein



Sprach zum Auftakt: Wolfgang Freyberg

brachten sie ostpreußisches Brauchtum in Wort, Lied und Spielen dem Publikum nahe, das bald auftaute und in Erinnerungen schwelgte. Als dann noch eine Polka von Johann Strauß erklang, zuckte so manch altes Bein im Rhythmus mit, und die karge Ausstattung der Messehalle war schnell vergessen. Stimmungvoll ging's auch am späten Nachmittag zu, als BernStein sein Publikum in den Bann zog. Mit ins Programm genommen hatte er eine Gruppe junger Schülerinnen aus dem ostpreußischen Guttstadt, die deutsche Lieder und Schlager mit viel Frische zu Gehör brachte. Da übersah man dann gern den kleinen Patzer, als sich das angekündigte Ermlandlied als der Grand-Prix-Hit „Ein bißchen Frieden“ von Nicole entpuppte. Neben den Marjellen aus Guttstadt waren auch Schüler aus Bartenstein und der schon bekannte Chor aus Heydekrug mit im Progrann.

BernStein brachte Altbekanntes aus seinem Repertoire, aber auch Neues. Neu war vor allem die Idee, die Lieder mit Fotos auf großen Videowänden zu „untermalen“. Schon bei der ersten getragenen Melodie von Paul Raffel ließen Fotos vom Treck und von der Flucht so manchem das Blut in den Adern gefrieren. Doch BernStein gelang es schnell, die Stimmung ins Positive zu drehen, so daß ein wunderschöner Tag ebenso schön ausklang.

os

»Das Wissen um das, was war«

Laudatio: Wulf Dietrich Wagner wurde mit dem Kulturpreis für Wissenschaft ausgezeichnet

Nur das Wissen, um das, was war, kann uns zeigen, wie zu formen sein wird und wie nicht; die Formen der Landschaft sind wiederzuentdecken, das Wachsen aus dem Boden, der Geschichte zu neuer Kultur", hat Wulf Dietrich Wagner in einer seiner frühen Veröffentlichungen einmal geschrieben. Dieses Motto scheint über dem Leben des Mannes zu stehen, der in diesem Jahr ausgezeichnet werden soll. „Das Wissen um das, was war", danach hat Wulf Dietrich Wagner stets gestrebt. Und so hat er mit seinem unermüdlichen Wirken gezeigt, daß nicht alles verloren ist, daß nicht alles verschüttet wurde durch die Willkür der Menschen.

Wulf Dietrich Wagner wurde am 10. Mai 1969 in Mannheim geboren. Er wuchs in Oedingen auf und besuchte das Gymnasium in Bonn-

Bereits als Schüler geforscht

Bad Godesberg. Bereits als Schüler begann er mit seinen Forschungen zu pommerschen und ostpreußischen Bauernhöfen und Gutshäusern und veröffentliche erste Ergebnisse in den Periodika der ostdeutschen Kreisgemeinschaften. Nach dem Abitur und der Bundeswehr nahm er 1989 sein Architekturstudium an der Technischen Hochschule in Karlsruhe auf, das er 1996 mit einer selbstgewählten Diplomarbeit zum Wiederaufbau der Dominsel in Königsberg erfolgreich abschloß. 1995 erfolgte sein Umzug nach Berlin.

Eine Anstellung als Architekt in einem großen Ingenieurbüro gab er nach kurzer Zeit wieder auf, um sich fortan ausschließlich seinen grundlegenden Forschungen zur ostpreußischen Gütergeschichte widmen zu können. Dies geschah und geschieht unter Zurückstellung eigener wirtschaftlicher Interessen. In der Wochenzeitung *Das Ostpreußenblatt* und in den Heimatbriefen der ostpreußischen Kreisgemeinschaften veröffentlichte Wagner Aufrufe, in denen er die Bewohner der Güter – vom adeligen Rittergutsbesitzer bis hin zu den Instleuten – aufrief, ihm Informationen über das alltägliche Leben auf den Gütern und insbesondere über die Inneneinrichtungen der Häuser zu übermitteln. Auf dieser Grundlage fertigte er maßstabsgetreue Rekonstruktionszeichnungen an, die mit ihren detaillierten Hinweisen zur Inneneinrichtung und zum Haushalt ein getreues und in dieser Form vollkommen neues Bild der hohen Wohnkultur in den ostpreußischen Gutshäusern vermittelte.

Aus Anlaß des Preußenjahres 2001 konnte er erstmals einem größeren Publikum mit der Ausstellung „Stationen einer Krönungsreise – Schlösser und Gutshäuser in Ostpreußen" und dem gleichnamigen gedruckten Katalog die Ergebnisse seiner Forschungen vorstellen. Diese Ausstellung war unter anderem auch 2002 beim Deutschlandtreffen der LO in Leipzig zu sehen. In der Folgezeit widmete er sich im Rahmen seiner Promotion der Erforschung des Königsberger Stadtschlosses. Eine erweiterte Fassung der Dissertation ist erst vor wenigen Wochen als Buch erschienen. Der 1. Band, herausgegeben von der Stadtgemeinschaft Königsberg und der Stiftung Königsberg im Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, behandelt die Zeit

Menschen und ihre Geschichte

von 1255 bis 1740, also von der Gründung bis zum Regierungsende Friedrich Wilhelms I. 2005 wurde Wagner zum Dr. phil. promoviert. Im selben Jahr erschien sein im Auftrag der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil angefertigtes über 500 Seiten starkes Buch „Die Güter des Kreises Heiligenbeil" und später seine ähnlich umfangreiche Publikation „Kultur im ländlichen Ostpreußen. Menschen, Geschichte und Güter im Kreis Gerdauen".

Es gibt wohl keine Region im deutschsprachigen Raum, deren Gütergeschichte so umfassend und exemplarisch erforscht ist wie die ostpreußische. Dieses Verdienst kommt allein Wulf Dietrich Wagner zu, der Ostpreußen in den Mittelpunkt seines Interesses stellte, weil nirgends sonst alles, was Menschenhand und -geist schuf, so systematisch zerstört wurde.

„Überall mahnen Ruinen, doch wen stört die Klage?", so fragte der Architekturhistoriker sich und schritt zur Tat. Das Bild einstiger blühender Kulturlandschaft vor Augen, entstanden „ein Gefühl trauriger Verbundenheit" und die wertvollen Dokumentationen, immer mit dem unbestechlichen Blick auf die Zeit zwischen Gestern und Heute, zwischen Baugeschichte und Erhaltung und mit der Hoffnung auf neues Bauen und Wiederaufbau. Die Landsmannschaft Ostpreußen verleiht Dr. Wulf Dietrich Wagner in Anerkennung seiner einmaligen Verdienste zur Erforschung der ostpreußischen Baugeschichte den Kulturpreis für Wissenschaft 2008. *Silke Osman*

Erforscher ostpreußischer Baugeschichte: Wilhelm v. Gottberg überreicht Wulf Dietrich Wagner die Ehrung. Foto: Sven Lambert

Anstatt auf Archive zurückzugreifen, Wissen der Erlebnisgeneration ausschöpfen

Wir stehen fasziniert vor einer großartigen Kulturlandschaft, die in Jahrhunderten unter oft ungeheuren Mühen von den Generationen vor uns geformt worden ist und heute bis zur Unkenntlichkeit vor allem im nördlichen Ostpreußen zerstört ist. Je tiefer wir in die Geschichte Ostpreußens eindringen, je mehr Güter und Orte wir erfassen – mit ihrer reichen Kultur, ihren familiären Zusammenhängen, ihrem Aufbau, Verfall und nach Katastrophen stets neuem Aufbau –, um so tiefer erkennen wir das weite kulturelle Netzwerk, das sich zwischen den abgelegendsten Orten und den größeren Zentren der Kultur wie Königsberg oder Berlin spannte.

Ostpreußen war nicht aus der Welt, sondern es war stets eingebunden in die preußisch-deutschen, in die europäischen Kulturzusammenhänge. Und es gab seit dem Mittelalter Ereignisse, durch die sogar seine überregionale Bedeutung wahrgenommen wurde, etwa der glänzende Wiederaufbau im Ersten Weltkrieg, die letzte große Kulturleistung der Provinz, der damals alle Architekturzeitungen Beachtung schenkten und die sogar von einem türkischen Minister besichtigt wurde.

In diese hier natürlich nur kurz angedeuteten Leistungen und Zusammenhänge waren alle Ihre Vorfahren eingebunden, vom Gutsherrn, Bürger, Bauern bis zum einfachen Gutsarbeiter, der für die tägliche Pflege des Landes verantwortlich war. Und wir wissen, was aus einer Landschaft wird, bei der diese sorgende Pflege wegfällt.



Setzt auf Zeitzeugenberichte: Wulf Dietrich Wagner Foto: Sven Lambert

Die Aufgabe unserer gemeinsamen Arbeit ist es, diese Eingebundenheit jeder einzelnen Familie und jedes Ortes in die Geschichte mit vielen kleinen Details des Lebens und Wirkens unserer Vorfahren aufzuzeichnen und für kommende Generationen zu bewahren.

Zuletzt noch etwas zu der Annahme, es sei doch schon alles gesagt zu Ostpreußen. Das Preußische Staatsarchiv in Berlin bewahrt einen gewaltigen Aktenbestand, der für die einzelnen ostpreußischen Kreise so gut wie noch nicht durchgearbeitet worden ist. Als nächstes wird eine zweibändige Arbeit zum Kreis Gerdauen erscheinen, in welcher der kleinste Kreis Ostpreußens nicht nur mit Daten und Fakten dokumentiert wird, sondern in dem er in den größeren kulturgeschichtlichen Rahmen der preußisch-deutschen Geschichte gestellt wird.

Dabei lege ich großen Wert darauf, daß diese Kulturgeschichte nicht für den kleinen Kreis der Fachwelt geschrieben wird, sondern für Sie alle, denn in Ihre Familien, in die Hände Ihrer Nachfahren gehören in meinen Augen die Forschungen von uns Historikern, dafür sollten wir forschen und schreiben, denn es ist Ihre Geschichte und Kultur ...

»Vergeben ja, vergessen nie«

Die Autorin Hildegard Rauschenbach wurde mit dem Kulturpreis für Publizistik ausgezeichnet

Die Flucht" oder „Die Gustloff" waren Fernsehfilme aus jüngster Zeit, die ein großes Publikum erreicht haben. Plötzlich spricht man über die Schicksale deutscher Zivilisten während des Zweiten Weltkrieges. Während in der Öffentlichkeit lange Zeit ein Mantel des Schweigens über dieses Thema gebreitet wurde, hat eine Frau schon viel früher das Wort ergriffen und von den Schicksalen deutscher Mädchen und Frauen berichtet, die im Zweiten Weltkrieg als Zwangsarbeiterinnen in die Sowjetunion verschleppt wurden.

Hildegard Rauschenbach, geborene Mischke, erblickte am 15. März 1926 das Licht der Welt auf dem elterlichen Bauernhof in Dickschen, Kreis Pillkallen. Das fröhliche Kind, das immer zu Streichen und allerlei Schabernack aufgelegt war, wie sie heute mit einem Schmunzeln zu erzählen weiß, besuchte die Dorfschule – für mehr reichte das Geld der Eltern nicht. Als eine Tante das junge Mädchen 1942 dann nach Königsberg holte, wo sie sich zur Musiklehrerin ausbilden lassen wollte, war Hildegard begeistert – die große Stadt, die Musik, die sie für ihr Leben liebte …

Dieser Traum aber mußte bald begraben werden: Im Januar 1944 kehrte sie nach Hause zurück, um den Eltern auf dem Hof zur Seite zu stehen; der älteste Bruder war gefallen. Im Oktober des selben Jahres mußte die Familie vor der herannahenden Roten Armee flüchten. Über Wehlau gelangte sie in den Kreis Karthaus – dort schlug das Schicksal dann unerbittlich zu: Hildegard wurde verschleppt und mußte im fernen Sibirien dreieinhalb Jahre lang Zwangsarbeit leisten. Unvorstellbare Lebensumstände, Hunger, Kälte, Heimweh, harte Arbeit standen im Lager Schadrinsk auf der Tagesordnung … Erst 45 Jahre später gelang es ihr, sich diese Erlebnisse von der Seele zu schreiben. In dem Buch „Lager 6437, Ich war verschleppt nach Sibirien" schildert sie ihre entbehrungsreiche Zeit im Lager. Entstanden ist ein Buch ohne Anklage, das eindrucksvoll belegt, wie sehr es Hildegard Rauschenbach gelungen ist, trotz ihres schweren Schicksals ein lebensbejahender Mensch zu bleiben. Inzwischen liegt ihr Erinnerungsbuch in erweiterter Form auch in russischer Sprache vor. Zu Schadrinsk und den heute dort lebenden Menschen hat Hildegard Rauschenbach einen intensiven Kontakt aufgebaut.

Historische Wahrheit als Aufgabe: Wilhelm v. Gottberg würdigte Hildegard Rauschenbachs Engagement. Foto: Sven Lambert

„Vergeben ja, vergessen nie" ist ihr Leitsatz bis heute, den sie auch immer wieder in Vorträgen an Schulen oder in Gesprächen mit Studenten aus aller Welt mit Leben erfüllt hat. Als eine der ersten hat sie die Schicksale deutscher Frauen und Mädchen in sowjetischer Gefangenschaft publik gemacht. Dank ihrer Initiative wurde durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge im Jahr 2000 auf dem Berliner Standortfriedhof in der Lilienthalstraße eine Nachbildung des Gedenksteins für die verschleppten deutschen Frauen und Mädchen aufgestellt, der zuvor in Schadrinsk am Gemeinschaftsgrab deutscher Mädchen und Frauen errichtet worden war. Im November 2001 wählte man Hildegard Rauschenbach im Rahmen der zentralen Gedenkstunde des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge im Berliner Reichstag als Sprecherin der Zeitzeugen aus. 2002 wurde ihr, nicht zuletzt wegen ihrer Verdienste um eine Völkerverständigung zwischen Russen und Deutschen auf der Grundlage der historischen Wahrheit, das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Über viele Jahre war Hildegard Rauschenbach, die seit 1950 mit ihrer Familie in Berlin lebt, auch in landsmannschaftlichen Gremien aktiv, so im Vorstand der Landesgruppe Berlin und in der Berliner Gruppe der Kreisgemeinschaft Schloßberg. Immer wieder hat sie auch zur Schreibmaschine gegriffen, um das dörfliche Leben in ihrer Heimat anschaulich zu schildern. Ihre Bücher „Zuhause in Pillkallen", „Marjellchen wird Berlinerin", „Koddrig und lustig" und „Marjellchen plachandert wieder" erfreuen eine große Lesergemeinde. Nicht zu vergessen ihre Beiträge in der Wochenzeitung *Das Ostpreußenblatt*. Ihre Lieder, die sie vertont hat – mittlerweile sind es über 50! – und die sie lange Jahre auch selbst live vorgetragen hat, finden nun auf Musikträgern ihre Zuhörer. Mit ihrem Einsatz für das heimatliche Plattdeutsch in der von ihr ins Leben gerufenen Berliner Gruppe Ostpreußisch Platt hat Hildegard Rauschenbach darüber hinaus Akzente gesetzt. In Würdigung ihrer außergewöhnlichen Leistungen und ihrer Verdienste um eine Völkerverständigung zwischen Russen und Deutschen auf der Grundlage der historischen Wahrheit hat die Landsmannschaft Ostpreußen Hildegard Rauschenbach den Kulturpreis für Publizistik verliehen. *Silke Osman*

»Dieses wunderbare geliebte Land gab uns die Kraft«

Sichtlich bewegt ergriff Hildegard Rauschenbach das Wort, um der Landsmannschaft Ostpreußen und speziell deren Sprecher, Wilhelm v. Gottberg, zu danken:

„In den zurückliegenden Jahren hielt ich des öfteren auch Vorträge in Schulen und christlichen jungen Gemeinden, wo danach junge Menschen, mich bewundernd anschauend, sagten: ‚Sie sind eine starke Frau!' Wenn ich es denn war, was hat mir, ja, was hat uns die Kraft gegeben, liebe Landsleute? – War es unser weites, stilles Land mit seinem schwarzen fruchtbaren Acker, in dem unsere Wurzeln gründeten und dessen Früchte wir aßen?

Waren es die Roßgärten mit den blanken Poggenteichen, die lichten Blaubeerwälder, die unsere Augen blickten, der herbe Duft der Ähren, die der Wind uns zutrug? Oder waren es die Tiere des Hofes, die uns vertrauten, denen unsere Zuwendung galt und die wir jederzeit streicheln konnten? Wir brauchten keinen Teddybären zum Einschlafen, eine Katze kam immer zum Kuscheln.

Alles mußten wir verlassen. Das Land konnte uns nicht begleiten. Aber – und dessen bin ich heute sicher – dieses wunderbare geliebte Land hat uns seine in ihm wohnende Kraft mitgegeben! Wie wohl hätten wir sonst alles Leid und die Last, die uns aufgezwungen wurde, verkraften können? Und wir haben es dem Land mit unserer Treue gedankt; sonst wären wir heute nicht hier! Und es gäbe auch keine LO!



Stolze Ostpreußin: Hildegard Rauschenbach Foto: Sven Lambert

Ich habe für mich noch nie das Wort ‚Stolz' in Anspruch genommen. Heute benutze ich es: Ich bin stolz darauf und bekenne, eine Tochter dieses Landes zu sein und dankbar für die Gabe, Erinnerungen wachhalten und vermitteln zu können. ‚Erinnerung ist nicht die Pflege der Asche, sondern das Wahren der Glut, aus der der Funke springt!' Lassen wir den Funken zünden und geben unsere Erinnerung weiter an die, die nach uns kommen und wissen wollen, wie man im Land ihrer Väter und Mütter gelebt hat."

In der ihr eigenen Art schloß Hildegard Rauschenbach ihre kurze Ansprache mit einem Gedicht, das sie schon vor 20 Jahren zu Papier gebracht hatte, das aber, so die Preisträgerin, „in unsere heutige Zeit, die von Menschenverachtung, Geld- und Machtgier geprägt ist, paßt":

Bliev een Mensch

Doa stride sich de Professore
Ob moal de Mensch
als Oap gebore,
Ob he v'leicht e Fesch
moal weer
Oder ob een andret Deer.
Eck meen,
dat es doch nicht so wechtich
Ob dat eene
oder andere rechtich.
Best du als Mensch
een Mensch gebläwe
Dat es dat Wichtigste em Läwe.

In landsmannschaftlicher Verbundenheit

Auszüge der Grußworte von Massimiliano Lacota, Heinrich Hoch, den Sudetendeutschen und Westpreußen

Verehrte zivile und religiöse Autoritäten, sehr geehrte Damen und Herren,
im Namen der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen, aber auch im Namen der aus Istrien vertriebenen Italiener möchte ich Sie sehr herzlich und brüderlich begrüßen.

Ich danke der Landsmannschaft Ostpreußen und ihrem Sprecher, Herrn Wilhelm von Gottberg, für die Einladung, die ich mit großer Freude angenommen habe.

Es ist für mich eine Ehre, heute am Deutschlandtreffen der Ostpreußen teilzunehmen, denn dies ist eine sehr wichtige Gelegenheit der Begegnung, die über das fröhliche Beisammensein hinaus, so wie andere ähnliche Veranstaltungen – wie die der Sudetendeutschen zum Beispiel – vor allen Dingen ein unmißverständliches Zeugnis für den Fortbestand des Unrechts und für die Rechtsverletzungen darstellt, die ganzen Volksgruppen zugefügt wurden und auch heute, 60 Jahre nach dem Ende des blutigen Zweiten Weltkrieges, noch immer zugefügt werden.

Nationalismus, Totalitarismus und Diktaturen, monströse und sadistische, ganze Völker betreffende Vertreibungs- und Vernichtungspläne haben auf diabolische und irrwegige Weise Denken und Handeln verbrecherischer Regierungs- und Staatsoberhäupter geprägt und die Zerstörung von Kulturen, von Traditionen, von Sprachen und Mundarten bewirkt, die das Ergebnis jahrhundertelanger menschlicher Arbeit waren.

Nun da in Europa die Waffen schweigen, der Kalte Krieg beendet und auch die letzte – die kommunistische – Diktatur, besiegt ist, nun da trotz vieler Schwierigkeiten und nicht weniger Widersprüche von neuem die Aussicht auf ein friedvolles Zusammenleben an Boden gewinnt, müssen wir über das Geschehene nachdenken und von Grund auf einen nicht länger aufschiebbaren Prozeß der wahren Befriedung unter den Völkern Europas einleiten.

Dieser Prozeß kann nur vom Respekt und der Wiederherstellung der zwei Rechte ausgehen, auf denen die westliche Zivilisation im wesentlichen basiert: dem Personenrecht (habeas corpus) und dem Eigentumsrecht (ius proprietatis), zwei Grundsteinen des Rechtswesens, die im Fall von über 25 Millionen europäischer Flüchtlinge und ihrem Personen- und Eigentumsrecht verletzt wurden und weiterhin verletzt werden.

Aus dieser Erkenntnis heraus ist im Dezember 2007 die Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen entstanden, zu deren stetiger Konsolidierung auch die Landsmannschaft Ostpreußen einen entscheidenden Beitrag geleistet hat, und die einen anderen, nicht einen alternativen, sondern einen komplementären Weg darstellt, die Rechtsmittel der europäischen Institutionen zu erschließen und zu nutzen ...

Hierzu gilt es, allgemein verfügbare Mittel zu nutzen, um mit Hilfe neuer Strategien und des Zusammenschlusses von Millionen von Flüchtlingen Europa heute in die Verantwortung zu nehmen, denn Europa kann aus seiner gegenwärtigen Bewegungslosigkeit nur dann herausfinden, wenn es sich mit seinem eigentlichen, realen, nicht länger ignorierbaren und prioritären internen Problem konfrontiert: der überzeugten Verpflichtung für eine rasche und vernünftige Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit für alle jene Bürger, die Diskriminierungen erleiden. Nur so kann Europa der Welt gegenüber beweisen, daß es seine Glaubwürdigkeit zurück gewonnen hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, dies ist ein legitimes, unantastbares und heiliges Recht und Europa muß die Kraft und den Mut haben, es wieder herzustellen, denn die Flüchtlinge und Vertriebenen können nicht länger hinnehmen, daß auf einen ungerechten Krieg auch eine ungerechte Nachkriegszeit und vor allem ein ungerechter Frieden folgt.

„Ostpreußen bleibt" ist das Motto dieses 60. Treffens.

Die Gerechtigkeit und die Wahrheit siegen immer ist unser aller Motto. Ich danke Ihnen.

Dr. Massimiliano Lacota, Generalssekretär der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV)


Aus Italien angereist: Massimiliano Lacota Fotos (2): Sven Lambert

Sehr geehrter Herr von Gottberg! Liebe Landsleute! Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Im Namen der Mitglieder des Verbandes der Deutschen Gesellschaften im südlichen Ostpreußen übermittle ich Ihnen die herzlichen Grüße der Landsleute aus unserer gemeinsamen Heimat. Wir danken Ihnen für Ihre Einladung zum diesjährigen Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Berlin, die wir als Ausdruck der engen, freundschaftlichen Verbundenheit werten. Zugleich möchte ich die Gelegenheit nutzen, um Ihnen auch für die langjährige vielfältige Unterstützung in den verschiedenen Bereichen und Formen für die in den Heimatkreisen lebenden Landsleute zu danken, mit der Sie nicht nur die Teilnahme an den Treffen ermöglichen, sondern auch soziale und andere Hilfe leisten ...

Wir leben heute in einer Staatengemeinschaft der Europäischen Union, in der seit dem vergangenen Jahr auch die Grenze zwischen Deutschland und Polen geöffnet ist. Gegenseitige Besuche sind dadurch völlig problemlos geworden. Das war vor einigen Jahren noch nicht vorstellbar ... Damit ist Ostpreußen mit seinen südlichen Landkreisen den Landsleuten, die dort nicht mehr wohnen, näher gerückt. Wir alle können jetzt die von unseren Vorfahren geschaffenen Städte und Dörfer, die von ihnen gestaltete und von uns geliebte Landschaft mir ihren Feldern und Wäldern durchwandern und zu Gast sein bei den Menschen, die jetzt dort leben. Sie werden als Gäste freundlich aufgenommen und können mit ihnen Ostpreußen als gemeinsame Heimat erleben.

Bemühen wir uns als heutige Staatsbürger Deutschlands oder Polens verstärkt darum, in unseren Ländern das Wissen über Ostpreußen vor 1945 zu vertiefen, wachzuhalten und zu verbreiten. So bewahren wir nicht nur das Andenken an unsere Vorfahren und die Erinnerung an die Geschichte und Kultur Ostpreußens als Teil der europäischen Kulturgeschichte, so tragen wir auch dazu bei, daß Ostpreußen in der Zukunft unauslöschlich bleibt und weiterlebt. Dieses ist auch ein wesentlicher Bestandteil der Völkerverständigung und unser Auftrag, ist zugleich Grundlage für unser Leben als heutige deutsche Minderheit in Polen, deren Minderheitsrechte geachtet werden und deren Verhältnis zu den Kommunalbehörden vielerorts freundschaftlich ist.

Wir sind als neue Mitglieder der EU aufgerufen, den Blick nach vorne zu richten und uns auf unsere gemeinsame Verantwortung für die Zukunft Ostpreußens zu besinnen.

Ostpreußen lebt und wird in dem Maße seinen festen Platz in einem künftigen geeinten Europa haben, wie wir uns gemeinsam der Geschichte und dem großen historischen Erbe dieses Landes als Auftrag und Verpflichtung zu seiner Gestaltung für künftige Generationen annehmen. Nur so kann ein solides Fundament für das zukünftige Haus Europas, das Europa des Friedens, geschaffen werden. Unsere Kinder und Enkel sollen hineinwachsen in eine Welt, in der nie wieder Menschen aus ihrer Heimat vertrieben werden, eine Welt, in der die Menschen und Völker ohne Furcht und zwang zusammen leben können.

Am 2. August findet in Osterode in Ostpreußen das diesjährige Sommerfest auf dem Gelände am Bismarckturm statt.

Ich lade Sie alle sehr herzlich ein, an dieser Veranstaltung teilzunehmen, und hoffe, Sie recht zahlreich als unsere Gäste empfangen zu dürfen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, wünsche uns allen schöne und erlebnisreiche Stunden hier in Berlin und sage „Auf Wiedersehen im August in Osterode / Ostróda, der Perle des Oberlandes.

Heinrich Hoch, Vorsitzender des Dachverbandes der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

Verehrte Ostpreußen,
zum Treffen Ihrer Landsmannschaft an Pfingsten 2008 in Berlin entbiete ich Ihnen und Ihren Landsleuten im Namen der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, aber auch persönlich Grüße der Verbundenheit und Solidarität. Neben dem politischen Mahnruf an Deutschland und Europa mögen von Ihrem Bundestreffen auch Impulse der Hoffnung und Durchhaltekraft an Ihre Landsleute und alle deutschen Heimatvertriebenen ausgehen!

Bei dieser Gelegenheit danke ich Ihnen im Namen unserer Volksgruppe für Ihr vorbildliches und unerschütterliches Eintreten für die Rechte und Interessen nicht nur Ihrer ostpreußischen Landsleute, sondern auch der deutschen Heimatvertriebenen schlechthin nunmehr auch auf europäischen Ebene. Ihr Beispiel ist Verpflichtung auch für uns Sudetendeutsche, der wir im Begriffe sind zu entsprechen. Die Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft und ihr Präsident stehen dabei an Ihrer Seite ...

Dr. Werner Nowak, Präsident der Sudetendeutschen Landsmannschaft und Bundesversammlung

Sehr geehrte Ostpreußen,
... Ich möchte ... auf diesem Wege alle Teilnehmer am großen Ostpreußen-Treffen in Berlin herzlich grüßen. Ostpreußen und Westpreußen verbindet nicht nur eine unmittelbare geographische Nachbarschaft, sondern es sind auch die aus der Zeit des Deutschen Ordens im Mittelalter stammenden gemeinsamen geschichtlichen Wurzeln. Daraus hat sich dann im Verlauf der langen Geschichte Preußens eine enge Verbundenheit der beiden östlichsten Provinzen Deutschlands und ihrer Bewohner zwischen Weichsel und Memel entwickelt. Schließlich verbindet uns auch das leidvolle Schicksal des erlittenen Heimatverlustes in der jüngsten Geschichte – aber auch der Wille, der Heimat im Osten stets die Treue zu halten.

Blicken wir nach vorn: Hoffen wir auf ein gut nachbarschaftliches Miteinander in der Gemeinschaft der europäischen Völker und auf eine gute Entwicklung im Europa der Zukunft.

In landsmannschaftlicher Verbundenheit
Ihr Siegfried Sieg, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Westpreußen

---

Wort der Jugend: »Die Zukunft Ostpreußens liegt in unseren Händen«

Sehr geehrte Damen und Herren, im Namen der ostpreußischen Jugend begrüße ich alle Ostpreußen aus Nah und Fern zum diesjährigen Deutschlandtreffen in Berlin.

Unser gemeinsames Motto: „Ostpreußen bleibt" ist für die ostpreußische Jugend Botschaft und Auftrag zugleich.

Der Bund Junges Ostpreußen wird als Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen diesem Motto treu dienen.

Der Bund Junges Ostpreußen fährt seit vielen Jahren nach Ostpreußen und organisiert mit der Jugend in der Heimat Pfingstlager, Sommerfahrten und Adventstreffen. Heimatkunde und das Bewußtsein für das Land zu entwickeln leiten uns bei unseren Fahrten ebenso wie das Erleben von Gemeinschaft. Dabei binden wir sehr intensiv unsere ostpreußische Jugend aus der Heimat mit ein.

Die heutige Jugend in der Mitte Europas ist in Freiheit und Wohlstand aufgewachsen. Der Eiserne Vorhang Europas ist in einer Europäischen Union ohne Grenzen gewichen.

Wer hätte vor 20 Jahren geglaubt, daß die Mauer hier in Berlin fallen würde oder das Polen gleichberechtigtes Mitglied in der Europäischen Union wird. Gerne würden wir in eine Zeitmaschine steigen, um eine Reise in die Zukunft Ostpreußens zu machen. Wird unsere Hauptstadt eines Tages wieder den Namen Königsberg tragen und wird die Demarkationslinie mitten durch Ostpreußen eines Tages Geschichte sein?

Die junge Generation von Deutschen, Polen, Litauern und Russen hat keinen Grund, einander zu hassen – sie hat ein Land namens Ostpreußen, das sie für immer verbindet. In diesem Sommer werden wir beispielsweise mit einem polnischen Verein zusammenarbeiten, da wir an einem Ostpreußen der Zukunft arbeiten.

Zur gemeinsamen Arbeit gehört Wahrheit und Wahrhaftigkeit und da muß man sich alles sagen können, und wir sagen daher: Wenn die damals an der Vertreibung beteiligten Staaten die größte Vertreibung im 20. Jahrhundert als gerechte Strafe für Deutschland ansehen – dann ist das falsch.


Stefan Hein

Wir können mit Steinen Mauern bauen oder Brücken bauen. Laßt uns gemeinsam für Ostpreußen mit unseren Nachbarn stabile Brücken bauen.

Daher fordere ich die Politiker in Deutschland zu einem Richtungswechsel auf. Das politische Berlin richtet stets seinen Blick in den Westen.

In unseren Schulen lernen wir Englisch und Französisch. Hinzu kommt der intensive Schüleraustausch zwischen Deutschland und Frankreich.

Die Vertreter der Politik in Deutschland müssen sich für Ostpreußen verantwortlich fühlen und sich im Einvernehmen mit Polen, Litauen und Rußland gemeinsam für Ostpreußen einsetzen.

In Nikolaiken gibt es eine Gräfin-Dönhoff-Schule, in der das deutsche Abitur gemacht werden kann. Solche Schulen brauchen wir in Ostpreußen.

Und gleichzeitig sollten wir einmal nachdenken, warum wir nicht in der Schule Polnisch oder Russisch lernen sollen.

In den letzten 60 Jahren haben sich die ostdeutschen Landsmannschaften mit dem Dachverband BdV zu einer „Spezialeinheit für Menschen- und Heimatrecht" entwickelt.

Wir wollen als Jugend immer ein offenes Ohr haben für die Erlebnisse der Großelterngeneration, um uns immer wieder bewußt zu werden, in welch einer glücklichen Zeit wir leben dürfen.

Der Bund Junges Ostpreußen ist fest entschlossen, die ostpreußische Idee und die Landsmannschaft Ostpreußen in das 22. Jahrhundert hineinzuführen. Ein Ostpreuße muß nicht in Ostpreußen geboren sein – ein Ostpreuße muß sich zu Preußen bekennen. Denn auch in naher und weiter Zukunft heißt unser Motto „Ostpreußen bleibt".

Es lebe Ostpreußen! **Stefan Hein**

Bayern steht zu Ostpreußen

Auszüge der Rede von Christa Stewens

Zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen rufe ich Ihnen ein herzliches Grüß Gott aus Bayern zu!

Ich freue mich, Ihnen die herzlichen Grüße der Bayerischen Staatsregierung, allen voran die unseres Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein, überbringen zu dürfen. Der Bayerische Ministerpräsident spricht traditionell in dieser Stunde zu den Sudetendeutschen. Die Stellvertretende Ministerpräsidentin spricht heute zu Ihnen. Als Herr v. Gottberg im jüngsten unserer regelmäßigen Gespräche die Bitte an mich herantrug, an Ihrem heutigen Treffen teilzunehmen, habe ich sofort Ja gesagt. Die Bayerische Staatsregierung bekennt sich zu den Ostpreußen!

Der Freistaat Bayern ist das älteste gewachsene Land Deutschlands. Wir haben unsere Tradition und Identität bewahrt – und mit ihnen den unverkürzten Blick auf historische und kulturelle Zusammenhänge. In allen Wechselfällen der Nachkriegszeit war für uns die Kultur und Geschichte aller Deutschen die gemeinsame Klammer unserer Nation. So wird es bleiben. Auch um das zu bekräftigen, bin ich bei Ihnen.

Dieses Deutschlandtreffen steht im Zeichen zweier Jubiläen. Vor 60 Jahren wurde die Landsmannschaft Ostpreußen gegründet. Nicht immer hat man derartige Zusammenschlüsse fair behandelt. Deswegen muß man betonen: Das Wirken der Landsmannschaften ist ein untrennbarer Teil der Geschichte unseres Landes.

Es waren die Landsmannschaften, die nach dem Krieg Millionen Vertriebene durch Zusammenführung und Betreuung vor dem Absturz in Isolation und Hoffnungslosigkeit bewahrt haben. Sie haben ihren Landsleuten in bedrängter Zeit Beistand, Orientierung und Geborgenheit vermittelt. Für die Entfaltung unserer Demokratie ohne innere Krisen war das ein entscheidender Beitrag.

Mehr noch, unser Rechtsstaat verdankt dem Eintreten der Landsmannschaften wie der Ihren für die Menschenrechte und gegen Rechtsverwirrung dauerhafte Impulse und bleibende Mahnung. Vergessen wir nicht, daß die Charta der Vertriebenen, jenes in allen Ausführungen zukunftsweisende Dokument aus dem Jahr 1950, auf dem Boden landsmannschaftlichen Handelns zustande kam!

Sie haben nicht nur entscheidend am Wiederaufbau Deutschlands mitgewirkt. Sie haben auch in allen Wechselfällen der Nachkriegsgeschichte unbeirrt an der Einheit der deutschen Nation festgehalten.

Kein Ort ist geeigneter als die deutsche Hauptstadt, Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, hierfür Respekt und Dankbarkeit zu bezeugen. Sie haben Anspruch auf die Solidarität aller Deutschen! Bayern steht zu den Ostpreußen!

Damit bin ich beim zweiten Jubiläum. Vor 30 Jahren hat die Bayerische Staatsregierung die Patenschaft für die Ostpreußen übernommen. Von Ministerpräsident Goppel vollzogen, von Franz-Josef Strauß über Edmund Stoiber bis Günther Beckstein mit Leben erfüllt, haben wir es mit einem Obhutsverhältnis zu tun, das uns dauerhafte Verpflichtung ist. Wir werden diese Patenschaft deshalb auch mit einem Festakt in der Münchner Residenz würdigen.

Unsere Verbundenheit mit den Ostpreußen geht auf die „vielfältigen jahrhundertealten historischen und kulturellen Bindungen zwischen Bayern und Ostpreußen“ zurück, wie es in der bayerischen Patenschaftsurkunde heißt.

Seit Siegfried von Feuchtwangen 1309 die Hochmeisterresidenz des Deutschen Ordens von Venedig in die Marienburg verlegte, spielten in Ostpreußen bayerische Geschlechter eine maßgebliche Rolle. Von den 34 Hochmeistern des Ordens kam fast jeder zweite aus Bayern, Franken und Schwaben. 1525 hat der letzte Hochmeister, Albrecht von Brandenburg-Ansbach, den Ordensstaat in das weltliche Herzogtum Preußen umgewandelt. Unvergessen bleibt die „Münchner Ostpreußenhilfe“, der älteste landsmannschaftliche Zusammenschluß ostpreußischer Bürgerinnen und Bürger in Bayern aus dem Jahr 1915 …

In dieser Tradition steht unsere 1978 begründete Patenschaft. Mittelpunkt der ostpreußischen Kulturarbeit in Bayern ist das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. Diese Einrichtung im beeindruckenden Schloß des Deutschen Ordens ist ein Kind Ihrer Landsmannschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das Zentrum hat sich zu einer leistungsstarken Einrichtung entwickelt, die intensive Arbeitskontakte zu polnischen, russischen und litauischen Einrichtungen unter anderem in Allenstein, Königsberg und Memel unterhält …



Christa Stewens: Staatsministerin und Stellvertreterin des bayrischen Ministerpräsidenten

Das zusammenwachsende Europa – und besonders seine Mitte – werden noch längere Zeit eine Phase der Selbstfindung durchlaufen. Diese beginnt naturgemäß beim Eigenen. Auch wir Deutschen haben Anlaß, uns darüber klar zu werden, wie wir verantwortlich mit den großen Einschnitten des Jahres 1945 umgehen: mit der kollektiven Enteignung und Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus dem damaligen deutschen Staatsgebiet, aber auch aus ihrer Heimat in den angrenzenden und übrigen Gebieten sowie mit dem Verlust des gesamten Kulturbesitzes in Ost- und Westpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien und Pommern.

Namen wie Kant, Balthasar Neumann, Eichendorff, Caspar David Friedrich, Schopenhauer oder Gustav Mahler stehen für unwiederbringliche kulturelle Kraftfelder unseres Volkes …

Hier ist unsere Identität berührt, und wir müssen bewahren, was dort seinen Ursprung hatte. Es gibt nun einmal keine Vertreibung, die sich gleichzeitig um die Pflege der Hinterlassenschaft sorgt. Aber darum geht es. Was also haben wir, was hat Europa zu tun? …

Jedes Volk muß seine europäischen Wurzeln pflegen. Wo vertrieben wurde, bedarf es besonderer Anstrengungen. Daher darf die Vergegenwärtigung unseres nationalen Kulturerbes im Osten kein Nischendasein fristen!

Nehmen wir den gesetzlichen Auftrag ernst. In Deutschland, wo so viele Millionen Vertriebene leben, ist der Kulturparagraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes die letzte Klammer, die mit tausend Jahren Kultur und Geschichte unseres Volkes im Osten Verbindung hält. Vermitteln wir selbstbewußt und der Wahrhaftigkeit verpflichtet den gewaltigen Beitrag der Deutschen aus dem Osten zur deutschen und europäischen Kultur und Geschichte! …

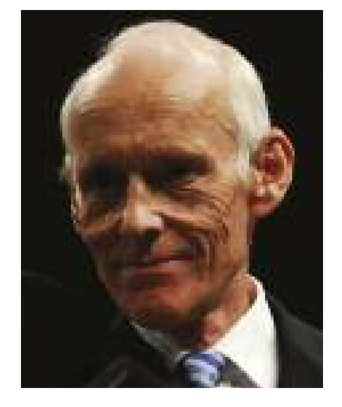
Von Preußen müssen wir wieder lernen, in langfristigen Dimensionen zu denken und dabei zielorientiert zu handeln. Preußen existiert in uns fort. Sein Territorium ist heute aufgeteilt unter Litauen, Rußland, Polen und Deutschland. Gemeinsam stehen sie in Verantwortung für ein lebendiges Vermächtnis. Daran zu erinnern und dafür zu werben, werden wir in Bayern nicht nachlassen. Die erste Verpflichtung aber liegt bei uns Deutschen selbst. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Danke!

Das diesjährige bundesweite Berliner Begegnungstreffen der Ostpreußen ist Geschichte. Es war gelungen, harmonisch und gut besucht. 60 Jahre nach Gründung der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) folgten über 18 000 Landsleute der Einladung des Bundesvorstandes und kamen zum Wiedersehen auf die Messe nach Berlin.

Der Bundesvorstand dankt allen Ostpreußen und den Freunden Ostpreußens für ihren Beitrag zum Gelingen des Deutschlandtreffens.

Wir danken den Damen und Herren Kreisvertretern und ihren Vorständen. Gleiches gilt für die Landesgruppenvorsitzenden mit ihren Führungsgremien. Ein Ostpreußentreffen ohne die Mitwirkung der ostpreußischen Frauenkreise kann nicht gelingen. Deshalb sind sie mit ihrer Bundesvorsitzenden in den Dank eingeschlossen.



Wilhelm v. Gottberg

Die ostpreußische Jugend hat sich hervorragend beim Deutschlandtreffen mit dem Wort der Jugend durch ihren Bundesvorsitzenden sowie der Organisation und Durchführung des Fahneneinmarsches und ihrem attraktiven Stand eingebracht. Auch ihr gilt unser Dank.

Dank sei auch den ostpreußischen Vereinigungen gesagt, stellvertretend seien genannt die „Agnes Miegel Gesellschaft“ und die Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen.

Wir danken den Mitwirkenden an den Gottesdiensten und an der Podiumsdiskussion.

Ohne die Mitwirkung unseres Patenlandes Bayern und der Festrede der Stellvertretenden Ministerpräsidentin Bayerns, Frau Staatsministerin Stewens, hätte dieses Deutschlandtreffen nicht gelingen können. Auch Ihr gilt ein von Herzen kommendes Danke.



W. v. Gottberg

Der Abdruck der Rede von Wilhelm v. Gottberg erfolgt in der nächsten *PAZ*-Ausgabe.

»Unsere Toten sind bei uns, in unseren Herzen«

Ein jeder darf die Heimat lieben,
sofern die Heimat ihm geblieben;
falls wer geflüchtet, falls vertrieben,
so darf er nicht die Heimat lieben,
wie könnt' er sich, fürwahr, erfrechen,
von seiner Heimat noch zu sprechen,
sich gar auch noch nach ihr zu sehnen,
an Heimkehr denken, dies erwähnen!

Silesius alter, 1990

Ich bitte Sie nun, sich von den Plätzen zu erheben, um uns in Ehrfurcht zu verbeugen vor allen Toten aller Völker, aller Zeiten. Insbesondere gedenken wir in Würde der Toten unseres Volkes wie unserer Heimat.

Wir gedenken aller Toten, die in 700jähriger Geschichte in ostpreußische Erde gebettet wurden. Mögen ihre Gräber auch eingeebnet und verwahrlost, aufgebrochen und geschändet worden sein – sie bleiben uns nah, denn sie gehören uns, wie wir ihnen gehören.

Wir gedenken der Mütter und Väter, der Kinder, Jugendlichen und Greise, die im Kriege, auf der Flucht, bei der Vertreibung, bei der Verschleppung wie in den Arbeits- und Elendslagern an Erschöpfung umkamen und ermordet wurden.

Wo auch immer sie ihre letzte Ruhe fanden, an den Wegen von Flucht und Vertreibung, in Häusern und Luftschutzkellern, im Eise des Haffes oder den Tiefen der Ostsee, sie sind nicht vergessen.

Ihr Tod ist Mahnung an uns Lebende, stets die Bestie in uns Menschen in Schach zu halten mit den Waffen der Wahrheit, der Wahrhaftigkeit, des Rechts und der Nächstenliebe. In besonderer Ehrfurcht gelten unsere Gedanken den gefallenen Soldaten, die im Kampf für Volk und Vaterland, speziell unsere Heimat Ostpreußen, ihr Leben hingaben. Sie gelten den tapferen und aufopferungsvollen Seeleuten der Handels- und Kriegsmarine, die bei der größten Rettungsaktion der Geschichte über zwei Millionen Menschen über See vor der Kriegsfurie in Sicherheit brachten.



Die Toten geehrt: Wolfgang Thüne, stellv. Sprecher der LO Fotos: Sven Lambert

Ihr aller Heldenmut, ihre selbstlose Opferbereitschaft wird uns stets unvergessen bleiben.

Es muß uns als Deutsche schmerzlich berühren, daß ihr Idealismus und ihre gehorsame Pflichterfüllung dem Staat gegenüber brutal und herzlos mißbraucht wurden. Aber – so Papst Benedikt XVI. – „das entehrt die jungen Menschen nicht, in deren Gewissen nur Gott hineinschauen kann. Und jeder steht einzeln mit seinem Weg und seinem Sterben vor Gott, in dessen barmherziger Güte wir alle unsere Toten geborgen wissen.“

Die Toten fragen uns: Was tut ihr für den Frieden? Sie warnen vor einem Staat, der die Fundamente des Rechts verliert, der seine christlichen Wurzeln abschneidet. Die Toten mahnen uns: Nur wenn wir Gott in unsere Welt hineinlassen, in unseren Herzen Heimat geben, kann die Erde hell, kann die Erde menschlich sein.

Tot ist nur, wer vergessen ist. Unsere Toten sind bei uns, in unseren Herzen – sie mahnen uns zum Frieden.



Singgruppe „Spieldose“: Die polnischen Schülerinnen aus Guttstadt sangen deutsche Lieder.



Plachanderstunden: An den Tischen der Heimatkreise wurden Erinnerungen ausgetauscht.



Bernstein: Das ostpreußische Gold





Ausstellung: Bezaubernde Bernsteinfiguren

Musikalische Umrahmung: Orchester vor Ort

Handarbeiten: Dagmar Adomeit präsentiert Brauchtumspflege.



Skudden: Lamm Klaus fand sogar eine Patin.



Die Reden wurden aufmerksam verfolgt: Fast jeder Platz war in der Halle besetzt.



Im Gespräch mit den Mitarbeitern der *PAZ*: Viele nutzten den direkten Kontakt. Fotos: Sven Lambert

Königsberg im Blick

Laudatio aus Anlaß der Verleihung des Preußenschildes an Dr. Herbert Beister

Am 30. Dezember 1924 erblickte Herbert Beister in Königsberg das Licht der Welt. Wie fast alle dieses Jahrgangs wurde auch er – kaum 17 – von der Schulbank zum Militär eingezogen. Er wurde Pilot und Jagdflieger. Nach Kriegsende kam Herbert Beister in amerikanische Gefangenschaft, aus der er glücklicherweise nach wenigen Monaten entlassen wurde. Nach Zwischenstationen in München und Oldenburg, dort fand er seine Familie wieder, erwarb er als Autodidakt die Hochschulreife. Er studierte in Darmstadt und Oldenburg und schloß das Studium als Diplomingenieur für Bauwesen – Fachrichtung Tiefbau – erfolgreich ab.

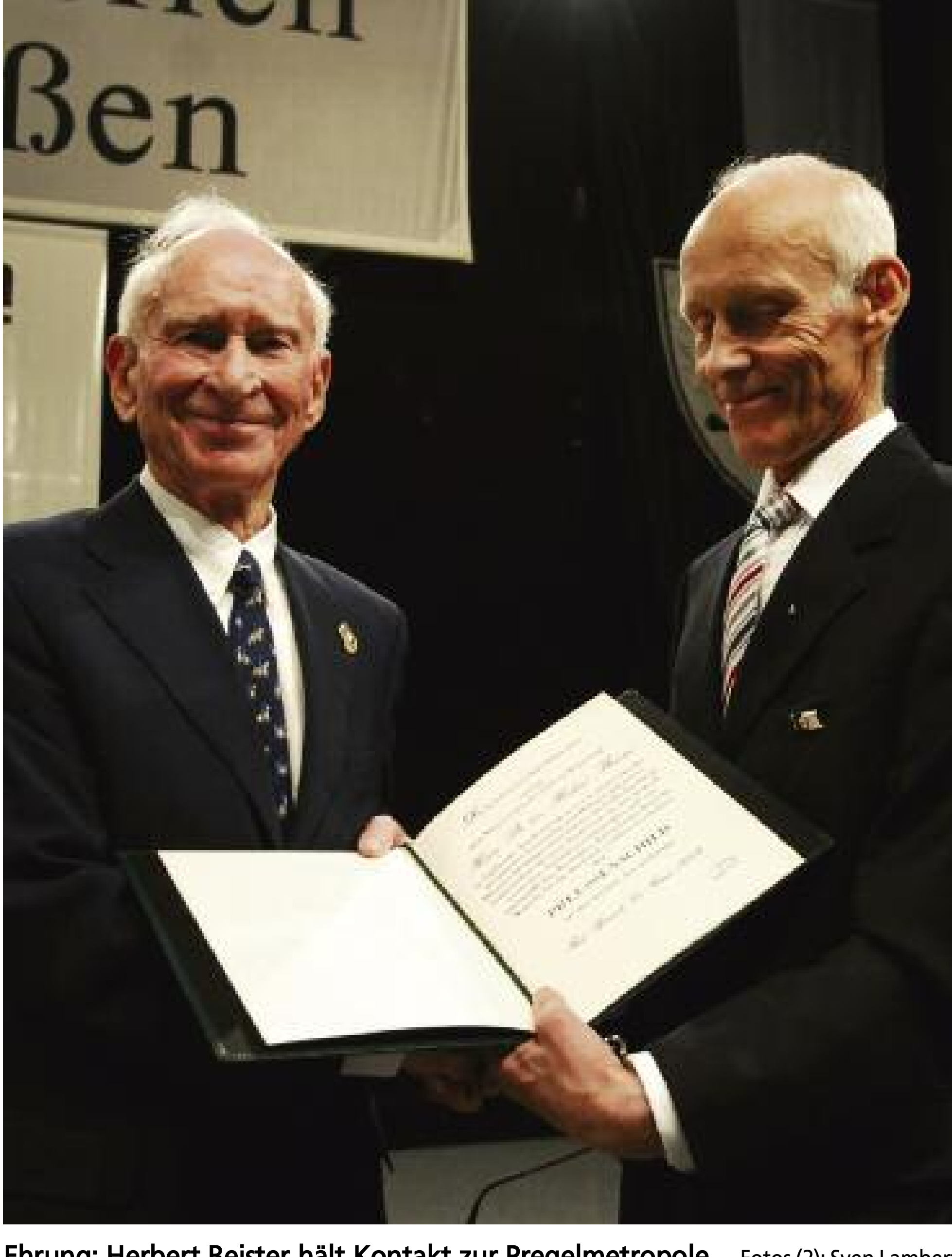
Beisters Berufsweg führte ihn zunächst nach Duisburg. Hier beteiligte er sich sehr erfolgreich am Wiederaufbau des Industriegebiets. 1956 ging er für die Firma Krupp nach Indien und baute dort ein Hüttenwerk. 1961 wechselte er zur Gutenhoffnungshütte und konnte dort den steilen Aufstieg seines ostpreußischen Landsmannes Dietrich Wilhelm von Menges zum Spitzenmanager der Bundesrepublik begleiten ... Im Jahr 1966 sehen wir ihn jedoch bereits in Indonesien eine Reifenfabrik errichten. Hier kommt es zu einer denkwürdigen Begegnung mit dem Staatspräsidenten. – Suharto beauftragt Beister einen Masterplan für die Entwicklung der Schwerindustrie seines Landes zu erstellen. Dieser Plan führte nicht nur zur technischen Entwicklung Indonesiens, sondern bringt unzählige Arbeitsplätze für das Land und besonders auch für die Bundesrepublik Deutschland ... 1973 findet man Beister sehr erfolgreich in China und Rußland. Seine Bemühungen, etwas für Nord-Ostpreußen zu tun, führten im Herbst 1989 in Moskau zum Erfolg. Aufgrund einer Sondergenehmigung des sowjetischen Außenministers reisten Beister und sein Mitstreiter von der Groeben im November 1989 nach Königsberg, um dort Verhandlungen mit der Gebietsregierung zu führen. Die Gespräche waren so erfolgreich, daß sie zum ersten Joint-Venture zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königsberger Gebiet führten. Damit gelang es, die Tür zum Königsberger Gebiet – es war Sperrgebiet – einen Spalt zu öffnen. Am 1. März 1991 fiel der Eiserne Vorhang für Königsberg.

Anfang 1990, nach dem zweiten Besuch in seiner Vaterstadt, ging es dann Schlag auf Schlag. Königsberg rückte voll in Beisters Blickfeld. Noch im selben Jahr gründen die Herren von Menges, von der Groeben und Beister die gemeinnützige „Stiftung Königsberg". Bereits 1991 beschloß die Stiftung mit Unterstützung des Bundesministerium des Innern, das Deutsch-Russische Haus in Königsberg zu errichten. Im März 1993 wurde durch den damaligen parlamentarischen Staatssekretär im BMI, Horst Waffenschmidt, das Deutsch-Russische Haus eingeweiht. Das Haus ist heute ein bedeutsamer, kultureller Faktor in Königsberg. Ebenfalls noch 1991 – und das zeigt, wie arbeitsintensiv Beisters Alltag war – baute seine Muttergesellschaft, durch ihn federführend begleitet, eine Aluminiumhütte in Nigeria. Wieder wurden unzählige Arbeitsplätze im In- und Ausland geschaffen. Dafür verlieh ihm die staatliche Universität des Landes den Ehrendoktorhut.

Parallel zum Bau des Deutsch-Russischen Hauses nahm Beister mit der Stiftung Königsberg und unterstützt von anderen ostpreußischen und russischen Organisationen den Wiederaufbau des Domes in Angriff. Nur wenige Monate später begann er mit dem Bau eines sogenannten Deutschen Hauses in Königsberg, in dem sich heute das Generalkonsulat befindet.

Frühzeitig nahm Dr. Beister Verbindung zur Staatlichen Königsberger Universität auf. Er initiierte durch Hilfeleistung für die Hochschule deren Modernisierungsprozeß durch Bereitstellung von modernen Computern und die Förderung von Gastprofessuren aus dem Westen. Damit, und mit weiteren Hilfen ..., wurde Dr. Beister zu einem Motor für den deutsch-russischen Normalisierungsprozeß im Königsberger Gebiet.

Am 30. November 1999 zeichnete ihn die Staatliche Universität in seiner Vaterstadt mit einem weiteren Ehrendoktorhut aus.



Ehrung: Herbert Beister hält Kontakt zur Pregelmetropole. Fotos (2): Sven Lambert

Auch der Prozeß der Wiederherstellung des Königsberger Domes wäre ohne die Mitwirkung des damaligen Vorstandsvorsitzenden der Stiftung Königsberg bei weitem nicht so vorangekommen, wie dies tatsächlich der Fall war. Er und von der Groeben waren es, die die Arbeitsgemeinschaft „Wiederaufbau Königsberg Dom" ins Leben riefen. Dieser Arbeitsgemeinschaft gehören neben der Stiftung Königsberg die LO, die Stadtgemeinschaft Königsberg und die Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen an. Große Beiträge zum Aufbau wurden von der Bundesregierung, der Regierung Rußlands und der „Zeit"-Stiftung erbracht.

Herbert Beister ist heute Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Königsberg, die in den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft eingebracht wurde.

Er war über zehn Jahre Mitglied der Ostpreußischen Landesvertretung und stellvertretender Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Königberg. Auch die Stadtgemeinschaft Königsberg genießt mit einem Verbindungsbüro Gastrecht im Haus der Stiftung Königsberg in der Pregel-Metropole. Die Verbindungen, die Dr. Beister persönlich zur Gebietsadministration und zum Gouverneur geknüpft hat, sind für die Stadtgemeinschaft und die LO von Bedeutung.

Das historische Herzog-Albrecht-Denkmal ist wieder erstanden. Es steht am Dom. Dies ist vorrangig Beisters Verdienst. Er hat die Finanzierung fast in Gänze selbst übernommen oder organisiert.

Bereits im November 2003 hat die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Dr. Beister für seine hervorragenden Leistungen mit dem Goldenen Ehrenzeichen ausgezeichnet.

Die Landsmannschaft Ostpreußen verleiht Herrn Dr. h. c. Herbert Beister in dankbarer Anerkennung seines in überzeugender preußischer Gesinnung und Haltung geleisteten Dienstes für Ostpreußen und das deutsche Vaterland, insbesondere für seine Verdienste um den deutsch-russischen Normalisierungsprozeß und sein unermüdliches Bestreben, Königsberg eine deutsche Identität zurückzugeben, den Preußenschild als ihre höchste Auszeichnung.

Dunkel erhellt

Laudatio zum Gierschke-Dornburg-Preis

Es ist die Aufgabe eines jeden Menschen, vor allem jedes Dichters, den Versuch zu machen, das Dunkel ein wenig zu erhellen, so weit es seinen Möglichkeiten entspricht." Diese Erkenntnis liest man in dem Buch „Gezeiten und Ausklang" von Gertrud von den Brincken (1892–1982), die neben Werner Bergengruen, Eduard von Keyserling und Frank Thieß zu den bedeutendsten deutschbaltischen Dichtern zählt.

Zeit ihres Lebens hat die Schriftstellerin sich bemüht, dieses Dunkel zu erhellen und mit ihrem Wort dem Dunkel etwas entgegenzustellen. Ihr reiches Oeuvre, das Lyrik, Romane, Erzählungen und Novellen umfaßt, wurde jedoch bislang wenig literaturwissenschaftlich untersucht, auch ist der Name dieser Dichterin einem breiten Publikum kaum noch bekannt.

Nun hat sich eine junge Frau diesem Werk zugewandt und sich mit der Deutschbaltin in ihrer Magisterarbeit an der Universität Leipzig beschäftigt. Caroline v. Keudell untersuchte in dieser Arbeit zwei Romane der Dichterin, das 1943 erschienene frühe Werk „Niemand" und den 1981 erschienenen Roman „Nächte", das letzte große Werk der Autorin. In diesen Romanen erlebt der Leser eine intensive Auseinandersetzung mit der Rolle der Deutschen im Baltikum. Hierbei bezieht sich die Autorin aber nicht nur auf das 20. Jahrhundert, sondern rückt die über Jahrhunderte währende Bedeutung der Deutschen und ihre Rolle im einstigen Kurland, Livland und Estland ins Blickfeld.

Einschneidende und umwälzende Ereignisse in der deutschbaltischen Geschichte werden hier thematisiert und aus dem eigenen Erleben der Dichterin anschaulich geschildert. Die durch die Revolutionen, den Ersten Weltkrieg, die lettische Unabhängigkeit und schließlich die Umsiedlung der Deutschbalten geprägten Jahre führten zum Verlust der alten Strukturen und brachten das Ende der Führungsrolle der Deutschen, welche über Jahrhunderte im Baltikum die Oberschicht gebildet hatten, mit sich. Indem Gertrud von den Brincken diese Zeit literarisch verarbeitet hat, gehört sie zu den deutschbaltischen Schriftstellern, die versucht haben, das Schicksal ihrer Landsleute in epischer Breite zu schildern.

Caroline v. Keudell geht in ihrer Magisterarbeit minutiös auf die Grundanliegen dieser beiden Romane ein und liefert einen Ansatz, sich mit dem Werk der baltischen Schriftstellerin eingehender zu beschäftigen. Geboren am 4. Februar 1980 in Niedersachsen als Tochter vertriebener Eltern hat sie schon früh mit der Problematik der Heimatvertriebenen Kontakt gehabt. Auf verschiedenen Treffen der ostdeutschen Vertriebenen bereicherte sie diese durch den Vortrag von Gedichten. So rezitierte sie im zarten Alter von acht Jahren Verse von Gertrud von den Brincken, die auch heute noch Bestand haben: „ ... und doch glaubt mir, Geliebtes bleibt unsterblich, wenn man sich nicht mit schalem Trost begnügt."

Caroline v. Keudell mit Friedrich-Wilhelm Böld

Während ihrer Ausbildungszeit als Volontärin bei der Wochenzeitung *Das Ostpreußenblatt* bereiste sie dreimal Ostpreußen, die Heimat ihres Vaters. Aus diesem Erlebnis heraus entstanden einfühlsame Reportagen etwa über den Königsberger Dom oder über die Wolfskinder. Auch heute noch schreibt Caroline v. Keudell gelegentlich Texte für die *Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt*, falls ihre beiden Männer, Ehemann Albrecht und Sohn Johann Friedrich, ihr die Zeit dazu lassen.

Die Dr. Herbert und Marga Gierschke-Stiftung zeichnet Caroline v. Keudell mit dem Gierschke-Dornburg-Preis aus, um ihre Arbeit um die deutschbaltische Dichterin Gertrud von den Brinkken zu würdigen. Möge es Ansporn für eine weitere Beschäftigung mit der Literatur des frühen 20. Jahrhunderts und der Kultivierung Osteuropas durch Deutsche sein.

Silke Osman

Caroline v. Keudell: Vom Wissen um die Herkunft geprägt

Ich bedanke mich herzlich bei dem Ehepaar Dr. Herbert und Margot Gierschke und bei dem Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen für die Auszeichnung mit dem Stiftungspreis der Gierschke-Dornburg-Stiftung.

Durch meinen familiären Hintergrund – meine beiden Eltern stammen aus den Ostgebieten – bin ich früh mit der Thematik und der Geschichte des Deutschen Ostens in Berührung gekommen. Die Vergangenheit meiner Familie und das Wissen um ihre Herkunft haben mich geprägt.

Durch mein Volontariat bei dem *Ostpreußenblatt*, der heutigen *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, setzte ich mich mit diesem Themengebiet für zwei Jahre auch beruflich auseinander.

Als ich im Anschluß an diese Zeit mein Studium der Germanistik, Französistik und Kunstgeschichte begann, ahnte ich noch nicht, daß mich die wohlvertraute Thematik auch hier wieder einholen würde.

Bei meinem Auslandssemester in Paris dachte ich zunächst wirklich nicht an Ostpreußen. Und eigentlich wollte ich die Gelegenheit des Auslandsaufenthaltes auch dazu nutzen, einmal alles Vorherige hinter mir zu lassen. Irgendwann merkte ich jedoch, daß ich auf meinem Weg zur Universität jeden Tag die „Avenue de Friedland" und die „Rue de Tilsit" passieren mußte.

So kam ich zu der Erkenntnis, daß es wohl Themen gibt, die lebensbegleitend sind ...

Letztlich kam es zu dem für mich glücklichen Umstand, daß ich mein weiteres Studium in Leipzig absolvierte. Das dortige Germanistikinstitut konzentriert sich – als einziges in Deutschland – mit einem Forschungsschwerpunkt auf ostmitteleuropäische Literaturen.

Bei meiner Suche nach einem Magisterarbeitsthema wanderten die Gedanken, aufgrund des speziellen germanistischen Angebotes in Leipzig, also wieder gen Osten.

Dabei stieß ich auf die baltische Schriftstellerin Gertrud von den Brincken, und ich begann, mich mit ihrem Werk auseinanderzusetzen.

Für das Baltikum – speziell Estland – wurde mein Interesse früh geweckt, da meine Großmutter aus der Nähe von Reval stammte. Diese Region war mir sowohl aus Erzählungen und Berichten als auch aus der Literatur bereits recht vertraut und übte auf mich einen ganz besonderen Reiz aus.

Gertrud von den Brincken – diesen Namen kannte ich aus meinem Elternhaus. Und so begab ich mich auf eine Spurensuche.

In ihrer Lyrik begegnete ich einer Dichterin, die glaubend, zweifelnd, ringend und suchend letzte Fragen nach dem menschlichen Sein und Schicksal stellte.

Die Autorin, zutiefst geprägt von ihrer baltischen Heimat Kurland, hat dieser in ihren Werken, sowohl in ihrer Prosa als auch in ihrer Lyrik, eine Stimme gegeben.

In Literaturgeschichten wird sie mit Agnes Miegel verglichen und mit Siegfried von Vegesack und Werner Bergengruen in eine Reihe gestellt.

Daß ich mich mit meiner Magisterarbeit mit Gertrud von den Brincken so intensiv auseinandersetzen konnte, war für mich von großem Gewinn.

Es macht die Qualität dieser Autorin aus, daß sie nicht allein auf den Kontext ihrer Zeit beschränkt blieb.

Aus diesem schöpfend, zugleich aber auch weit über ihn hinausgehend, fand sie zu zeitlosen Aussagen von allgemeingültigem Wert. Dies gelang ihr vor allem in ihrer Lyrik.

Als ein kleines Beispiel möchte ich Ihnen zwei Gedichtstrophen der Autorin vortragen. In dem Ernst und der Tiefe dieser gleich erklingenden Worte liegt eine universale Bedeutung, die wohl jeder hier Anwesende ganz besonders nachempfinden kann; gleichzeitig aber auch ein jeder, der sich schon einmal mit der Bedeutung von Heimat auseinandergesetzt hat.

Hier nun die letzten beiden Strophen des Gedichtes „Heimat" von Gertrud von den Brincken:

Meine Heimat könnt ihr
nicht entreißen,
denn sie wuchs so ganz
in mich hinein,
sang und segnete
in ihrer weißen
Winterschwermut
meine Seele ein.

Heimat ist nicht
Hülle und Gewandung,
die man wechselt,
die ein Wind zerstört,
Heimat ist ein Schicksal,
Grund und Landung,
was uns tiefst und
ohne Tod gehört.



Wir gratulieren ...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Nissen, Marguerite (Rita), geb. **Rost**, aus Königsberg, jetzt Brahmsallee 17, 20144 Hamburg, am 24. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Grau, Elisabeth, geb. **Süss**, aus Lengau, Kreis Treuburg, jetzt Händelstraße 25, 31228 Peine, am 23. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Ihlo, Ernst, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Osnabrükker Straße 23, 49214 Bad Rothenfelde, am 25. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Joachim, Lotte, geb. **Hinz**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Wilhelmshöher Straße 55, 60389 Frankfurt, am 21. Mai

Sauvant, Gertrud, geb. **Rehn**, aus Neidenburg, jetzt Hochstraße 8 B, 38723 Seesen, am 19. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Baeck, Heinz, aus Lyck, jetzt Zum Salzgittersee 32, 38226 Salzgitter, am 23. Mai

Goetz, Auguste, geb. **Brodowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Ohlerfeldstraße 27, 41069 Mönchengladbach, am 21. Mai

Kullick, Max, aus Sorden, Kreis Lyck, jetzt Haardter Straße 6, 67433 Neustadt, am 25. Mai

Madeya, Gisela, geb. **Modrikker**, aus Lötzen, jetzt Emder Straße 28, 26215 Wiefelstede, am 22. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Görtz, Heinrich, aus Wehlau, Freiheit, Kreis Wehlau, jetzt Wilhelmstraße 1, 52428 Jülich, am 22. Mai

Kiesow, Helene, geb. **Steinke**, aus Ostseebad Cranz, jetzt Bahnstraße 41, 04469 Lützschena, am 22. Mai

Kullik, Martha, geb. **Wutzka**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Bruchweg 4, 38315 Hornburg, am 25. Mai

Lucka, Hedwig, geb. **Lenski**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, jetzt Vorstadt 44, 72172 Sulz / Neckar, am 19. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bieber, Gerda, geb. **Storim**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Rißweg 1, 22393 Hamburg, am 25. Mai

Eiffler, Christa, geb. **Kaesler**, aus Königsdorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Im Grün 4, 78465 Konstanz, am 23. Mai

Leitzbach, Karl, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, jetzt Lesingstraße 9, 66564 Ottweiler, am 22. Mai

Soldmann, Elfriede, geb. **Krüger**, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, jetzt August-Schmidt-Ring 32, 45711 Datteln, am 22. Mai

Struppek, Martha, geb. **Wawrzyn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Markendorfer Straße 22, Wohnung 419, 15234 Frankfurt / Oder, am 25. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Kasper, Margarete, geb. **Dombrowski**, aus Illowo, Narzym, Kreis Neidenburg, jetzt Ul. Slowackiego 5, Pl-14-100 Osteroda, am 19. Mai

Lemke, Elfriede, geb. **Tietz**, verw. **Sembritzki**, aus Lyck, jetzt OT Erlenau, Regerstraße 2, 83024 Rosenheim, am 25. Mai

Räder, Heinz, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, jetzt Altenburger Straße 5, 38444 Wolfsburg, am 25. Mai

Skupio, Helmut, aus Bartendorf, Kreis Lyck, jetzt Oberlandstraße 3, 37269 Eschwege, am 20. Mai

Vorwald, Friedrich, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Am Breitle 7, 86156 Augsburg, am 20. Mai

Wolff, Frieda, geb. **Czerwonka**, aus Neumalken, Kreis Lyck, jetzt Seniorenzentrum Haus Elsey, Trappenweg 10, 58119 Hagen, am 25. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ernst, Gertrud, geb. **Bednarzik**, aus Giesen, Kreis Treuburg, jetzt Cambridger Straße 2, 13349 Berlin, am 22. Mai

Kerstan, Siegfried, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Mainzer Straße 135, 56068 Koblenz, am 17. Mai

Rudnik, Alfred, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Fliednerweg 19, 44575 Castrop-Rauxel, am 20. Mai

Weiß, Gerhard, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, jetzt Carl-von-Ossietzky-Straße 38, 47447 Moers, am 24. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dröse, Elma, geb. **Siegmund**, aus Pottlitten, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schlesienweg 1, 21745 Hemmoor, am 21. Mai

Hasse, Leonore, geb. **Albinus**, aus Waldhausen, Kreis Samland, jetzt Gmünder Straße 28, 49076 Osnabrück, am 24. Mai

Niehusen, Helene, geb. **Hellmig**, aus Tapiau, Kleinhof, Kreis Wehlau, jetzt Philipp-Müller-Straße 6, 23966 Wismar, am 24. Mai

Umlauf, Gerhard, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Blücherstraße 9, 24105 Kiel, am 20. Mai

Wieschollek, Gerhard, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Hallerstraße 3 C, 20146 Hamburg, am 19. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Birkholz, Erika, geb. **Schäfer**, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, jetzt Grabenweg 8, 65205 Wiesbaden, am 19. Mai

Busch, Käthe, geb. **Gronau**, aus Kuglacken, Jakobsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Bonhoeffer Straße 5, 31675 Bückeburg, am 22. Mai

Ernst, Hildegard, geb. **Mahl**, aus Lengen, Kreis Ebenrode, jetzt Zum Handtuch 1, 19406 Rothen, am 21. Mai

Gaszek, Edith, geb. **Kostrewa**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Adolfinenstraße 20, 30455 Hannover, am 23. Mai

Gronau, Klaus, aus Dannenberg, Kreis Elchniederung, jetzt Neulutterloh 7, 29345 Unterlüß, am 22. Mai

Hirsch, Charlotte, geb. **Kell**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, jetzt Jochen-Klepper-Straße 46, 25436 Uetersen, am 19. Mai

Joneleit, Irmgard, geb. **Emmenthal**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Holstenring 4, 25355 Barmstedt, am 19. Mai

Kloppmeier, Traute, geb. **Koschinka**, aus Schwanis und Groß Klingbeck, Kreis Heiligenbeil, jetzt Niessenstraße 64, 47800 Krefeld, am 20. Mai

Koch, Edith, geb. **Schmidtke**, aus Schorningen, Kreis Elchniederung, jetzt Mittelstraße 4, 09228 Wittgensdorf, am 25. Mai

Leipacher, Edith, geb. **Schaade**, aus Gruten, Kreis Elchniederung, jetzt Breslauer Straße 30, 48465 Schüttorf, am 21. Mai

Lischka, Waltraud, geb. **Wnendt**, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Göbelstraße 18, 33332 Gütersloh, am 23. Mai

Luka, Wilhelm, aus Seehag, Kreis Neidenburg, jetzt An der Unstrut 33, 99974 Mühlhausen, am 24. Mai

Meyer, Edeltraut, geb. **Ijewski**, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, jetzt Zum Olpersee 9, 38114 Braunschweig, am 23. Mai

Michalzik, Jutta, geb. **Klein**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Dorfstraße 28, 04519 Klein-Wittensee, am 21. Mai

Mosner, Erna, geb. **Hoffmeister**, aus Sanditten, Zargen Vorwerk, Kreis Wehlau, jetzt Siebenbürger Weg 43, 38440 Wolfsburg, am 21. Mai

Sendzitzki, Walter, aus Pierlawken, Kreis Neidenburg, jetzt Am Schuhkamp 11, 27283 Verden, am 25. Mai

Stabbert, Siegfried, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, jetzt 287 State Street, 12210 Albany, N.Y., USA, am 21. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baginski, Edelfried, aus Ortelsburg, jetzt Schweidnitzer Straße 21, 45891 Gelsenkirchen, am 20. Mai

Burow, Klaus, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Königsberger Straße 22, 73642 Welzheim, am 22. Mai

Chlupka, Reinhold, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, jetzt Am Königsberg 59, 29525 Uelzen, am 19. Mai

Davidsmeyer, Rita, geb. **Kurbjuweit**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Albrecht-Dürer-Straße 6, 28209 Bremen, am 22. Mai

Doblonski, Wilhelm, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Hagen 4, 42855 Remscheid, am 22. Mai

Döhring, Heinz, aus Groß Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Talstraße 126 A, 79286 Glottertal, am 22. Mai

Draab, Lina, geb. **Schlimme**, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Am Hopfenberg 4, 31195 Lamspringe, am 24. Mai

Dziengel, Peter, aus Lyck, jetzt Beverstedter Weg 3, 14199 Berlin, am 21. Mai

Fiebig, Charlotte, geb. **Sprengel**, aus Königsberg, jetzt Paul-Graff-Straße 6, 31084 Freden / Leine, am 15. Mai

Gerlach, Erich, aus Mörnersfelde, Kreis Labiau, jetzt Baustraße 25, 42853 Remscheid, am 23. Mai

Hanschke, Hannelore, geb. **Davideit**, aus Kreis Elchniederung, jetzt Birkenweg 3, 34454 Bad Arolsen, am 24. Mai

Heymuth, Hildegard, geb. **Philipp**, aus Reipen, Kreis Wehlau, jetzt Auf der Brück 2, 51645 Gummersbach, am 25. Mai

Huhn, Anneliese, geb. **Kucharzewski**, aus Rohrdorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Bahnhofstraße 13, 03130 Friedrichshain, am 19. Mai

Jelonnek, Gretel, geb. **Sobolewski**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, jetzt Meisenweg 23, 29328 Faßberg, am 19. Mai

Katzmann, Albert, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, jetzt Neumarkt 39, 49477 Ibbenbüren, am 24. Mai

Kayss, Anni, geb. **Schulz**, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Hinrich-Voß-Straße 19, 25436 Uetersen, am 24. Mai

Keller, Elfriede, geb. **Sommerfeld**, aus Neidenburg, jetzt Friedrichstraße 66, 77709 Wolfach, am 19. Mai

Kierstein, Lieselotte, geb. **Sbrzesny**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Hauptstraße 103, 16244 Finowfurt, am 23. Mai

Knodel, Gerda, geb. **Kühn**, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Hooge Sand 26, 26723 Emden, am 24. Mai

Köpernik, Eva, geb. **Pallasch**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, jetzt Borsbergstraße 16, 0309 Dresden, am 25. Mai

Krips, Gerda, geb. **Schwagereit**, aus Seebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Im Birkenfeld 13, 65779 Kelkheim, am 22. Mai

Kühn, Eitel, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, jetzt Wilhelmstraße 9, 16248 Lunow, am 20. Mai

Lasarzik, Helga, geb. **Murawski**, aus Lyck, jetzt Hagener Weg 4, 59439 Holzwickede, am 19. Mai

Liebe, Reinhold, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt An der Bäderstraße 39, 23701 Süsel, am 24. Mai

Lukowski, Paul, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Kurt-Schumacher-Straße 27, 47608 Geldern, am 23. Mai

Lumma, Rudolf, aus Neidenburg, jetzt Rübezahlstraße 1, 26127 Oldenburg, am 23. Mai

Lütjens, Elli, geb. **Geschke**, aus Schiewenau, Kreis Wehlau, jetzt Seebergen 5 A, 22952 Lütjensee, am 24. Mai

Madle, Ursula, geb. **Zuehlsdorff**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, jetzt Bahnhofstraße 15, 35083 Wetter, am 20. Mai

Meier, Liesbeth, geb. **Luckau**, Kreis Ortelsburg, jetzt Im Kamp 1, 38385 Ingeleben, am 23. Mai

Nolte, Dr. Hans, aus Freiort, Kreis Lötzen, jetzt Waldhofstraße 23, 79117 Freiburg, am 21. Mai

Pender, Irmgard, geb. **Rast**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Hans-Purrmann-Straße 6 B, 67227 Frankenthal, am 24. Mai

Plewka, Erich, aus Fronicken, Kreis Treuburg, jetzt Dorfring 107 A, 22889 Tangstedt-Wilstedt, am 21. Mai

Plügge, Heinz, aus Goythenen, Kreis Samland, jetzt Heinleinstraße 47, 81477 München, am 24. Mai

Przytulla, Willi, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Fontanestraße 1, 13467 Berlin, am 24. Mai

Rosin, Waltraud, geb. **Jeworrek**, aus Saiden, Kreis Treuburg, jetzt Erfurter Straße 11, 57223 Kreuztal, am 23. Mai

Sahm, Kurt, aus Königsberg, jetzt Königstraße, 99444 Blankenhain, am 15. Mai

Sande, Erna **von der**, geb. **Grabosch**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Friedensstraße 24, 47661 Issum, am 20. Mai

Schrubba, Edith, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, jetzt Im Spring 8, 59494 Soest, am 19. Mai

Schulte, Lisbeth, geb. **Sabrowski**, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Hasenmoorerstraße 5, 24576 Bimöhlen, am 24. Mai

Sonesson, Reinhild, geb. **von Keyserlingk**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Am Heller 1, 23743 Grömitz, am 20. Mai

Spangenberg, Erna, geb. **Freudmann**, aus Rautenberg, Kreis Elchniederung, jetzt Am Katzenbuckel 40-44, Zimmer 32, 44628 Herne, am 24. Mai

Stepputtis, Ilse, geb. **Dombrowski**, aus Bittkau, Kreis Treuburg, jetzt Breslauer Straße 1, 84524 Neuötting, am 21. Mai

Voss, Lieselotte, geb. **Skrotzki**, aus Lisken, Kreis Lyck, jetzt Hansjakobstraße 5, 77704 Oberkirch, am 24. Mai

Wartha, Gertrud, geb. **Schalwat**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, jetzt Am Ziegelhaus 31, 35066 Frankenberg, am 19. Mai

Zühlke, Waltraud, geb. **Weirauch**, aus Treuburg, jetzt Ahornweg 5, 06333 Hettstedt, am 21. Mai



Dunst, Fritz, aus Rittertal bei Groß Hoppenbruch, Kirchspiel Balga, und Frau Erika, geb. **Bloess**, aus Gristow, Pommern, jetzt Streichmühler Straße 2, 24977 Grundhof, am 11. Mai

Fiebig, Erhardt, und Frau Charlotte, aus Königsberg, jetzt Paul-Graff-Straße 6, 31084 Freden, am 15. Mai

Hein, Herbert, und Frau Erna, geb. **Dowidat**, aus Danzig Emaus und Sandkirchen (Wedereitischken), Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Niederfeld 7, 79183 Waldkirch-Siensbach, am 22. Mai



Eising, Manfred, und Frau Hildegard, geb. **Albat**, aus Königsberg, jetzt Pfingstbergweg 1, 06406 Bernburg / Saale, am 24. Mai

Herbener, Olaf, und Frau Rosmarie, geb. **Reck**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Dahlenkamp 24 B, 21077 Hamburg, am 23. Mai

Lepenis, Fritz, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, und Frau Helga, geb. **Sparka**, aus Nikolaiken, Kreis Sensburg, jetzt Haydnstraße 16, 50226 Frechen, am 10. Mai

Perbandt, Manfred, und Frau Anneliese, geb. **Nichau**, aus Hohenfürst, Kreis Heiligenbeil, jetzt Wolfshahn 6, 41748 Viersen, am 23. Mai

Sukowski, Heinz, und Frau Ruth, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Gröpern 23 A, 06484 Quedlinburg, am 24. Mai

»wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Keine Heimatarbeit

Liebe Leser,
liebe Heimatfreunde,

das große Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Berlin ist nun vorbei. Um in der Ausgabe nach dem Treffen genügend Platz für eine umfangreiche Berichterstattung zu gewährleisten, werden in dieser Ausgabe die Seiten Ostpreußen heute und die der Heimatarbeit entfallen. Ab der kommenden Ausgabe (Folge 21) läuft alles wieder wie gewohnt, dann finden Sie an gewohnter Stelle Ihre Beiträge.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung: Florian Möbius, Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 34, E-Mail: moebius@preussische-allgemeine.de.

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2008

- 26. bis 28. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont
- 2. August: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen.)
- 26. bis 28. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
- 10. bis 12. Oktober: 6. Kommunalpolitischer Kongreß in Allenstein
- 13. bis 19. Oktober: 54. Werkwoche in Bad Pyrmont
- 24. bis 26. Oktober: Seminar der Schriftleiter in Bad Pyrmont
- 8. / 9. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont
- 3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Jahr 2009

- 7. / 8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont
- 25. / 26. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine südliches Ostpreußen
- 1. August: Sommerfest der Deutschen Vereine in Hohenstein

Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Oberstr. 14 b, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 26. Auf die Veranstaltungen wird in der PAZ / Das Ostpreußenblatt noch gesondert hingewiesen (Änderungen vorbehalten).

SUPER-ABOPRÄMIE

für ein Jahresabo der





3 x Preußen für Sie als Geschenk

Unser wertvolles Preußen-Paket, bestehend aus zwei Büchern und einer DVD.

B. Schrader, Franz Kugler

Friedrich der Große und seine Zeit in Bild und Wort

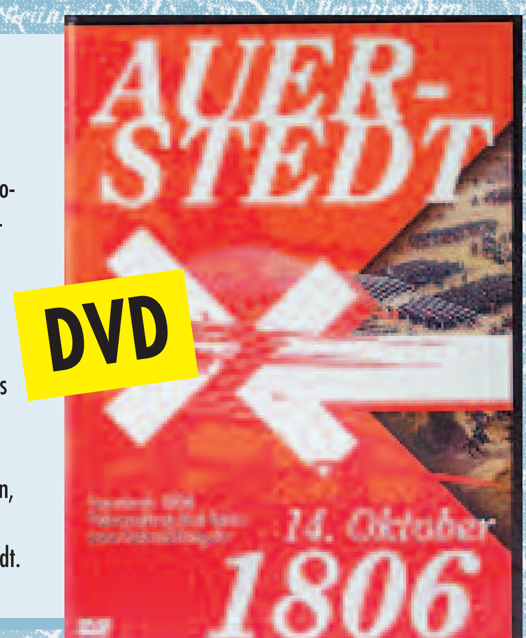
In diesem Bildband sind die meisterhaften und inzwischen als klassisch zu bezeichnenden Darstellungen von Menzel, Chodowiecki, Rössler, Camphausen, Schadow und anderen Künstlern vereinigt, die mit den Texten des bekannten Historikers Kugler ein facettenreiches Bild der geschichtlichen Größe dieses bedeutendsten Preußenkönigs und seiner Zeit geben.
Geb., 194 Seiten, 90 Tafeln, 124 Abbildungen im Text, Querformat 26,5 x 22,5 cm, traditionelle Fadenbindung

Die Schlacht bei Auerstedt am 14. Oktober 1806

gehört zu den Schicksalsereignissen der deutschen und europäischen Geschichte. Gemeinsam mit der zeitgleich stattfindenden Schlacht bei Jena hat sie sich tief in die Erinnerung der Menschen dieser Region eingegraben.

Etwa 200 Jahre nach der Schlacht ist die vorliegende Produktion der Versuch, dieses historische Ereignis auch aus der Sicht der Auerstedter Landbevölkerung darzustellen. Dazu wurden überlieferte Szenen von 1806 zum Teil an Originalschauplätzen nachgestellt. Mit Hilfe von Spielszenen, animierten Karten, historischen Abbildungen und Texten erzählt dieser Film die Geschichte der Schlacht von Auerstedt.

DVD



3 x Preußen für Sie



Topographisch-militairischer Atlas von dem Königreiche Preußen

Ein beeindruckendes und einzigartiges Kartenwerk von 1810.

Dieser Atlas zeigt einfach alles!
Ein prachtvolles und ergiebiges Werk für jeden Heimat- und Geschichtsfreund! Eine Fundgrube für alle Kartensammler!

Grandios und außergewöhnlich ist seine Genauigkeit!
Auf den bestechend gezeichneten Kartenblättern finden Sie jeden Ort, jede Poststation, jede Straße, Festungen, Vorwerke, Kirchen und Kapellen, Wirtschaftsbetriebe, Brücken und Schleusen, Wiesen und Moore – ja sogar einzelne Häuser und Baumgruppen.
30 faszinierende Detailkarten!
Herausgegeben wurden die außergewöhnlichen Karten von dem berühmten „Geographischen Institut in Weimar".

Lesen Sie die **Preußische Allgemeine Zeitung**

- **Informationen**, die Hintergründe aufzeigen.
- **Themen**, die Sie woanders nicht lesen.
- **Kommentare**, die aussprechen, was andere verschweigen.

ANTWORT COUPON

Einfach absenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Oberstraße 14 b
20144 Hamburg
oder am schnellsten per
SERVICE-TELEFON bestellen
Telefon: 040/41 40 08 42
Fax: 040/41 40 08 51
www.preussische-allgemeine.de

Schicken Sie mir bitte die Preußische Allgemeine Zeitung von der nächsten erreichbaren Ausgabe an für mindestens 1 Jahr und zusätzlich das Preußen-Paket für z.Zt. nur EUR 99,60 im Jahr (inkl. Versandkosten). Mit dem Bezug der Preußischen Allgemeinen Zeitung werde ich gleichzeitig Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen. Gültig ist der jeweils aktuelle Bezugspreis. Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Für bestehende oder eigene Abonnements oder Kurzzeitabos (unter 12 Monaten) wird keine Prämie gewährt. Im letzten halben Jahr waren weder ich noch eine andere Person aus meinem Haushalt Abonnent der Preußischen Allgemeinen Zeitung. Prämienauslieferung solange Vorrat reicht. Lieferung nur innerhalb Deutschlands.

☒ Ja, ich abonniere für mind. 1 Jahr die Preußische Allgemeine Zeitung und möchte das Geschenk-Paket Preußen

☐ bequem + bargeldlos durch Bankabbuchung ☐ gegen Rechnung

Name/Vorname:

Straße/ Nr.:

PLZ/Ort:

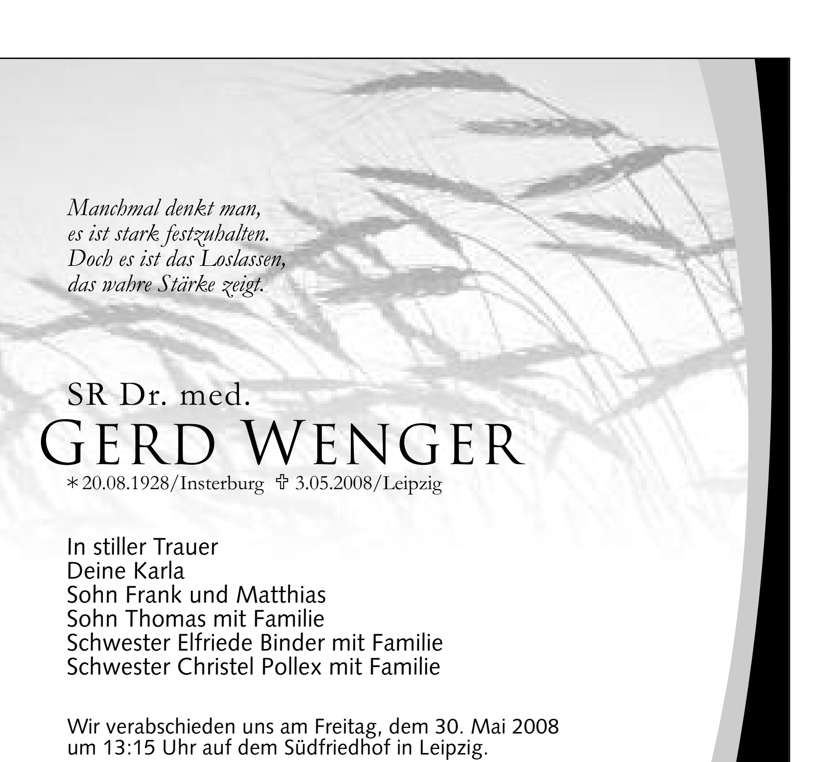
Telefon:

Kontonummer:

Bankleitzahl:

Geldinstitut:

Datum, Unterschrift

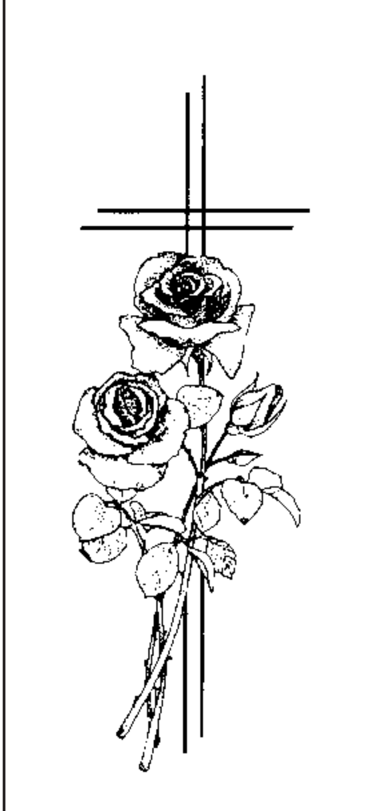


Manchmal denkt man,
es ist stark festzuhalten.
Doch es ist das Loslassen,
das wahre Stärke zeigt.

SR Dr. med.
GERD WENGER
∗ 20.08.1928/Insterburg ✝ 3.05.2008/Leipzig

In stiller Trauer
Deine Karla
Sohn Frank und Matthias
Sohn Thomas mit Familie
Schwester Elfriede Binder mit Familie
Schwester Christel Pollex mit Familie

Wir verabschieden uns am Freitag, dem 30. Mai 2008
um 13:15 Uhr auf dem Südfriedhof in Leipzig.
Von Blumenspenden bitten wir höflichst abzusehen.



Weinet nicht, ich habe keine Schmerzen mehr,
behaltet mich, so fröhlich wie ich war, im Herzen.
Erinnert Euch und lächelt über manch gewesenen Augenblick,
sprecht ab und zu von mir, dann lächle ich zurück.

Das sind die Starken im Leben, die unter Tränen lachen,
eigene Sorgen verbergen und andere glücklich machen.

Horst Frischmuth
ehemaliger Kreisvertreter des Kreises Elchniederung

∗ 2. Dezember 1920 in Rokaiten/Rokitten Ostpreußen Elchniederung — † 2. Mai 2008 in Hannover

Wir trauern um den liebenswerten Menschen,
der seine Heimat nie vergessen hat, ihr immer verbunden blieb
und seinen Mitmenschen stets mit Achtung gegenübertrat.

Christel Frischmuth geb. Frömming
Hannelore Freyer geb. Frischmuth

30173 Hannover, Hildesheimer Straße 119

Die Beerdigung fand am 13. Mai 2008 auf dem Engesohder Friedhof, Hannover, statt.

Wir trauern um unseren Klassenkameraden und Freund

Sanitätsrat
Dr. med. Gerd Wenger
∗ 20. 8. 1928 † 3. 5. 2008

1939 traten wir gemeinsam in die Sexta
der Friedrichsschule zu Gumbinnen ein.
Auf unseren jährlich stattfindenden Treffen, von denen er
keines versäumte, erheiterte er uns oft durch seine Schlagfertigkeit
und seinen treffenden Humor.

Wir werden ihn vermissen.

Winrich und Hannelore Bludau, Dieter und Elisabeth Dziobaka, Hans-Hellmuth Freygang, Gernot Friedrich, Hans Gerd und Ingrid Kerp, Hertwig Lange, Werner Mollenhauer und Rut Schütz, Käthi Onigkeit, Claus und Monika Onnen, Siegfried Petrikat und Günter Rohde

---



Am 30. April 2008 verstarb nach langem Leiden
im 83. Lebensjahr unser Landsmann und
Kirchspielvertreter von Ebenrode-Stadt

Erich Sklomeit
∗ 17.08.1925 in Stallupönen † 30.04.2008 in Lehrte

Herr Sklomeit hatte sich bis zum Schluß voller Mut und Tatkraft
in ehrenamtlicher Tätigkeit für seine geliebte Heimat eingesetzt.

In ehrendem Gedenken
für die Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen)

Horst Peter (Stellvertreter) — **Martin Heyser** (komm. Kreisvertreter) — **Brigitta Heyser** (Geschäftsführerin)

Du hast gesorgt,
Du hast geschafft,
gar manchmal über Deine Kraft.
Du warst im Leben so bescheiden
und mußtest trotzdem so viel leiden.
Nun ruhe sanft, Du gutes Herz,
die Zeit wird lindern unseren Schmerz.

Wir nehmen Abschied von

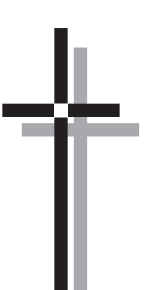
Gerhard Fuchs
27.10.1934 Bruchort, Ostpreußen — † 07.04.2008 Duderstadt

Wir werden Dich nie vergessen.

In stiller Trauer
Doris Fuchs, geb. Göpel
Giesbert und Petra Eckermann, geb. Fuchs mit Sven, Ann-Kathrin und Björn
Anja Fuchs und Jürgen Schneider
Edith Fuchs und alle Angehörigen

Traueranschrift: Doris Fuchs, Kurmainzer Str. 29, 37115 Duderstadt

Die Beerdigung fand am 10. April 2008 in Duderstadt statt.



Wer in Gedächtnis seiner Lieben lebt,
der ist nicht tot, der ist nur fern,
tot ist nur, wer vergessen wird.

Klara Komossa
geb. Appel
∗ 10. 11. 1936 in Weisenheim am Sand, Pfalz — † 23. 4. 2008 Lambsheim

Der Landesverband der Landsmannschaft Ostpreußen dankt für die langjährige Tätigkeit als Schriftführerin.
Ihre Person wie Ihre Dienste bleiben uns unvergeßlich.

In tiefer Trauer für den Landesvorstand
Dr. Wolfgang Thüne — Willi Komossa

Schlicht und einfach war dein Leben,
treu und fleißig deine Hand,
so vieles hast du uns gegeben,
ruhe sanft und habe Dank.

Von schwerer Krankheit erlöst.

In Liebe und Dankbarkeit nahmen wir Abschied von meinem lieben Mann, unserem guten Vater, Schwiegervater, Opa, Bruder, Schwager und Onkel

Oswald Friese
∗ 7. 8. 1928 in Angerburg — † 23. 4. 2008 in Mörlenbach



In stiller Trauer
Ingrid Friese
Thomas und Gisela
Matthias
Christof und Petra mit Lisa-Marie
Markus und Rosl mit Jasmin und Annika
Andreas und Beate
Natalie
sowie alle Angehörigen

69509 Mörlenbach/Bonsweiher, Blumenstraße 22



Ein letzter Gruß an die alte Heimat Ostpreußen

Anneliese-Wilhelmiene Schmidtke
∗12.12.1925 Mitschulen, Ostpreußen — † 27.04.2008 Schieren

In Trauer verbleiben
Werner und Gerda Schmidtke
mit Mareike und Maik

Schieren, den 05. Mai 2008

Öffentliche Aufforderung

Am 04.08.2003 ist in Düsseldorf, ihrem letzten Wohnsitz, **Hildegard Emma Luise Mai, geborene Romoth,** geboren am 19.11.1921 in Lyck, verstorben.

Sie war Tochter der Eheleute Paul Romoth, geboren am 29.04.1889 in Satticken, Krs. Olezko, verstorben am 14.10.1938 in Lyck und Luise Romoth, geborene Dubieß, geboren am 05.08.1890 in Mylußen, Krs. Lyck, verstorben am 30.11.1962 in Düsseldorf.

Es ist Erbscheinsantrag aufgrund gesetzlicher Erbfolge hinsichtlich der väterlichen Linie gestellt.

Die Großeltern väterlicherseits waren Luis Adam Romoth, geboren 13.02.1862 und Emma Romoth, geborene Jeworrowski, geboren am 15.03.1864.

Nicht nachgewiesen werden konnte bisher der Wegfall folgender Geschwister des Vaters bzw. eventueller Abkömmlinge dieser Geschwister:
1) Maria Emma Romoth, geboren 11.07.1891 in Sattyken, Krs. Treuburg
2) Emil Romoth, geboren am 12.08.1893 in Sattyken, Krs. Treuburg
3) Rudolf Romoth, geboren am 21.08.1897 in Sattyken, Krs. Treuburg
4) Karl Jacob Romoth, geboren am 23.07.1902 in Sattyken, Krs. Treuburg

Alle Personen, denen Erbrechte am Nachlaß zustehen, werden hiermit aufgefordert, diese Rechte binnen 6 Wochen bei dem unterzeichnenden Nachlaßgericht geltend zu machen, anderenfalls das Erbrecht dieses Stammes unberücksichtigt bleibt.

Die Frist beginnt mit der Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

Netto-Nachlaß ca. 5000,- €.

Düsseldorf, 28.04.2008 **Amtsgericht**

Bekanntschaften

Ostpreuße, jung mit Charakter, Geist, Gefühl und Humor, nicht anspruchsvoll, gut aussehend, sucht einfache, nette Dame, gern dunkelhaarig, ab 30 J. zwecks Heirat. Bin in guter Position, dunkler Typ, Nichtraucher, sehr gesund. Bitte nur ernstgemeinte Zuschriften an die: Preußische Allgemeine Zeitung, Chiffre 80430, Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg.

Urlaub/Reisen

„Pension Hubertus“
Nähe Sensburg – neu nach westlichem Standard gebaut – alle Zimmer mit DU/WC, Telefon, TV, Radio; Sauna im Haus; sehr persönliche deutschsprachige Betreuung, gerne kostenlose Information:
0 41 32 / 80 86 · Fax: 80 66

EU-Vertrag: Nicht demokratisch legitimiert

Betr.: „Geheimsache Europa“ (Nr. 18)

Der Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche (parteilos) im Bundestag: „Mit dem EU-Reformvertrag wird eine verbindliche Verfassung für mehr als 500 Millionen Menschen geschaffen, die nicht demokratisch legitimiert ist, die von einem europäischen Volk ausgeht, das es gar nicht gibt, und deren Inhalte zutiefst demokratiefeindlich sind. Der Europäische Rat wird durch das vereinfachte Änderungsverfahren ermächtigt – ja: ermächtigt – fast das gesamte Unionsrecht zu ändern. Eine Zustimmung des Europäischen Parlaments ist nicht mehr notwendig.“

Dennoch hat der Bundestag zugestimmt und uns somit dieses Versklavungsinstrument übergestülpt. Die Abgeordneten werden den Wählern später sagen: „Wir können nicht helfen, wir sind an die Gesetze gebunden.“ Aber daß sie es selbst waren, die uns durch dieses neue Ermächtigungsgesetz in die ewige Sklaverei geführt haben, werden sie schamhaft verschweigen.

Dies sind die leider so oft erfolglos angeprangerten negativen Folgen der hier herrschenden Parteiendiktatur, bei der sich das Handeln der Abgeordneten verfassungswidrig nach dem Wohlergehen der Partei ausrichtet und nicht nach dem Wohlergehen des Wählers.

Dr. Ferdinand v. Pfeffer, Lünen

Kein Volk nähme die Quasiverfassung an

Betr.: „Geheimsache Europa“ (Nr. 18)

Die „Geheimsache Europa“ ist eine Ungeheuerlichkeit. Unter dem unauffälligen Wort Reformvertrag soll 400 Millionen Menschen eine obrigkeitliche Verfassung übergestülpt werden, die gewachsene, legale Verfassungen dutzendweise entwerten und am Ende beseitigen wird. Gäbe es Referenden mit diskursiver Vorlaufzeit, kein Volk nähme diese Quasiverfassung an. Besonders bedenklich: Die EU soll ein Militärbündnis für globale Einsätze werden, eng verzahnt mit Nato und US-Army. Aufgrund Solidarpflicht könnte sich kein Mitglied mehr entziehen.

Bemerkenswert ist das Verabschiedungsdatum im Bundesrat: Der 23. Mai ist exakt der Tag, an dem das Grundgesetz 1949 in Kraft trat. Soll hier eine Ablösung erfolgen? Wer den neuen Artikel 146 nachliest, bemerkt, daß der Wortlaut genau für die neue EU-Verfassung paßt! Doch gemach, seit der britischen Kommunalwahl gehen die Uhren auf der Insel anders. Torries und Liberale werden eine Volksabstimmung verlangen, jetzt erst recht, wohl wissend, daß die Mehrheit der Briten diese EU-Verfassung nicht will. Blairs Traum als erster EU-Präsident für 2,5 Jahre wäre dann geplatzt, so wie der gesamte trickreiche Plan.

Karl Hermann, Bad Arolsen

Ein freies Land!

Betr.: „Peter Krause gibt auf“ (Nr. 19)

Zur Kampagne gegen die Ernennung des ehemaligen Redakteurs der „Jungen Freiheit“ Dr. Peter Krause zum neuen Kultusminister von Thüringen: Aus Prinzip und guten Gründen gehörte ich nie einer Partei an. Auch gefallen mir manche Äußerungen des designierten Kultusministers von Thüringen, Dr. Peter Krause, und auch manch Zungenschlag in der „Jungen Freiheit“ nicht. Dennoch wollen wir in einem freien Land leben! Ausgrenzung und Stigmatisierung passen aber nicht zu einem freien Land!

Es gibt zu viele Umfaller und rückgratlose Gesellen, die vor der Geschichte ein noch jämmerlicheres Bild als jene abgeben, die – wider besseres Wissen – Lüge und Verleumdung verbreiten. In der vorletzten Bundesregierung gab es Redakteure für extrem linke Blätter, linksextreme Parteifunktionäre und ehemalige Kommunistenführer im Ministeramt sowie kriminelle Steinewerfer und Staatsfeinde als Vizekanzler. Das störte niemanden in der veröffentlichten Meinung.

Peter Hild, Potsdam



Europäische Regierungschefs als Pappfiguren: Mit der Aktion wiesen die Organisatoren von „Mehr Demokratie“ bereits 2007 darauf hin, daß die 27 Staats- und Regierungschefs den neuen EU-Vertrag nicht per Volksabstimmung bestätigen lassen wollen. Foto: ddp

Steuerzahler zahlt

Betr.: Leserbrief „Privatpatienten erhalten deutsche Gesundheitsversorgung“ (Nr. 17)

Die Überschrift ist in Bezug auf den Inhalt des Leserbriefes sicher ironisch gemeint. Nichtsdesto trotz: Die Aussagen in dem Leserbrief sind einfach dreist. Wenn der Leserbriefschreiber Redlichkeit in der Diskussion vermißt, dann sollte er auch selbst redlich sein. Vorzugeben, er zahle 987,30 Euro im Monat Krankenkassenbeitrag, der tatsächlich von den übrigen Steuerzahlern getragen wird, dann diesen Steuerzahlern zu sagen, daß sie unanständig genug sind, auf Kosten der Beamten ihre Wehwehchen zu pflegen, das ist wirklich unanständig. Die 9421 Euro für Arztbehandlungen, Medikamente oder ähnliches, die der Leserbriefschreiber 2007 gezahlt hat, sind ja wohl von den übrigen Steuerzahlern bezahlt worden. Wenn ich nun noch immer wieder lese, wie schwindelerregend höher die durchschnittlichen Beamtenpensionen über den durchschnittlichen Renten der restlichen Arbeitnehmer liegen, dann denke ich, das ist äußerst unanständig.

Hans-Jürgen Unruh, Stadthagen

Ständiger Beeinflussung ausgesetzt

Betr.: „Die Verharmlosung geht weiter“ (Nr. 17)

Es wäre schon sehr naiv zu meinen, daß wir korrekt informiert werden und nicht ständig Versuchen ausgesetzt sind, in irgendeine Richtung beeinflußt zu werden.

Um beim Thema „Stasi“ zu bleiben. Wir haben es hinnehmen müssen, daß die SED als PDS in den Bundestag einzog und heute als „Die Linke“ firmiert.

Wir erinnern uns, daß es zwischen der SPD und der SED schon vor der Wende gute Kontakte gab. Und wir wissen doch auch, daß die Wiedervereinigung, wie sie von den Bürgern erzwungen wurde, kein Ziel der SPD war.

Auch wenn das natürlich Schnee von gestern ist, erklärt es doch auch Filme wie den hier kritisierten.

Theo Lehradt, Bremen

Letztendlich zahlt wohl wieder der Steuerzahler

Betr.: „Das Mahnmal bröckelt“ (Nr. 17)

Großzügig, wie schon oft vorher, erklärt der CDU-Politiker Neumann, daß die Baufirma für die Schäden aufkommt und weiter aufkommen wird. Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Es wird nur eine Frage der Zeit sein, daß die Firma Insolvenz anmeldet, und wer zahlt dann? Der Steuerzahler natürlich.

Wirklich angemessen wäre es gewesen, wenn diese Monstrosität etliche Nummern kleiner gestaltet worden wäre und damit auch die absehbaren Folgekosten geringer hätten sein können.

Wie wäre es denn zu überlegen, ob man sich nicht an dem geplanten Vertriebenen-Denkmal ausrichtet. Von der Größenordnung der Opfer spreche ich gar nicht.

Wolfgang Gerhardt, Rendsburg

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Klaus D. Voss
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Wolf Oschlies

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 Euro monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro monatlich, Luftpost 14,50 Euro monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5375**

Die *PAZ* steht in demokratischer Tradition

Betr.: „Peter Krause gibt auf“ (Nr. 19)

Kaum war der CDU-Politiker Peter Krause für das Amt des Kultusministers in Thüringen designiert, da wurde die Faschismus-Keule gegen ihn geschwungen: Er habe vor zehn Jahren für ein paar Monate als Jungredakteur bei der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ gearbeitet und später Artikel für das *Ostpreußenblatt* geschrieben. Das sind aus linker Sicht „rechte“ Blätter, und wer da publiziert hat, ist offenbar für den Rest seines Lebens von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen.

Das Ostpreußenblatt – so behaupteten grüne Politiker, und wurde es von gewissen Medien genüßlich verbreitet – sei „ausländerfeindlich“ und „revisionistisch“. Ich war von 2000 bis 2006 Chefredakteur dieser Zeitung, habe deren Umbau zur *Preußischen Allgemeinen Zeitung* vollzogen und verbürge mich dafür, daß stets klare Distanz zu ausländerfeindlichen, revisionistischen oder sonstwie rechtsextremistischen Positionen gehalten wurde, übrigens nicht aus Opportunismus, sondern aus Überzeugung. Das gilt für meine Amtszeit, genauso aber für die Zeit davor und danach. Diese Zeitung in die rechtsradikale Ecke zu schieben, ist eine grobe Beleidigung der Redakteure, Autoren und sonstigen Mitarbeiter, des Herausgebers (also der Landsmannschaft Ostpreußen) und der gesamten Leserschaft. Diese Zeitung ist und war nicht rechtsradikal oder -extremistisch. Im Gegenteil, sie kann auf eine nahezu 60jährige zutiefst demokratische Tradition zurückblicken: Seit den ersten Nachkriegsjahren hat sie den oft schwierigen und schmerzlichen Weg von zwölf Millionen Heimatvertriebenen und Flüchtlingen in eine neue, demokratische und rechtsstaatliche Gesellschaft aktiv begleitet. Sie hat immer an der Seite jener gestanden, die das selbsterlittene Unrecht nicht durch neues Unrecht vergelten wollten, die bei aller schmerzlichen Erinnerung an das eigene Schicksal doch immer auch in die Zukunft blickten, die immer – auch wenn es gerade nicht opportun und „korrekt“ war – zum Ziel der Einheit in Recht, Frieden und Freiheit standen. Daß die Integration der zwölf Millionen Vertriebenen trotz mancherlei Beschwernissen friedlich verlief und nicht (wie zum Beispiel im Nahen Osten) in schier endlosen Haß und Krieg mündete, war das große, bis heute nicht angemessen gewürdigte Verdienst der Landsmannschaften. Und das *Ostpreußenblatt* hat dazu seinen nicht unerheblichen Beitrag geleistet. Daß es sich dabei als *Preußische Allgemeine Zeitung* auf die sogenannten preußischen Tugenden – Gerechtigkeit, Toleranz, Fleiß, Pflichtbewußtsein, um einige zu nennen – beruft, kann nur von jenen als „rechts“ diskriminiert werden, deren Ziel offenbar die Zerstörung unserer Grundwerte und letztlich unserer Gesellschaftsordnung ist.

Daher habe ich keinen Anlaß, mich von meiner journalistischen Vergangenheit beim *Ostpreußenblatt* (und zuvor beim „Deutschland-Magazin“) zu distanzieren. Zutiefst betrübt aber bin ich darüber, daß in dem heute herrschenden Meinungsklima offenbar links alles erlaubt und rechts alles verboten ist – wobei als rechts alles gilt, was nicht stramm genug links ist. Wer bei gewalttätigen „Demonstrationen“ Polizisten krankenhausreif prügelt, wer als Anwalt Terroristen unterstützt (und dafür rechtskräftig verurteilt wird), wer sich in der Nachbarschaft „klammheimlicher Freude“ über terroristische Morde wohlfühlt – solche Leute können in diesem Lande Bundesminister werden.

Gegen solche Diffamierungen verwahre ich mich als ehemaliger Chefredakteur des *Ostpreußenblatts* energisch – das bin ich meinen früheren Kollegen und Autoren, meinen Herausgebern, aber auch mir selber schuldig.

P.S.: Mich wundert, warum die Linke noch nicht den Rücktritt Oskar Lafontaines vom Parteivorsitz gefordert hat. Der hat nämlich auch mal einen Gastkommentar im *Ostpreußenblatt* geschrieben ...

H.-J. Mahlitz, Stephanskirchen

Beutekunst

Betr.: Verbleib ostpreußischen Kulturgutes

Vor etwa einem Jahr ist in München eine Perlschriftbibel aus dem 13. Jahrhundert mit reichstem Initialschmuck versteigert worden, die „bis 1945 ... in der Stadtbibliothek Königsberg war“. („Handelsblatt“ 11. Mai 2007)

Jetzt sollte am 2. Mai in einem renommierten norddeutschen Auktionshaus eine große silberne, teilvergoldete Kanne versteigert werden, die laut Gravur im Jahr 1625 der Kirche in Schippenbeil gestiftet worden ist. Nach dem Standardwerk über preußisches Silber von E. V. Czihak muß sie sich zumindest noch nach 1900 in Schippenbeil befunden haben.

Man muß wohl annehmen, daß jetzt die privaten Beutemacher von 1945 aus der Deckung kommen und endlich Kasse machen wollen. Wer kümmert sich eigentlich um diese Art von „Beutekunst“?

Gerhard Veltmann, Düsseldorf

Von den an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt. Alle gedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

MELDUNGEN

PKK: Geldwäsche, Schmuggel, Schutzgelder

Berlin – Die verbotene Kurdische Arbeiterpartei (PKK) treibt in Deutschland zunehmend Schutzgelder ein, um den Guerillakampf in der Türkei zu finanzieren. Außerdem werden vermehrt Gastronomiebetriebe gegründet, um Geld zu waschen, so ein vertraulicher Bericht der Bundespolizei und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, aus dem der „Focus" berichtet. Außerdem beherrscht die PKK demnach unangefochten den Menschenschmuggel nach Westeuropa.

Gewalttaten versiebenfacht

Berlin – Die Zahl der angezeigten Gewalttaten an Berliner Schulen ist nach Angaben der Schulverwaltung in sechs Jahren auf beinahe das Siebenfache gestiegen, von 255 im Schuljahr 2001/2002 auf 1735 2006/2007. Der Zuwachs sei auch darauf zurückzuführen, daß Gewalttaten häufiger angezeigt würden, hieß es in der Antwort auf eine Anfrage der Grünen.

ZUR PERSON

Verbissener Eifer



Ich glaube, daß die Frauen der heutigen Generation oft fähiger sind, Situationen, Motive, Gesten um sie herum einzuschätzen. Man nennt das soziale Kompetenz. Sie haben oft auch andere Prioritäten als Männer." Diejenige, die das sagt, ist **Gesine Schwan**. Die Polenbeauftragte der Bundesregierung wird von SPD-Kreisen erneut als Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten ins Spiel gebracht. Ob die 1943 in Berlin geborene Politikwissenschaftlerin ihre Prioritäten anders setzt als ihre männlichen Kollegen, weil sie eine Frau ist, scheint wissenschaftlich nicht belegbar. Daß Schwan dies für sich in Anspruch nimmt, ist allerdings kaum zu bezweifeln.

Seit 1999 ist Gesine Schwan Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) und Vertrauensdozentin der Studienstiftung des deutschen Volkes.

Ihre „soziale Kompetenz" wird von manchen in Zweifel gezogen: Schwan ist nicht gerade als ausgleichender Charakter in Erscheinung getreten und vertritt auch abseitige Meinungen mit verbissenem Eifer. So machte sie kein Hehl daraus, daß sie die Abwahl der polnischen Kaczynski-Regierung im vergangenen Jahr mit Besorgnis erfüllt hatte. Kritiker meinen, die Polenbeauftragte der Deutschen sei eine Interessenvertreterin deutschfeindlicher Polen. So kämpft Schwan darum, daß im Beirat für das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen" die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) Erika Steinbach keinen Sitz erhalte. Gesine Schwan ist einmal verwitwet und Mutter von zwei Kindern. Sie ist seit 2004 mit Peter Eigen, dem Gründer der Anti-Korruptions-Organisation „Transparency International", verheiratet. *M.A.*



Kunstflüge Zeichnung: Mohr

Wiederauferstanden

Wie sich der SDS aus der Gruft erhebt, wo es plötzlich wie Mielke riecht, und welche Rolle die CDU beim Krause-Prozeß spielte / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wer die alte Religion verschrottet hat, der baut sich eine neue. Wer progressiv ist, weiß allerdings, daß Religion nicht mehr sein darf als Wohlfühltherapie oder persönliche Schrulle – abgesehen von den außereuropäischen, versteht sich.

Deshalb bezeichnen die Fortschrittlichen ihre eigene Religion heute nicht als Religion, sondern als Frucht wissenschaftlicher Erkenntnis und sprechen vom „wissenschaftlichen Sozialismus".

Das hindert sie nicht daran, allerlei religiösen Pomp zu inszenieren bis hin zum Reliquienkult. Seit über einem dreiviertel Jahrhundert ruht ihr Apostel Lenin eingelegt wie eine saure Gurke am Fuße des Kreml, wo ihn die Gläubigen in endloser Prozession bestaunen.

Ursprünglich hatte man ihn eingeweckt, weil man hoffte, den Revolutionskadaver dereinst wiederbeleben zu können. Daraus wurde nichts.

Oder doch? Die schummrige Sehnsucht nach der Wiederbelebung längst Verblichener blieb jedenfalls ein fester Bestandteil der kommunistischen Religion. Und des öfteren beschleicht sogar den Ungläubigen der finstere Verdacht, daß die rote Wiederauferstehungssehnsucht gar nicht so weitab ist vom real Möglichen – es kommt einfach zu vieles wieder, was wir für lange hingegangen hielten.

Unlängst hat die Linkspartei den Leichnam des alten SDS aus seiner Ruhestätte gezogen und mit Parolensprühfarbe auf wiedergeboren geschminkt. Der „Sozialistische Deutsche Studentenbund", kurz SDS, das war die Rudi-Dutschke-Truppe von anno 68.

Nun sitzt der Torso des SDS als „Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband" bei den Dunkelroten auf dem Kutschbock, hinter ihm die Genossen, die alte Sprüche dröhnen und dazu seinen kalten Mund bewegen. Ein schauriges Theater.

Bei manchen „Alt-68ern", die dem SDS dienten, als er noch Körpertemperatur hatte, kommt die Exhumierung ihrer einstigen Ikone nicht so gut an. Sie fürchten, daß der SDS als Wahlkampfmätzchen der SED-Erben mißbraucht würde, heißt es. Mehr wohl hätten sie etwas anderes zu fürchten: In 40 Jahren haben sie Lage um Lage der Beschönigung auf ihre linksradikalen Forderungen von 68ff gelegt. Die Reanimation des SDS könnte reaktionäre Schnüffler auf den Geschmack bringen, mal nachzusehen, was die damals wirklich im Schilde führten und wo wir gelandet wären mit ihrer „Revolution".

Die Namen ihrer damaligen Idole wie Mao, Ho Tschi Minh, Pol Pot oder eben Lenin geben eine Ahnung davon: Diese Leute thronen über einem Berg von zig Millionen Toten. Wer mag daran schon gern erinnert werden? Daher hat man viel Mühe darauf verwendet, den SDS in der Rückbetrachtung zur fröhlichen Kampftruppe für Freiheit und Emanzipation umzupinseln. Heute ist dieses rosige Bild der knallroten Avantgarde von damals längst offiziöser Staatsmythos, und so soll es bleiben.

> Zwerenz hatte schon die Schwarze Liste angelegt, Ramelow »kümmert« sich jetzt um die Registrierten

Da ist dieses neue Erscheinungsbild schon merkwürdig: Der SDS als verlängerter Arm einer Partei, deren bewaffneter Arm im Jahr des Aufbruchs 1968 auch gerade aufbrach, nach Prag nämlich – haben da etwa zwei Strömungen zusammengefunden, die sich vor 40 Jahren nur noch nicht so ungeniert in der Öffentlichkeit zusammen zeigen durften?

Nein, das ist jetzt wirklich reaktionäre Hetze, denn die Linkspartei von heute hat sich schließlich demokratisch erneuert, wie die fortschrittlichen Kräfte schon seit der Jahreswende 1989 / 90 lehren.

Was allerdings nicht heißt, daß sie ihre alten Fähigkeiten in der Reinerhaltung der politischen Landschaft verlernt hätte. Jüngstes Objekt der Vertilgung war der thüringische CDU-Politiker Peter Krause. Sein Fall soll nicht der letzte gewesen sein. „Wir werden uns um die Krauses kümmern", lautet das Versprechen des Linkspartei-Fraktionschefs Bodo Ramelow.

Krause hatte in konservativen Medien publiziert und mußte deshalb entfernt werden. Freundlicherweise begleitete ihn seine eigene CDU blockflötend zum Schafott, was die Hinrichtung enorm erleichterte und den Linken Appetit auf mehr macht.

Der Ramelow-Spruch erinnert an den damaligen PDS-Bundestagsabgeordneten Gerhard Zwerenz. Der hatte in den 90ern gedroht, man werde sich die Namen derer, die ihm zu heftig gegen die PDS arbeiteten, „merken für die Zeit nach der nächsten Wende, die bestimmt kommen wird".

Haben wir diese „nächste Wende" womöglich schon hinter uns? Krause jedenfalls war schon zu DDR-Zeiten als oppositionelles Element aufgefallen und hatte allein deshalb einen Platz auf Zwerenz' Schwarzer Liste verdient.

„Nächste Wende" hin oder her, jedenfalls ist endlich die Zeit (zurück-)gekommen, in der man sich um solche Leute wieder „kümmern" kann.

Da hatte es der alte Dutschke-SDS noch weitaus schwerer. Der konnte sich bloß innerhalb der Unis um Nichtlinke „kümmern", sie niederbrüllen oder zusammenschlagen. Erst der lange Marsch durch die Institutionen im Westen und die Vereinigung mit den 68er-Pragfahrern von der SED machten es möglich, nunmehr in allen Bereichen der Politik mit denen abzurechnen, die man sich „gemerkt" hat. Welcher Genosse hätte sich das träumen lassen im Jahre 1989? Das Wunder der Wiederauferstehung einer längst vermoderten Revolution wurde wahr.

Kontraproduktiv bei der Auferstehung der alten Geister ist indes der bestialische Gestank, den die wiedergekehrten Monstren aussenden. Ein stechender Geruch haftet an ihnen und dringt selbst durch die dicksten Wolken von Erneuerungsparfüm. Es muß nicht extra eine linke Landtagsabgeordnete daherkommen und ganz offen für eine neue Stasi eintreten. Wenn ein Zwerenz sich Namen „merkt" und ein Ramelow sich danach um die Registrierten „kümmert", müffelt es Mielke aus jedem einzelnen ihrer Worte.

Das bringt bisweilen Probleme mit sich, denn die Nasen mancher Deutscher sind noch nicht hinreichend betäubt, um den Gifthauch zu überriechen. Sie erkennen die alten Geister noch zu gut und erinnern sich.

Da hilft nichts anderes, als solchen Leuten verschärft eins mit der Nazikeule auf den Zinken zu geben. Das gelingt recht gut, zumal sich wie im Fall Krause die SPD gern als Co-Schläger verdingt und die CDU im Hintergrund wirkt, indem sie dem Geprügelten den Teppich wegzieht. Für eine erfolgreiche Kampagne bedarf es gefügiger Hilfstruppen.

Das Prozedere nennt sich „Kritik und Selbstkritik" und funktioniert so: Erst kommt die Anklage von ganz oben (Linkspartei), dann empört sich die übrige Belegschaft (SPD), darauf schließlich nehmen die eigenen Kollegen (CDU) den Bloßgestellten (Krause) in die Mangel und signalisieren ihm, daß er klein beigeben und sich gesenkten Hauptes in sein Loch verziehen solle, um Schaden von ihrem Kollektiv abzuwenden. Daß er schuldig ist, steht von der ersten Minute an sowieso fest.

Daß sich die Nazikeule besonders eignet, um Kritik an den eigenen diktatorischen Ambitionen wegzudreschen, hat sich seit der Errichtung des „Antifaschistischen Schutzwalls" weltweit herumgesprochen. Hugo Chávez hat Angela Merkels hitleristische Wurzeln freigelegt, weil die Kanzlerin dreist behauptet hatte, daß der Venezolaner nicht allein für alle Lateinamerikaner sprechen könne.

Genau davon aber ist er als echter sozialistischer Revolutionär fest überzeugt: Das Volk bin ich! Wer ihm widerspricht ist entweder der Teufel (USA), oder vom Teufel bezahlt (venezolanische Opposition) oder eben Hitler. Das Nützliche daran ist: Wer es mit Satan und Gröfaz gleichzeitig aufnimmt, dem muß doch jeder nachsehen, daß er bei der Wahl seiner Methoden nicht zimperlich sein darf. So einer muß sich eben zahllose Namen „merken", um sich später um die Widerspenstigen „kümmern" zu können.

ZITATE

*Thüringens Ministerpräsident **Dieter Althaus** (CDU) äußerte sich in der „Welt" vom 8. Mai erneut zur Personalie **Peter Krause**. Dieser war wegen seiner Tätigkeit für **konservative** Medien von linken Journalisten und Politikern **diffamiert** worden:*

„Ich habe mich schon über die überwiegend undifferenzierte Reaktion in der Öffentlichkeit gewundert. Kaum einer hat sich konkret mit Peter Krause auseinandergesetzt und bewertet, wofür er steht und was er tut. Man wollte ihm keine Chance geben und hat ihn in die rechtsextreme Ecke gerückt, in die er nicht gehört."

*Der Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" vom 11. Mai, **Richard Wagner**, kritisiert, daß die **Unionsführung Krause in den Rücken** gefallen sei:*

„Die Personalie Krause ist ein weiteres Indiz dafür, daß die konservativen Kräfte in der Union an den Rand gedrängt werden sollen, um sie (die Union) bündnisflexibel zu machen. Das mag taktisch klug sein. Es ist aber ein gefährliches Spiel. Denn trotz aller Annäherungen, die es in jüngster Zeit auch in Richtung Grüne gegeben hat: Die häßliche Fratze des linken Radikalismus, wie sie jetzt in Thüringen zu sehen war, hat klargemacht, daß eine Verständigung mit dem konservativen politischen Gegner nicht gesucht wird. Er soll – politisch – vernichtet werden."

*Der FDP-Finanzpolitiker **Hermann Otto Solms** nimmt der **CSU** ihre neue **steuerpolitische Linie** kurz vor der bayerischen Landtagswahl nicht ab. Auf der Internet-Seite seiner Partei lästert er:*

„Kaum droht die Rache der Wähler, wechselt die CSU die Seite und ist die Steuersenkungspartei."

Stolpersteinchen

Wer sich müht zu eruieren,
wo was los ist und wo nicht,
wird vermutlich konstatieren,
daß man kaum von Polen spricht.

Denn wie unschwer zu ermessen,
ist ein halbes Zwillingspaar
nicht einmal ein Viertel dessen,
was das ganze früher war.

Anders als in alten Tagen
gibt's halt selten nur Rabatz –
und da soll noch einer sagen,
Wahlen seien für die Katz!

Aber nun, so ist zu hören,
möchte stur der Zwillingsrest
jene hehren Pläne stören,
die man sich was kosten läßt:

Ziert sich glatt beim Paraphieren
von dem – äh – Reform-Vertrag!
Klar, daß solcherlei Manieren
in Europa keiner mag.

Immerhin – drauf will ich wetten –
hat die Menschheit diesmal Glück,
und es schlägt, um sie zu retten,
das Imperium zurück:

Polen wird sich tapfer wehren,
und vertretend für die Welt
amtsunfähig den erklären,
der sie frech zum Narren hält.

Bloß in Irland scheint's noch offen,
doch da ist man nicht verzagt,
und die andern, die betroffen,
werden gar nicht erst gefragt ...

Pannonicus